Doppel

blätter des iz3w

nr. 24 april/mai 73

Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Lorettostr. 2oa, Tel 71o28 App.29

3. Jahrgang

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, P. Arntz, S. Bartels, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, E. Högerle, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, B. Stein, M. Weiker, W. Zirke. Konten: BFG Freiburg Nr. 1o.226.233; Postscheckk. Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz: Postscheckk. Basel Nr. 4o-35899 (G. Stingl)
Jahresabonnement bei 1o Nummern DM 18,- Einzelpreis DM 1,8o incl. Porto

Chronik der armen Welt
Mitte März bis Mitte April

Mit dieser Nummer beginnen wir eine Chronik der armen Welt als künftig fester Bestandteil der blätter des iz3w. Sinnvoll erscheint uns diese Einrichtung vor allem aus zwei Gründen : zum einen ist es der Redaktion nicht möglich, alle wichtigen Ereignisse und Entwicklungen durch Hintergrundartikel abzudecken; zum anderen kann die Chronik vor allem denjenigen Lesern, die sich kein eigenes (z.B. Zeitungs-)Archiv anlegen können oder wollen, als kontinuierliche Quelle der Beschaffung knapper Informationen dienen.
Die in die Chronik aufgenommenen Informationen sind größtenteils den großen überregionalen Tageszeitungen, insbesondere der Neuen Zürcher Zeitung und Le Monde entnommen.

Indochina

Südvietnam

Die Lage ist gekennzeichnet durch den Gefangenenaustausch und den Abzug der amerikanischen Truppen, kaum verminderte Kampfhandlungen in einzelnen Zonen und Thieus Reisen in verschiedene Staaten des Westens, wo er um Unterstützung nachsucht.

15.3.:
Die US-Armee beendet in einer kurzen Abschiedszeremonie ihren 8-jährigen Einsatz in Vietnam. 6800 Soldaten bleiben noch bis zum 28.3. bei der Vereinigten Vierer Militärkommission, um die Gefangenenfreilassung zu überwachen.

18.3.:
Paris: Die Spitzen der südv. Regierung und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams treffen sich zum ersten Mal, um die Bildung eines "Rates der nationalen Versöhnung und Eintracht" zu besprechen, der allgemeine Wahlen vorbereiten und durchführen soll.

22.3.:
Nordvietnam weigert sich, die letzten 140 amerik. Kriegsgefangenen freizulassen, weil die USA gleichzeitig die Freilassung ihrer Gefangenen in Laos fordern. Überdies gedenke Washington 10.000 als "Berater" getarnte Soldaten in Südvietnam zurückzulassen.

28.3.:
Die restlichen amerikanischen Kriegsgefangenen, davon 10 aus Laos, werden übergeben. Die US-Truppen verlassen Vietnam. Die Vereinigte Vierer Militärkommission übergibt ihre Aufgabe gemäß dem Pariser Abkommen an eine aus Vietcongvertretern und Südvietnamesen gebildete Zweierkommission. Sie wird seit dem 2.4. von Südvietnam boykottiert.

31.3.:
Thieu reist in die USA, um von den amerikanischen Verbündeten zu den jährlichen 750 Mio. Do. Stützungsgelder noch 150 Mio. für den "Wiederaufbau" zu erlangen. In San Clemente (Kalifornien) konferiert er mit Nixon und regt an, notfalls die Häfen Nordvietnams erneut zu verminen, wenn dieses nicht aufhöre, Truppen und Panzer in den Süden zu schleusen.

2.4.:
US-Verteidigungsminister Richardson schließt eine erneute Bombardierung Nordvietnams nicht aus.
Die Kriegsstimmung in Amerika wird angeheizt durch immer häufigere Berichte heimkehrender Kriegsgefangener über Folterungen durch nordvietnamesische Einheiten. Andererseits berichten Anwälte von monatlich 14.000 neuen politischen Gefangenen in Südvietnam.

3.4.:
Nixon spricht davon, möglicherweise wieder Streitkräfte nach Vietnam zu entsenden.

7.4.:
Thieu reist nach London weiter.

8.4.:
Ein Helikopter mit 11 Mitgliedern der "Internationalen Kontrollkommission für die Überwachung und Einhaltung des Waffenstillstands" wird über einem Gebiet, das von Vietcong-Truppen kontrolliert ist, abgeschossen. Die Insassen kommen ums Leben. Ein weiterer Helikopter wird zur Landung gezwungen.

9.4.:
Thieu bei Italiens Staatspräsident Leone und beim Papst im Vatikan.

10.4.:
Thieu in Bonn. Er wird u.a. von Heinemann empfangen.

Kambodscha

Die Lage: Heftige Kämpfe um die Hauptstadt Pnom Penh, wobei die Regierungstruppen amerikanische Luftunterstützung erhalten. Da die Situation sich verschlechtert, wird eine Regierungsumbildung vorbereitet, die möglicher-

weise auch die Vertreter des Exil-prinzen Sihanouk einschließen wird.

17.3.:
Hauptmann So Pohta, ein Schwiegersohn Sihanouks, soll den Präsidentenpalast Lon Nols mit einem entführten Flugzeug bombardiert haben.

21.3.:
Den "Roten Khmer" (Kommunisten) gelingt es, wichtige Stützpunkte an der sogenannten "Reisstraße" zu besetzen, auf der die Hauptstadt versorgt wird.

2.4.:
Die Regierungstruppen ziehen sich weiter auf Pnom Penh zurück. Sie kontrollieren nur noch 15-25 % Kambodschas.

4.4.:
Rücktritt des Innenministers.

5.4.:
Ausrufung des Notstands. Die letzte Versorgungsstraße für die Hauptstadt ist von regierungsfeindlichen Truppen besetzt. Der Transport auf dem Mekong ist erschwert. Die Amerikaner beginnen mit dem Aufbau einer Luftbrücke.

8.4.:
Sihanouk trifft in Hanoi ein. Möglicherweise war er vorher in besetzten Gebieten Kambodschas, um politische Gespräche über seine Rückkehr aus Peking zu führen.

17.4.:
Die Lage der Hauptstadt verschlechtert sich. Der Rücktritt der Regierung scheint bevorzustehen.

Laos

8.4.:
Regierungspartei und der Pathet Lao einigen sich über die Zusammensetzung eines Kabinetts der Nationalen Einheit.

16.4.:
Die US-Luftflotte fliegt erneut Bombenangriffe auf Ziele in Laos.

Indischer Subkontinent

Sikkim

6.4.:
Der "Chogyal" (König) von Sikkim bittet angeblich die indische Regierung um Entsendung von Truppen; die Oppositionspartei fordert Wiederholung der Legislativwahlen vom Januar und organisiert einen Marsch auf die Hauptstadt. Sikkim ist seit 1950 ein indisches Protektorat ohne eigene Verteidigung und Außenpolitik. Seit 1962 (Grenzkonflikt mit VR China) stehen zwei indische Gebirgsdivisionen im Land.

9.4.:
Indien unterstützt offensichtlich die Opposition. Der Regierungspalast wird umzingelt, der Monarch entmachtet und der Oberstadtdirektor von Delhi, S.B. Das, als Chefadministrator eingeflogen. Indien übernimmt die Verwaltung in Sikkim.

Hintergrund des Konflikts: Nur noch 1/4 der 200.000 Landesbewohner sind in Sikkim geboren. Über 70 % sind nepalische Einwanderer. Das Wahlrecht benachteiligte sie offensichtlich. Als die monarchistische Regierungspartei einen immer offener indienfeindlichen Kurs steuert, übernimmt Indien die (selbstgewählte) Aufgabe, der Opposition zu einer "demokratischen Ordnung" von Indiens Gnaden zu verhelfen.

Südliches Afrika

Südafrika

Mitte März:
Artikelserie im "Guardian" über die Lohnsituation afrikanischer Arbeiter in britischen Firmen Südafrikas. Die englische Zeitung berichtet von Hungerlöhnen.
Die Berichte fallen mitten in eine große Streikwelle, die sich noch ausdehnt:

14.3.:
2000 Arbeiter in einer Papierfabrik in Madini (65 km nördl. von Durban) treten in Streik. 300 Müllarbeiter in Stanger beenden den ihren.

15.3.:
Der Arbeitsminister wendet sich einmal mehr gegen afrikanische Gewerkschaften und Aufhebung der "Job Reservation".

30.3.:
100 Soldaten werden in Richards Bay eingesetzt, um die Produktion der schweiz. Alusaf (einziges Aluminiumwerk der SAU) in Gang zu halten, denn die 700 afrik. Arbeiter streiken.

2.4.:
Die Streikbewegung ergreift Johannesburg und den Norden von Natal. 1000 Angestellte einer Textilfabrik in Johannesburg machen einen 5-stündigen Warnstreik. In Richards Bay treten 800 Arbeiter eines weiteren Unternehmens in den Ausstand.

9.4.: Britische Firmen bewilligen Lohnerhöhungen bis zu 100 %.

15.3.:
Zum ersten Mal stehen zwei Weiße vor dem Obersten Gerichtshof in Pretoria unter der Anklage, Guerillaorganisationen aufgebaut zu haben.

24.3. - 8.4.:
3. Südafrikanische Spiele. 861 schwarze und weiße Südafrikaner kämpfen, für kurze Zeit gemeinsam, gegen etwa 600 ausländische Athleten aus 30 Ländern (darunter BRD und Schweiz). Südafrika hat damit einen großen diplomatischen Erfolg errungen, um aus der sportlichen Isolierung herauszutreten.

Portugiesische Kolonien

25.3.:
In den Portugiesischen "Überseeprovinzen" beginnen erstmals Wahlen für die Provinzparlamente. Bedingung für Wahlberechtigung: Portugiesisch lesen und schreiben zu können und "moralische Eignung" zu besitzen.

27.3.:
Von 53 Gewählten in Angola sind 29 europ. Portugiesen.

11.4.:
Das portugiesische Militärkommando gibt zu, in Guinea-Bissao in den letzten 10 Tagen 3 Flugzeuge durch Abschuß mittels Boden-Luftraketen verloren zu haben. Bisher beherrschte die port. Armee ungehindert den Luftraum. Wichtiges Opfer: Oberst Almeide Brito, Chef der Luftwaffenoperationen in Guinea-Bissao.

Rhodesien

18.3.:
In der Hauptstadt von Sambia, Lusaka, schließen sich ZANU und ZAPU (die beiden militanten Bewegungen) zu einem gemeinsamen politischen Rat zusammen.

21.3.:
Eine mit Hilfe kirchlicher Entwicklungsgelder aufgebaute und von einem Weißen und Schwarzen gemeinsam geleitete Musterfarm wird zwangsversteigert. Der Erlös fließt in die Regierungskasse.

26.3.:
Zwei angebliche Guerillas werden in Bulawayo zum Tode verurteilt.

6.4.:
P. Niesewand, Korrespondent der BBC, Reuter, "Guardian", wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, wahrscheinlich weil er über rhodesische Grenzverletzungen gegenüber Mozambique, von wo aus Guerillas operierten, berichtet hatte.

14.4.:
Zum ersten Mal gelingt es der staatlichen "Air Rhodesia", den UNO-Boykott zu durchbrechen. 3 Boeing 720 der bankrotten deutschen Bedarfsfluggesellschaft "Calair" fliegen von Basel-Mulhouse aus Lissabon und Salisbury an. Zwischenhändler: Eine eigens zu diesem Zweck gegründete und gleich danach aufgelöste Briefkastenfirma IAC in Liechtenstein.

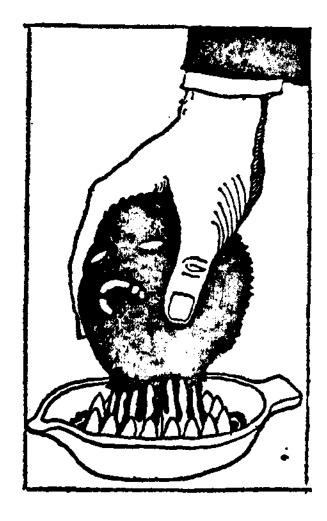
Naher Osten

Türkei

6.4.:
Nach einer 25-tägigen Wahl im Parlament wird der konservative, parteilose Admiral Fahri Korutürk zum Staatspräsidenten gewählt.

12.4.:
Der bisherige Handelsminister Naim Talu wird zum Ministerpräsident ernannt.

15.4.:
Das neue Kabinett besteht vorwiegend aus Mitgliedern der beiden reaktionären Gerechtigkeitspartei und Vertrauenspartei. Es soll die Parlamentswahlen vom Oktober vorbereiten und Reformen im Agrar- und Bildungssektor durchführen. Der Ausnahmezustand wird aufgehoben, ein Sondergericht für Staatssicherheit wird eingesetzt. Zahlreiche Mitglieder revolutionärer Bewegungen werden festgenommen.



„Pressen Sie keine Neger aus!" Mit diesem drastischen Plakat ruft ein niederländisches Aktionskomitee die Hausfrauen des Landes auf, die südafrikanischen „Outspan"-Orangen zu boykottieren, da sie „das Produkt der Ausbeutung schwarzer Arbeitskräfte sind, die dort als Sklaven behandelt werden".

Israel/Palästina

8.4.:
Die Regierung nimmt eine Aufforderung Dayans zurück, nach der der Grundstückkauf in den besetzten Gebieten legalisiert werden soll.

9.4.:
Nikosia: Palästinensische Guerillas führen einen Bombenanschlag auf die Residenz des israel. Botschafters auf Cypern aus. Ein Sturm auf ein Flugzeug der EL-AL mißlingt.
In der Nacht führen israel. Luftlandetruppen in Zivil, mit gemieteten Autos, einen Vergeltungsschlag gegen Wohnungen von palästinensischen Führern in Libanon (Beirut, Sidon) durch. Sie ermorden die drei Führer Yussef,

Nasser und Abdwan. Wichtige Dokumente (geheimste Mitgliederlisten) fallen ihnen in die Hände.

12.4.:
35 Palästinenser werden verhaftet.

Irak/Kuweit

20.3.:
Irakische Truppen überfallen einen Grenzposten im NW Kuweits. Das ölreiche Gebiet wird seit langem vom Irak beansprucht.

Südamerika

Argentinien

11.3.:
Zum ersten Mal seit Jahren finden wieder Wahlen für die Präsidentschaft statt. Sie wurden durch die mißliche Lage des Landes erzwungen. Die in peronistischen Gewerkschaften organisierten Industriearbeiter reagierten mit Massenstreiks auf die Verschlechterung der Versorgungslage und des Einkommens (1972: 65 % Preisanstieg, aber nur 35 % für die Einkommen). Der Peronist Hector José Campora geht als Sieger hervor. Obwohl er nicht ganz die absolute Mehrheit erringt (49,56 %), erklären ihn die Militärs zum Präsidenten.

16.4.:
Die Peronisten gewinnen auch regionale Nachwahlen. Sie verfügen fortan über 145 von 243 Sitzen im Abgeordnetenhaus, 44 von 69 im Senat und 20 von 22 Gouverneursposten.

Chile

4.3.:
Die Volksfront Allendes erringt einen rel. Erfolg.

21.3.:
ITT gibt zu, Schritte unternommen zu haben, um die Installation Allendes als Präsident zu verhindern: Kontakte zu Kissinger, 25 Vorsprachen im US-Außenministerium, Bildung eines Rats multinationaler Konzerne (Anaconda, Kennicott Copper, W.R. Grace, Kaiser Chemical, Ralston Purnia) in Washington, Angebot von 1 Mio. Dollar an die US-Regierung. Chiles Ex-Präsident Frei und US-Botschafter Korry waren in die Pläne eingeweiht, die entweder den reaktionären Allessandrini zum Präsidenten machen oder Chile in ein wirtschaftl. Chaos stürzen sollten.

31.3.:
Die Regierung Allendes tritt dem MIR entgegen und warnt vor Besetzung von Fabriken, Ländereien und Baugrundstücken. Die Militärs scheiden aus dem Kabinett aus.

4.4.:
Die öffentlichen Transportmittel werden der Kontrolle der Armee unterstellt, um einen Lohnstreik von 1800 Angestellten zu verhindern.
Mit Tränengas geht die Polizei gegen die Besetzung der staatlichen Lebensmittelverteilungsstelle durch Miristas vor.

6.4.:
Das MIR sagt Allende den Kampf an, "bis die ganze wirtschaftliche Macht den Arbeitern gehört".

Ahlers über Eppler

Am Rande einer Kabinettsitzung kam es kürzlich zu einem unerfreulichen Disput zwischen den Bundesministern Eppler und Friderichs. Eppler weigert sich, einer Vereinbarung über die Kompetenzabgrenzung im Bereich der Kapitalhilfe zuzustimmen, die zwischen seinem tüchtigen Staatssekretär Sohn und Friderichs' ebenso tüchtigem Staatssekretär Rohwedder gar mit zusätzlichen Interpretationen ausgehandelt worden war, und verlangt die Aufnahme neuer Verhandlungen zwischen den Häusern.

Der Bundeswirtschaftsminister schlug dieses seltsame Begehren glatt ab. Denn er war — ganz anders als früher Karl Schiller — dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit trotz starker Bedenken schon sehr weit entgegengekommen. So ist jetzt vorgesehen, daß sich Epplers Leute nur noch bei wirklich großen und wichtigen Vorhaben mit den anderen Ressorts abstimmen müssen.

Dennoch will sich Eppler nicht zufrieden geben. Sein Kompetenzdrang ist unersättlich. Damit schadet er sich selbst und auch der von ihm vertretenen Sache. Denn ohnehin sind die anderen beteiligten Minister, insbesondere der Außenminister, der wirklichkeitsnäheren Auffassung, daß Entwicklungshilfe kein „Ding an sich" sein kann, sondern ein Teil der deutschen Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik bleiben muß und nicht ohne Berücksichtigung der Interessen unseres Staates betrieben werden darf.

Die insgesamt wirklichkeitsfremde Art des Entwicklungshilfeministers, die sich bisher allerdings mit taktischer Gewandtheit in bezug auf das eigene politische Fortkommen verbunden hat, ist es nun auch, die seinen weiteren Aufstieg zur Macht in der Partei und im Staat behindert hat. Wäre Eppler weniger unpolitisch und mehr kooperativ, so hätte er nach dem Verzicht von Herbert Wehner gute Aussichten gehabt, auf dem Parteitag in Hannover zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt zu werden.

Wirtschaftswoche Nr. 14 · 30. 3. 1973

Ideologiekritik 5

Zur Kritik der Traditionalismus-Ideologie

1. Die "traditionale" Sozialstruktur als Hemmschuh des Kapitalismus

Ein in den Schulen der Bundesrepublik benutztes "geschichtliches Unterrichtswerk" lehrt in der Ausgabe für die Oberstufe unter dem Stichwort "Probleme der unterentwickelten Länder":

> Die Industrialisierung dieser Länder sieht sich ... gewaltigen Schwierigkeiten gegenüber, die nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Industriestaaten und unterentwickelten Ländern nach und nach überwunden werden können. Die moderne Industrie ist in Europa entstanden und setzt einen bestimmten Bildungsgrad, eine Wirtschaftsgesinnung, wissenschaftliches und technisches Können, eine gute Verkehrsstruktur und große Kapitalien voraus. In kaum einem Entwicklungsland ist einer dieser Faktoren wirklich gegeben. Eine veraltete Sozial- und Agrarstruktur, religiöse und kulturelle Vorurteile, Analphabetentum, Kapitalarmut und übermäßiges Wachstum der Bevölkerung verhindern eine rasche Anpassung an die Erfordernisse der Zeit. Die Kapitalarmut läßt sich allenfalls durch Entwicklungshilfe industrialisierter Staaten überwinden, wenn die anderen Bedingungen erfüllt sind. Es geht also letztlich darum, in den unterentwickelten Ländern eine Europa vergleichbare Sozial- und Infrastruktur zu schaffen. (1)

Es handelt sich hierbei sozusagen um die gekürzte Jugendausgabe der Traditionalismus-Theorie, die sich in der bürgerlichen Entwicklungsländerforschung großer Beliebtheit erfreut. Der zitierte Abschnitt zeigt nicht nur deutlich ihre Abstammung aus einer ethnozentrischen Geschichtsmetaphysik, sondern auch die ganze Breite, mit der sie sowohl auf soziale und kulturelle wie auch auf ökonomische und technologische Gegebenheiten in den entwicklungsgehemmten Ländern angewendet wird. Trotzdem beschränken wir die folgende Darstellung und Kritik im wesentlichen auf den Teilaspekt der Wirtschaftsgesinnung, der Einstellungen und Mentalitäten also, die dem Handeln der wirtschaftenden Personen subjektiven Sinn verleihen. In der hierauf spezialisierten Forschung, die sich mit den Inhalten und Durchsetzungschancen eines "modernen, dynamischen Entwicklungsbewußtseins" beschäftigt, wird der Glaube an die "traditionale Rückständigkeit" der farbigen Völker mit besonderer Inbrunst vertreten. Dieses "dynamische Entwicklungsbewußtsein" wird anhand des Modells vom "Geist des Kapitalismus" definiert, das Sombart und Weber entworfen haben, um die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Europa zu erklären. Man unterscheidet Motive sowie subjektive und objektive Merkmale (2), aus denen es sich zusammensetzt. Hauptmotiv ist das Verlangen nach Profit. "Als ... Motivkraft sehen wir das Erwerbsstreben - oder spezieller ausgedrückt, das Gewinnstreben - der Wirtschaftseinheiten an." (3) Zu den subjektiven Eigenschaften, "die zwar zu geringem Teil auf Veranlagung zurückgehen, zu einem weitaus größeren Teil jedoch im Rahmen einer allgemeinen Persönlichkeitsbildung entwickelt bzw. verstärkt werden können" (4), gehören Sachlichkeit ("ein ... negatives Beispiel bietet der erfolgreiche Unternehmer, der sich Landbesitz zulegt, der wirtschaftlich nicht profitabel ist ..." (5)), Flexibilität und Mobilität in sich verändernden Situationen, Organisationsfähigkeit und Planungstalent, Unternehmungsgeist und Risikobereitschaft, Qualifikation zur Menschenführung und Verantwortungsbewußtsein, Selbstdisziplin und Selbstvertrauen (6). Objektive Merkmale, die sich ebenfalls auf das wirtschaftende Individuum beziehen, aber "generellen, allgemeingültigen Charakter haben" sollen, sind Energie, Zweckrationalität, Fähigkeit zu logischem Denken sowie Wirtschaftswissen, das in Grundwissen (Schreiben, Lesen, Rechnen) und Fachwissen (Buchführung etc.) untergliedert wird. (7)

Für Ideologien ist typisch, daß sie selten ganz falsch sind, sondern meistens durchaus richtige Einzelfeststellungen nur in einen fragwürdigen Argumentationszusammenhang stellen, der bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse rechtfertigt. Gerade aus ihrer teilweisen Richtigkeit wächst vielen Ideologien die Überzeugungskraft zu, die sie zu außerordentlich wirksamen Festigern der Herrschaft und damit zu Haupthindernissen einer widerstrebenden, auf Selbstbestimmung abzielenden Praxis macht.

Im Kern der Traditionalismus-Ideologie steht die für sich genommen unbestreitbare Feststellung, daß die Sozialstrukturen vieler Gesellschaften Asiens, Afrikas und Südamerikas die Verbreitung des "dynamischen Entwicklungsbewußtseins", das untrennbar mit der individualistischen Erwerbswirtschaft Europas sowie mit der von ihr hervorgetriebenen besonderen Form von Wachstum und Industrialisierung verbunden ist, eher hemmen als fördern.

In Indien beispielsweise sind es die großen Religionen Hinduismus, Buddhismus und Islam, die materielles Gewinnstreben verbieten und von ihren Gläubigen statt dessen nach innen gekehrte Beschaulichkeit verlangen. Die Kastengliederung der indischen Gesellschaft, eine ungemein strenge und ausschließlich nach dem Merkmal "Herkunft von Geburt" aufgebaute Hierarchie, erstickt Mobilitätswünsche schon im Keim. Anlagen zur Flexibilität bleiben brach liegen, weil das Individuum kaum je mit veränderten Situationen und Verhaltenserwartungen konfrontiert wird, an die es sich anpassen müßte. Die Einbindung in den Kreis der gemeinschaftlich wirtschaftenden Großfamilie schließlich, in der "beim Tode des Vaters die verheirateten Söhne mit ihren Frauen und Kindern nicht auseinandergehen, sondern auf gemeinsam besessenem Boden und 'ungeteilter Erbengemeinschaft' zusammenbleiben" (8), läßt individuellen Unternehmensdrang und entsprechende Risikobereitschaft nur schwach aufkommen.

In Afrika südlich der Sahara ist es das ursprünglich weit verbreitete Fehlen von Eigentum an Grund und Boden (in den meisten Fällen waren nur zeitlich begrenzte Nutzungsrechte bekannt) (9), das auch heute noch die Entwicklung der Fähigkeit zu langfristigem Planen und Organisieren bremst. Außerdem haben in diesem geographischen Raum vor noch nicht allzu langer Zeit herrschaftsarme, urdemokratische Sozialstrukturen vorgeherrscht, die Murdock unter anderem damit beschreibt, daß "Entscheidungen durch Diskussionen und informellen Konsensus" gefällt werden. (10) Es liegt auf der Hand, daß in einer sozialen Umgebung, in der dieses egalitäre Prinzip - wenn auch durch die koloniale Überlagerung bereits abgeschwächt - noch einige Gültigkeit hat, die "Qualifikation zur Menschenführung", d.h. die Neigung zu autoritärem Verhalten, sich nicht in dem Maße entwickeln kann, wie es z.B. für das reibungslose Funktionieren eines kapitalistischen Unternehmensbetriebes notwendig wäre.

Beispiele für Struktureigenschaften von Gesellschaften der Dritten Welt, welche die Entwicklung einer individualistischen Profitrationalität hemmen müssen und statt dessen auf eine solidarische Gesinnung sowie entsprechende kooperative Arten des Wirtschaftens hinweisen, ließen sich noch zahlreich anführen. Wir begnügen uns hier mit dem Hinweis, daß sie von unserer Forschung prinzipiell alle als "traditional" und "rückständig" abqualifiziert werden.

2. Modernisierung der Dritten Welt durch eine westliche "Revolution" von oben?

Aus ihrer richtigen Feststellung folgert die Traditionalismus-Theorie, daß alle Struktureigenschaften, welche nicht zum "Geist des Kapitalismus" passen (also z.B. Normen, die nicht Konkurrenz, sondern Solidarität fordern) mit Stumpf und Stil ausgerottet werden müssen. (11) Von den farbigen Völkern wird ein noch schärferer, noch gewaltsamerer Bruch mit ihrer eigenen Vergangenheit verlangt, als die Kolonialisierung mit ihren verheerenden Folgen ihn ohnehin schon bewirkt hat. Manche bürgerlichen Sozialwissenschaftler kleben dieser kulturimperialistischen Pferdekur das Etikett "revolutionär" auf; folgendes Zitat betrifft wieder Indien und stammt aus demselben Buch, dem wir oben die Definition des "dynamischen Entwicklungsbewußtseins" entnommen haben: "... trotz eines gewissen Wandels (haben sich) ... alle schwerwiegenden Probleme, die einer einem wirtschaftlichen Wachstum adäquaten Erziehung entgegenstehen, bis heute erhalten. Die Forderung muß daher eine revolutionäre Umgestaltung des Erziehungswesens sein ... Damit wäre ein wichtiger Anstoß zu einer schnelleren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gegeben." (12)



Als Subjekte, die die "revolutionäre" Europäisierung der Dritten Welt bewirken sollen, werden natürlich einerseits die westlichen Industrienationen selbst vorgesehen, welche durch Kapitalexport verschiedener Erscheinungsformen (wozu beispielsweise der schwunghafte Waffenhandel gehört) die farbigen Völker auch nach ihrer formalen Unabhängigkeit noch in wirtschaftlicher Abhängigkeit halten. Andererseits werden in jüngerer Zeit - wohl um dem Vorwurf zuvorzukommen, es

werde dem Kolonialismus oder gar Rassismus das Wort geredet - verstärkt die nationalen Regierungen und die übrigen Teile der einheimischen Bourgeoisien als Träger der Modernisierung in den Vordergrund gestellt. "Der Masse der Bevölkerung wird dagegen die gleiche Passivität zugeschrieben wie früher. Als theoretische Rechtfertigung dafür dienen heute ... nicht mehr rassistische Argumente, sondern das Traditionalismus-Postulat." (13) So entsteht die offenkundig ideologische Behauptung, daß "modernisierende Eliten", "die man für den quasi allein entscheidenden Faktor des sozialen Wandels hält" (14), ihre Politik gegen die "traditionale" Mehrheit der Bevölkerung richten müssen, weil sich diese dem Fortschritt sperrt.

Bei der von den Traditionalismus-Theoretikern geforderten "Revolution" handelt es sich also um das Paradox einer Revolution von oben, einer Revolution derer ausgerechnet, die aus den Verhältnissen, so wie sie sind, ihren Nutzen ziehen und deshalb an radikalen Veränderungen kaum ein Interesse haben können. Nicht genug damit, daß die verelendeten Massen die Leidtragenden der imperialistischen Ausbeutung sind; es wird ihnen auch noch die Schuld an ihrer verzweifelten Lage in die Schuhe geschoben, an der andere profitieren. Auch die Forderung nach der "dynamischen Wirtschaftsgesinnung" geht zu einem guten Teil über die Köpfe der Massen hinweg und paßt deshalb genau in das Rechtfertigungsmodell "modernisierende Eliten - traditionale Massen", denn so, wie der Begriff definiert wird, zielt er ausdrücklich "zu einem sehr großen Teil auf den Unternehmer ab". (15)

Daß die parasitären einheimischen Eliten von der Traditionalismus-Ideologie als treibende Kraft der Modernisierung ausgegeben werden, beschönigt die ungeheuren Klassengegensätze in der Dritten Welt und die Rolle der nationalen Bourgeoisien als Transmissionsriemen des Kapitalismus. Setzt man für "Modernisierung" das ein, was damit tatsächlich gemeint ist, nämlich die Einführung und Verankerung der kapitalistischen Produktionsweise, so macht die in der Forschung eingebürgerte Gegenüberstellung von modernisierender Elite und traditionaler Masse sofort klar, worin die eigentliche Aufgabe besteht, die den nationalen Bourgeoisien und insbesondere den "unabhängigen" Regierungen im System des gegenwärtigen Imperialismus zukommt: In enger Zusammenarbeit mit den Herrschenden der Industrieländer durch geeignete politische und verwalterische Maßnahmen nun auch in der Dritten Welt sozioökonomische und kulturelle Bedingungen zu schaffen, die für die profitable Verwertung der investierten Kapitale unerläßlich sind.

Wenn beispielsweise ein multinationaler Konzern in einem afrikanischen Land eine Fabrik baut, weil der außerordentlich billigen, d.h. niedrig zu entlohnenden Arbeit von Einheimischen (auch aufgrund anderer sprudelnder Hilfsquellen wie Bodenschätze etc.) ein hoher Mehrwert zu entreißen ist (ein Vorgang, der das betreffende Volk weiter verarmen läßt), dann setzt das voraus, daß es überhaupt genügend (16) Einheimische gibt, die in der Lage sind, in einem kapitalistischen Unternehmensbetrieb Lohnarbeit zu verrichten: Einheimische also, die daran gewöhnt sind, den Anweisungen einer Autorität strikt Folge zu leisten; deren Erwerbssinn mindestens soweit ausgebildet ist, daß sie nicht schon nach dem ersten Lohn in ihr Dorf zurückkehren; kurz: denen jene Kapitel der "dynamischen Wirtschaftsgesinnung" eingebläut worden sind, die der Lohnarbeiter in der kapitalistischen Ordnung beherrschen muß, um ausgebeutet werden zu können. Dafür soll die "revolutionäre" Politik der nationalen Regierungen auf dem Erziehungssektor in Verbindung mit der staatlichen und kirchlichen "Entwicklungshilfe" Sorge tragen. Die entsprechenden Maßnahmen gegen die "traditionale Rückständigkeit" sollen die imperialistische Herrschaft nun endgültig auch in die Köpfe der Beherrschten einpflanzen.

In konsequenter Einheit mit dieser politischen Funktion ist es die militärische Pflicht der nationalen Bourgeoisien, zu denen ja auch die Offizierskorps gehören, die ausländischen Erwerbsvermögen im Lande, an deren Gewinnen sie angemessen beteiligt werden, gegebenenfalls vor der revolutionären Gewalt der Massen zu schützen, wenn diese jemals zu widerstrebendem Bewußtsein und einer schlagkräftigen politisch-militärischen Organisation gelangen sollten.

3. Das Schema "modernisierende Eliten - traditionale Massen" widerspricht der Erfahrung

Bei der verbreiteten Ansicht, die nationalen Bourgeoisien mit den "unabhängigen" Regierungen an der Spitze hätten eine Modernisierung gegen die apathischen, rückständigen Massen durchzusetzen, ist teilweise sogar eine empirische Widerlegung der ihr innewohnenden Behauptungen möglich. Eine Gruppe Freiburger Soziologen hat - jedenfalls für das Beispiel Ghana - zeigen können, daß die drei Thesen

(1) Die Masse der Bevölkerung widersetzt sich einer Modernisierung.

(2) Die politische Elite ist bestrebt, eine Modernisierung durchzusetzen.

(3) Die politische Elite ist dazu nicht nur willens, sondern auch in der Lage. (17)

entweder falsch sind (These (1) und (3)) oder daß sich zumindest keine Anhaltspunkte für ihre Bestätigung ergeben.

Wir greifen wieder den Bereich der Wirtschaftsgesinnung und des Bildungssystems heraus und stützen uns auf das Ergebnis des Aufsatzes von Schlegel über "Die Entwicklung des Erziehungswesens in Ghana" (18), der allerdings nur die quantitative Ausbreitung der Schulbildung berücksichtigt, nicht deren Inhalte. Amtliche Statistiken zeigen, daß die Zahl der Schulen und Schüler keineswegs nach den eher zaghaften Plänen der englischen Kolonialverwaltung und später der nationalen Regierung gewachsen ist; vielmehr ist die Wirklichkeit diesen Plänen aufgrund der von unten kommenden massenhaften Nachfrage nach Schulbildung (die im Zusammenhang mit der ebenfalls von den afrikanischen Kleinbauern selbst betriebenen Einführung des Kakaoanbaus (19) entstand) weit davongeeilt. Um die Nachfrage zu befriedigen, wurden immer wieder private, kommerzielle Schulen gegründet, die später in der Regel von der Regierung subventioniert oder ganz verstaatlicht wurden. "Heute ist das Erziehungswesen längst jeder Regierungsplanung über den Kopf gewachsen. Wenn 1970 nur 10 % der Mittelschulabsolventen eine Stelle finden, dann liegt dem gewiß keine planvolle Steuerung durch die Regierung zugrunde." (20) Aus dieser Feststellung folgt zweierlei Kritik an der Traditionalismus-These: Einerseits ist es offenbar falsch, daß nur die Eliten einen Wandel (z.B. im Erziehungswesen) herbeiführen können; in Ghana wurde das Schulwesen nicht durch die, sondern trotz der Regierungsplanung ausgeweitet. Andererseits deutet sich hier aber auch schon an, wie unnütz eine an europäischen Vorbildern orientierte Modernisierung sein muß, weil sie eben nicht den ganz anderen Bedingungen und Bedürfnissen Rechnung trägt, wie sie in den Ländern der Dritten Welt (je verschieden!) gegeben sind. Dies Mißverhältnis drückt sich im vorliegenden Fall konkret dadurch aus, daß von relativ vielen Absolventen europäisch (englisch) eingerichteter Schulen nur sehr wenige dann auch eine entsprechende Stelle finden können.

> **HUGH HEFNER**, der Verleger des amerikanischen Sexmagazins *Playboy*, hat die Insel Santa Carolina vor der Küste der portugiesischen Überseeprovinz Moçambique gekauft. Er zahlte dem bisherigen Besitzer, einem portugiesischen Industriellen, mehr als zehn Millionen Mark für das Eiland.

Lehrer nach Westafrika

Für die Kinder unserer deutschen Mitarbeiter in Sierra Leone suchen wir einen allround-begabten Lehrer, möglichst Junggeselle mit etwas Englisch-Kenntnissen, der sich eine solche Aufgabe zutraut. Sie würden etwa 10 Kinder unterrichten (unter 10 Jahren) und zu sehr ordentlichen Bedingungen und gutem Gehalt arbeiten können. Mindestvertragsdauer: 2 Jahre.

Wollen Sie sich näher informieren? Dann bitten wir Sie um Ihre Bewerbung oder vorab um einen Anruf bei unserer Personalabteilung: (0611) 746011.



Allgemeine Bau-Union
6 Frankfurt am Main
Corneliusstraße 3

4. Die Wiederholung der europäischen Entwicklung kann weder erwünscht noch möglich sein

Ungleich weittragender, als das Schema "modernisierende Eliten - traditionale Massen" in Einzelfällen zu widerlegen, muß eine grundsätzliche Kritik an der im übergreifenden Schema "Modernisierung - Traditionalismus" angelegten Forschungsrichtung sein. Um sie zu leisten, bedarf es einer Prüfung der stillschweigend vorausgesetzten Ausgangsthese, die Dritte Welt sei nach dem Vorbild Europas und mit Hilfe der Industriestaaten zu entwickeln, wenn dem Elend ihrer Massen ein Ende gesetzt werden soll. Die Geschichte der farbigen Völker wird ja einfach als Wiederholung der Geschichte des europäischen Kapitalismus interpretiert. So meint z.B. Richard F. Behrendt, "daß es sich bei den heutigen Schwierigkeiten der Rationalisierung des Arbeitsverhaltens /in den Entwicklungsländern/ lediglich um eine Wiederholung unserer eigenen Erfahrung /in Europa/ handelt ..." (21). Angeblich gibt es also nur Altersunterschiede, aber keine qualitativen Differenzen zwischen den zahlreichen auf der Erde nebeneinander bestehenden Gesellschaftsstrukturen: Sie befinden sich allesamt bloß auf verschiedenen Stationen derselben Bahn.

Unerfindlich ist zunächst, was die spätkapitalistischen Industriegesellschaften für die große Mehrheit ihrer Bevölkerung, die Lohnabhängigen, derart angenehm macht, daß auch die Völker der Dritten Welt diesen und keinen

anderen Zustand anstreben sollen. (22) Der Traditionalismus-Gedanke legt der forschenden Reflektion Fesseln an, weil er verhindert, daß die heutige Situation der westlichen Industriegesellschaften nur als eine - und keineswegs die denkbar beste - unter mehreren qualitativ verschiedenen Möglichkeiten sozioökonomischer Organisation betrachtet wird: als eine zur Wirklichkeit gelangte Möglichkeit allerdings, die aber ihrerseits höchst "entwicklungs-", nämlich veränderungsbedürftig ist, wenn es endlich möglich werden soll, authentische humane Bedürfnisse frei zu entfalten und zu befriedigen; Bedürfnisse wie die Selbstverwirklichung durch freie und bewußte Tätigkeit (23) statt der gegenwärtig vorherrschenden Entfremdung durch Lohnarbeit; Bedürfnisse, die in der spätkapitalistischen Gesellschaft um des Profites willen nicht erfüllt werden können und mancherlei soziokulturellen Unterdrückungsmechanismen unterworfen sind, damit sie nicht bewußt und laut werden.

Statt dessen zeigt die Traditionalismus-Ideologie die kollektive Pathologie, den traurigen Zerfallszustand einer Gesellschaft wie der nordamerikanischen auch noch als höchstes bisher erklommenes Stadium einer Entwicklung vor, die so oder ähnlich alle Gesellschaftsformationen der Erde angeblich durchmachen müssen - wovor ihre unterdrückten Klassen sie rechtzeitig bewahren mögen. Eine Wiederholung der europäischen Entwicklung ist für die Dritte Welt nicht wünschbar, weil das in Europa, Nordamerika und Japan zutage liegende Ergebnis dieser kapitalistischen Entwicklung, eine inhumane Klassengesellschaft sondergleichen, nicht wünschbar ist.

Frau erschießt Mann bei Streit um Parkplatz

New York (AP)
Beim Streit um einen Parkplatz hat eine Frau in Manhattan einen Mann erschossen und zwei Menschen durch Schüsse verletzt. Nach Darstellung der Polizei waren gleichzeitig zwei Autos auf eine Parklücke zugefahren. Ein mit zwei Männern und einer Frau besetzter Wagen erreichte als erster den Parkplatz. Als die drei Insassen ausstiegen, entwickelte sich eine Auseinandersetzung mit dem Mann und der Frau, die im anderen Auto saßen. Die Frau aus dem zweiten Fahrzeug zog plötzlich eine Pistole und feuerte auf die drei anderen.

Süddeutsche Zeitung 3.1.73

Außerdem erscheint es fraglich, ob diese Wiederholung gerade im Hinblick auf die positiven Aspekte, die sie allenfalls wünschbar machen könnten (Beseitigung des Hungers; Beherrschung komplizierter Technologien usw.), durch kapitalistische Anstöße von außen überhaupt möglich werden kann. Der brasilianische Anthropologe Darcy Ribeiro verneint das kurz und bündig, denn "Kein Volk, das eine evolutive Beschleunigung erfahren hat, hat je einem anderen geholfen, denselben Prozeß durchzumachen." (24) Die Unmöglichkeit, daß sich unter den Bedingungen des gegenwärtigen Imperialismus eine wenigstens teilweise nützliche kapitalistische Entwicklung vollziehen kann, läßt sich allerding konkreter begründen:

Die Traditionalismus-Ideologie selbst enthält Erkenntnisse, die zeigen, daß jenes besondere Akkumulationsmodell, "das sein Dasein der industriellen Revolution verdankt und das, als historische Form der kapitalistischen Produktionsweise, unauflöslich an diese gebunden bleibt ..." (25), in der Dritten Welt auf Barrieren stoßen muß, die seine Verwirklichung entweder ganz verhindern oder bewirken, daß die einheimischen Massen keinen Nutzen daraus ziehen können. Denn wenn auch das Kapital, das für ein ungemein rasantes, aber ungleichmäßiges Wachstum der Produktivkräfte nach diesem Modell benötigt wird und die erforderlichen Technologien sich vielleicht übertragen lassen, so fehlt es in den Entwicklungsländern doch offenbar weithin an eingespielten kapitalistischen Produktionsverhältnissen als dem Teil der europäischen Wirtschaftsweise, der sich kaum aus dem Boden wird stampfen lassen, wenn nicht wenigstens keimhafte Ansätze dazu im Lande selbst historisch vorgegeben sind.

Nach Marx und im Gegensatz zur Auffassung mancher seiner selbsternannten Nachlaßverwalter (hauptsächlich in den "sozialistischen" Ländern Osteuropas, die das kapitalistische Wachstums- und Industrialisierungsmodell mit all seinen Schwächen einfach kopiert haben) (26), lassen sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln reduzieren. Vielmehr umfassen sie eine Gesamtheit von ineinander verschränkten Beziehungen zwischen Menschen und Dingen sowie zwischen Menschen und Menschen, die samt und sonders zur gesellschaftlichen Produktion des materiellen Lebens im Kapitalismus beitragen und deshalb auch alle zu seiner Basis, seinem sozioökonomischen Unterbau, gehören; neben dem Privateigentum am Produktivvermögen sind das z.B.: Warenfetischismus, individuelles Erwerbsstreben und Konkurrenz als dominante Handlungsmotive, Entfremdung von der Arbeit und ihren Produkten, systematische Trennung von Kopf und Handarbeit, autoritäre Zwänge vielfältiger Art. (27)

Demgegenüber sind an der Basis vieler Wirtschaftsgesellschaften der Dritten Welt, deren eigenständiger Wandel heute vom Imperialismus blockiert wird, trotz des in der Rechtsordnung bereits verbürgten Privateigentums noch immer soziale Wert- und Normgefüge ganz an-

derer, geradezu gegensätzlicher Art anzutreffen, die meistens schon beträchtliche Zeiträume westlicher Überlagerung überdauert haben und aller Voraussicht nach noch überdauern werden. Sie blockieren ihrerseits eine organische Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern, so daß in der Tat deren statisches Verharren zu beklagen ist, das jedoch nicht den "traditionalen" Strukturen angelastet werden darf, sondern ihrer unverschuldeten Kollision mit dem ausländischen Kapital, welches auf der Suche nach maximalen Profiten in alle Teile der Erde vorgedrungen ist.

Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß der Kapitalexport der Industrieländer in bestimmten Schwerpunktregionen der Dritten Welt ein sprunghaftes Anwachsen der Produktivkräfte erzwingt, obwohl die übrigen Elemente der kapitalistischen Basis in der einheimischen Umgebung nur schwach entwickelt sind. Das krasse Mißverhältnis zwischen gewaltsam forcierter Industrialisierung in einigen wenigen Gebieten einerseits und der einheimischen Sozialstruktur andererseits enthält den betroffenen Völkern aber auch noch die ebenso schmale wie unsichere Lebensgrundlage vor, die der in England, Deutschland, Nordamerika usw. eigenständig gewachsene Kapitalismus den Lohnabhängigen dieser westlichen Länder heute immerhin gewährt.

Ein Beispiel dafür bieten die schon jetzt riesigen, aber noch ständig wachsenden Elendsquartiere im Umkreis der großen Städte. Viele Einheimische, die in der vernachlässigten Landwirtschaft nur noch das dürftigste Auskommen finden, lassen sich durch die vordergründige Betriebsamkeit in den Zentren des industriellen Aufschwungs anlocken. Aber im Unterschied zur europäischen Landflucht des 19. Jahrhunderts finden längst nicht alle von ihnen tatsächlich Arbeit in den neuen Fabriken, sondern nur wenige werden (natürlich in der Rolle des ausgebeuteten Proletariats) überhaupt in den Produktionsprozeß der "modernen" Wirtschaftssphäre ihres Landes unmittelbar einbezogen, während das Leben vieler, die dem Land und damit einer oft wenigstens noch halbwegs funktionsfähigen herkömmlichen Wirtschaftsweise den Rücken kehren, von diesem Augenblick an überhaupt nicht mehr gesellschaftlich produziert wird.

Die multinationalen Konzerne kennen nämlich aus ihrer langjährigen imperialistischen Geschäftserfahrung die Schwierigkeiten, die die Eingliederung Einheimischer, welche aus "traditionalem" Milieu kommen und deshalb nicht über die oben beschriebene "dynamische Wirtschaftsgesinnung" verfügen, in einen kapitalistischen Unternehmensbetrieb bereitet. Neben dem außerordentlich fortgeschrittenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in den westlichen Industrieländern ist das ein Grund dafür, daß sie ihre Investitionen von vornherein darauf einrichten, mit möglichst wenigen einheimischen Arbeitskräften auszukommen. Ausgerechnet in der Dritten Welt, deren Hauptproblem die Arbeitslosigkeit ist, werden Betriebe mit modernsten, hochautomatisierten Produktionstechniken aufgebaut. (28) Außerdem bringen die Konzerne das Personal für mittlere und hohe Positionen in der Regel aus den Industrieländern mit.

Da diese sprunghafte Art von Industrialisierung nur eine ungenügende Anzahl von Arbeitsplätzen schafft, geraten die meisten von denen, die aus den großen ländlichen Gebieten in die wenigen Industrialisierungsregionen nachdrängen, in eine ungleich schlimmere Lage als zuvor. Ohne Arbeit und Brot und überdies total entwurzelt, verkommen sie in den menschenunwürdigen Behausungen der "bidonvilles" und "favellas", wo ihnen die vage Hoffnung, die sie hierhin trieb, erst vergeht, wenn es zur Umkehr bereits zu spät ist.

Im Unterschied zu Europa, wo auf individuellen Erwerb und individuelle Leistung abgestellte Produktionsverhältnisse von Beginn der kapitalistischen Entwicklung an mindestens im Keim angelegt waren und im Laufe dieser Entwicklung allseitig entfaltet werden konnten, geht die imperialistische Industrialisierung in der Dritten Welt nicht nur mit einer relativen Verarmung des Proletariats einher, sondern sie bringt, weil sie von außen erzwungen wird und den vorgegebenen strukturellen Bedingungen und Bedürfnissen nicht entspricht, fortwährend <u>absolutes Wachstum des Elends</u> hervor. Sie macht die Massen nicht einmal zum Proletariat, sondern die Massen werden zwischen den sich gegeneinander drehenden Mühlsteinen der herkömmlichen und der kapitalistischen Produktionsweise zerquetscht.

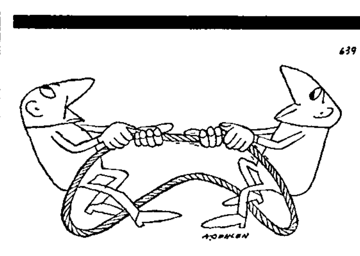
Im übrigen werden die Profite, die die Investitionen der multinationalen Konzerne in der Dritten Welt abwerfen, zu einem guten Teil in die Industrieländer transferiert; der aus den Hilfsquellen der farbigen Völker erwirtschaftete Gewinn wird also nicht nur - wie in Europa - dem Proletariat, sondern der ganzen Volkswirtschaft der "Entwicklungsländer" vorenthalten, was ihre "normale" kapitalistische Entwicklung ebenfalls hemmen muß. Auch hierin liegt ein zwangsläufiger Unterschied zum Modell des eigenständigen Kapitalismus in Europa.

Selbst wenn man ihr mit aller Gewalt etwas Positives abgewinnen will, weil man sie nur mit dem gegenwärtigen, in seiner Trostlosigkeit nicht mehr zu

überbietenden Zustand vergleicht, und nicht die kreative Phantasie aufbringt, humanere, ausgewogenere Arten der Industrialisierung zu denken, erscheint die Wiederholung der europäischen Entwicklung in der Dritten Welt also noch nicht einmal möglich, und zwar gerade wegen jener Unverträglichkeit der herkömmlichen und der kapitalistischen Produktionsweise, Produktionsverhältnisse, auf die hinzuweisen die Traditionalismus-Ideologie nicht müde wird.

Unter anderem erklärt sich hieraus das klägliche Versagen der Entwicklungshilfe, die natürlich immer am Akkumulations- und Industrialisierungsmodell der Länder orientiert ist, die sie vergeben. Wie fragwürdig diese "Hilfe" samt der daran hängenden akademischen Rechtfertigung durch die Traditionalismus-Ideologie ist, zeigt nichts deutlicher als ihr vollständiger praktischer Mißerfolg, den selbst der "Fischer-Weltalmanach" eingestehen muß:

> Im Jahre 1970 ging das erste von den "Vereinten Nationen" erklärte Entwicklungsjahrzehnt zu Ende....



> Der Abstand zwischen den wohlhabenden und den armen Ländern hat sich ... vergrößert.... Dazu hat sich die gesellschaftliche Entwicklung ... im ungünstigen Sinne verändert, d.h. die Unterschiede zwischen einer relativ wohlhabenden kleinen Oberschicht ... einerseits und der großen Mehrheit der Bevölkerung andererseits sind noch krasser als vorher. Die Verteilung der Einkommen ist also noch ungerechter geworden... Während die ländlichen Gebiete in der Armut verbleiben, haben sich in den Städten ständig größere Elendsviertel ausgebreitet ... Nach Angaben der UNO und der UNESCO beträgt derzeit die Zahl der hungernden Menschen in der Welt rund 500 Millionen; am Ende der zweiten Entwicklungsdekade wird ihre Zahl um weitere 100 Millionen gewachsen sein. (29)

5. Statt oktroyierter kapitalistischer Entwicklung: Eigenständiger Wandel, der an gegebene Strukturen anknüpft

Wenn jene Art von "evolutiver Beschleunigung", die die zentraleuropäischen Gesellschaften in den vergangenen 400 Jahren aus sich selbst hervorgetrieben haben, aus den dargelegten Gründen für die Dritte Welt weder als wünschbar noch als wiederholbar betrachtet werden muß, dann ist es wider alle Vernunft und Humanität (wenn auch nicht wider die innere Logik des Imperialismus, den Zwang der großen Kapitale nämlich, sich zu vermehren), nach wie vor am westlichen Entwicklungsmodell festzuhalten. Statt danach zu forschen, wie eine Entwicklung nach europäischem Muster gegen alle strukturellen Widerstände der Dritte-Welt-Gesellschaften durchzusetzen ist und sich bei dem Versuch, diese paradoxe Frage zu beantworten, in gleichermaßen paradoxe Vorschläge über eine "Revolution von oben" und ähnlichen Un-Sinn zu verrennen, ist umgekehrt nach Entwicklungs- und Wachstumsmodellen zu suchen, die den vorgegebenen Strukturen entgegenkommen und mit dem europäischen nichts gemein haben müssen. Statt also von der Geschichte des Kapitalismus in Europa auszugehen und um seines Fortkommens willen den gewaltsamen Abbruch andersartiger Entwicklungen zu fordern, weil man das ganz andere wieder nur auf die Begriffe, und das heißt: den Verwertungszusammenhang der eigenen Wirtschaftsgesellschaft zu bringen (30), aber nich den ihm eigenen Sinn zu erfassen vermag, ist zunächst von den afrikanischen oder indischen Verhältnissen selbst auszugehen, wie sie sich heute darstellen. Von hier aus sind dann unter sorgfältiger Beachtung von Elementen, die dem Wachstum der Produktivkräfte und der Güterproduktion zum Zwecke der Befriedigung von elementaren Lebensbedürfnissen bei allen dienlich sein können (31), theoretische Perspektiven für eigenständigen, vom europäischen Vorbild und vom europäischen Kapital unabhängigen Wandel zu entwerfen: Theorien, die eben wegen des Versuchs, an die gegebenen Verhältnisse anzuknüpfen, leichter mit der Lebenspraxis der farbigen Völker in Wechselwirkung zu treten vermögen als die Weisheiten der bürgerlichen "Entwicklungsländerforschung", die zuerst den Interessen der großen Konzerne und den Bewegungsgesetzen ihres Kapitals gehorchen, aber nicht mit den Bedürfnissen nach Tätigkeit, Lebensmitteln und Kultur der Massen in Verbindung stehen. Mit einem Wort: Entwicklungsmodelle, die in einer der Traditionalismus-Ideologie entgegengesetzten Richtung erarbeitet werden, sind leichter zu verwirklichen als das kapitalistische. Diesem kommt dann nur insofern eine Bedeutung zu, als analytische Kenntnis von ihm die systematisch entwickelten Disparitäten (z.B. zwischen Stadt und Land) und Ausbeutungsverhältnisse (zwischen den Klassen) vermeiden helfen kann,

die der eigenwüchsige Kapitalismus Europas in einem kaum erträglichen, der imperialistisch aufgepfropfte, subalterne Kapitalismus in der Dritten Welt aber - wie wir gesehen haben - in einem so vollkommen unerträglichen Maße mit sich bringt, daß die Notwendigkeit seiner Beseitigung keiner weiteren Begründung bedarf. Eigenständige Entwicklungswege werden nicht nur leichter begehbar, sondern - sofern sie auf die europäischen Erfahrungen dialektisch antworten - auch humaner sein als eine Modernisierung, die sich sklavisch ans "abendländische" Vorbild hält und an der nur die kapitalverwertenden Klassen der Industrieländer und die nationalen Bourgeoisien ein Interesse haben.

Die Strategie der evolutiven Beschleunigung eigenständiger Ansätze macht die revolutionäre Beseitigung jener kapitalistischen Strukturen keineswegs überflüssig, die der Imperialismus den farbigen Völkern bis heute schon erfolgreich aufzudrücken vermochte. Vielmehr ist umgekehrt die sozialistische Revolution, die die Produktivvermögen aus privatem in gesellschaftliches Eigentum überführt, eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung dafür, daß vom Imperialismus unabhängige Entwicklungen überhaupt stattfinden können. Denn die Überlagerung durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist es gerade, die gegenwärtig jene eigenwüchsige Dynamik hemmt, welche den meisten außereuropäischen Gesellschaften bis zum Zeitpunkt ihrer Kolonialisierung von Historikern und Ethnologen bescheinigt wird. Es geht ja nicht darum, etwa die urgesellschaftlichen Strukturen aus der Zeit vor der Kolonialisierung einfach wiederzuerwecken (was im übrigen kaum möglich sein wird), sondern es geht darum, mit einer neuen Gesellschaftsformation, in der die Produktivkräfte einen hohen Entwicklungsstand erreicht haben, an sie anzuknüpfen.

Ein gutes, wenn auch bisher vereinzelt gebliebenes Beispiel,ist die jüngere Entwicklung in der Volksrepublik China, wo die sozialistische Revolution zunächst den subalternen Kapitalismus abwerfen mußte, damit später (nachdem Ende der fünfziger Jahre auch die Lösung vom russischen Imperialismus gelungen war) ein speziell auf die chinesischen Verhältnisse zugeschnittenes Wachstumsmodell theoretisch erarbeitet, praktisch immer wieder erprobt und dank der so gewonnenen Erfahrungen permanent korrigiert werden konnte. Kennzeichnend für dieses Modell ist einerseits, daß es zwar zahlreiche, hauptsächlich technologische Fäden aufnimmt, die im Westen gesponnen worden sind, daß es daneben aber immer wieder an herkömmliche Merkmale der chinesischen Gesellschaft anzuschließen versucht, wie sie auch während und nach der Revolution im Alltagsleben des chinesischen Volkes zum Ausdruck kommen. Eine zentrale, in den Schriften Mao Tse-tungs oft wiederholte Forderung ist das verständige Eingehen auf die konkreten Alltagsprobleme des Volkes: "Mit allem Nachdruck möchte ich ... darauf hinweisen, daß wir den Fragen des Alltagslebens der Volksmassen eindringlich unsere Aufmerksamkeit widmen müssen, angefangen von den Fragen des Grund und Bodens und der Arbeit bis zu den Fragen der Versorgung mit Brennholz, Reis, Speiseöl und Salz ... Alle diese Fragen des täglichen Lebens der Volksmassen müssen auf unsere Tagesordnung gesetzt werden. Man muß sie erörtern, Beschlüsse dazu fassen, diese Beschlüsse in die Tat umsetzen und ihre Durchführung kontrollieren." (32)

Andererseits haben die chinesischen Revolutionäre bewußt darauf geachtet, die für das kapitalistische Entwicklungsmodell typischen Disparitäten zu vermeiden, welche im ungemein raschen Wachstum der (Schwer-) Industrie in den Zentren und in der daraus resultierenden Verödung der ländlichen Gebiete zum Ausdruck kommt: "Mao Tse-tung hat diesen Zusammenhang ganz klar erkannt, und er hat aus diesem Grunde die forcierte Industrialisierung Chinas auf Kosten der Landwirtschaft abgelehnt und eine gleichmäßige, gleichzeitige Entwicklung der ganzen Wirtschaft vorgezogen. Diese Entscheidung, die der Agrikultur im Verhältnis zur Industrie, der Leichtindustrie im Verhältnis zur Schwerindustrie einen weiten Spielraum gab, widerspricht natürlich ganz und gar der kapitalistischen 'Rationalität' ..." (33)

5. Die eigenwüchsigen Produktionsverhältnisse in der Dritten Welt stehen der sozialistischen Wirtschaftsweise nahe

Schließlich stellt sich die Frage, wie eigene Entwicklungswege, die die Völker der Dritten Welt aus ihrem gegenwärtigen Elend herausführen, denn eigentlich aussehen könnten. Von Europa aus hierüber Vorschläge oder gar Vorschriften zu machen, wäre freilich der Anfang eines neuen eurozentrischen Kulturimperialismus, zumal die Sozialstrukturen der entwicklungsgehemmten Gesellschaften auch untereinander recht verschieden sind, so daß ihr sinnvoller Wandel ebenfalls je verschiedene Inhalte und Formen haben dürfte.

Gleichwohl läßt sich mit aller Vorsicht sagen, daß die eingeborenen Arten und Weisen, das materielle Leben gesellschaftlich zu produzieren, in der Regel solidarisches, gemeinschaft-

liches Wirtschaften erfordern. So sind z.B. die herkömmlichen Produktionsverhältnisse in weiten Teilen Afrikas außerordentlich genossenschaftsfreundlich, weil Gruppen, innerhalb derer nachbarschaftliche Wirtschaftshilfe geleistet wurde, als genetische und historische Vorläufer der modernen Produktions- und Verbrauchsgenossenschaften zu den tragenden Elementen der autochthonen Sozialstruktur gehörten. "Ganz allgemein können wir feststellen, daß sich die Menschen in den primitiven Gesellschaften nicht einzig und allein um die Nahrungssuche kümmern; daß der auf die elementare Familie gegründete Haushalt gemeinhin sowohl eine Produktions- als auch eine Konsumptionseinheit ist, die Organisation wirtschaftlicher Unternehmungen aber an vielen Stellen in die größere soziale Gruppe hineinreicht" (34). Außerdem bieten genossenschaftliche Zusammenschlüsse die Möglichkeit zur Akkumulation von gemeinsam geschaffenem und gemeinsam besessenem Vermögen, wobei die private Bereicherung am Mehrprodukt, die Ausbeutung der Produzenten, ausgeschlossen ist. Genossenschaften haben also eine entwicklungsstimulierende Wirkung gerade dort, wo große Kapitale (beispielsweise Finanzkapital) nicht vorhanden sind und auch nicht gebildet werden bzw. wo sie aufgelöst werden sollen.

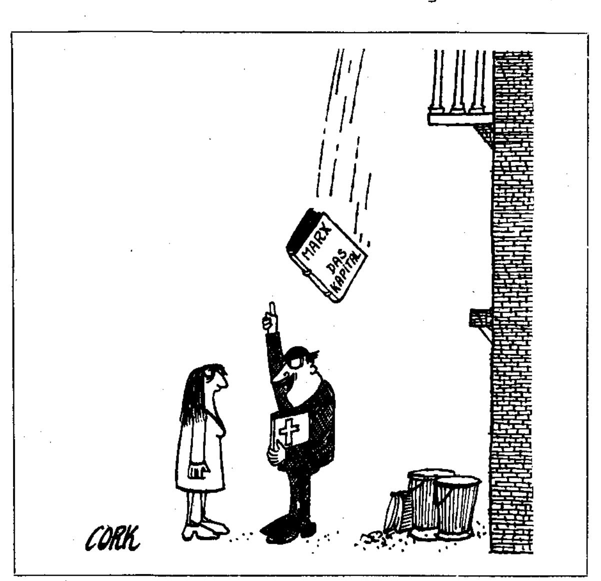
Auch in dieser Beziehung ist die Entwicklung des sozialistischen China vorbildlich, wo die Organisation von Genossenschaften, Volkskommunen usw. vorrangig in Angriff genommen wurde. Bereits 1927 schrieb Mao Tse-tung in seiner heute wenig beachteten entwicklungspolitischen Schrift "Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan": "Die Bauern benötigen Genossenschaften, insbesondere Konsum-, Absatz- und Kreditgenossenschaften. Wenn sie Ware einkaufen, werden sie vom Kaufmann ausgebeutet; wenn sie die Erzeugnisse ihrer Wirtschaft verkaufen, haut sie der Händler übers Ohr; wenn sie eine Anleihe in Geld oder Reis nehmen, werden sie vom Wucherer ausgepreßt; sie haben daher ein brennendes Interesse an der Lösung dieser drei Probleme." (35)

Mit dem Genossenschaftsprinzip haben es die Chinesen immerhin so weit gebracht, daß heute jeder Bewohner ihres Landes ein wenn auch nicht üppiges, so doch hinreichendes Auskommen findet, während in Ländern wie Indien, die immer am individualistischen Wachstumsmodell des Kapitalismus kleben geblieben sind, und die sich an die Ratschläge westlicher "Entwicklungsexperten" sowie die beträchtliche Kapital-"Hilfe" aus Staaten wie der Bundesrepublik gehalten haben, heute mehr Menschen hungern und verhungern als jemals zuvor.

Offenbar stehen also die Produktionsverhältnisse in vielen Ländern der Dritten Welt der sozialistischen Wirtschaftsweise nahe, wenn sie auch - wegen des relativ niedrigen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte - nicht mit ihr verwechselt werden dürfen. Das liegt daran, daß die im Lande selbst gewachsenen Sozialstrukturen, die heute allerdings nur noch in Resten vorhanden sind, Elemente der sozialistischen Produktionsweise enthielten.

Daraus ist zweierlei zu schließen:

1. Die Traditionalismus-Ideologie als grundlegender Bestandteil der bürgerlichen Entwicklungs-Wissenschaft, welche die restlose Auflösung der einheimischen Strukturen zugunsten "moderner" fordert, kommt nicht von ungefähr, sondern steht im Einklang mit dem Profitinteresse der Verwerter großer Kapitale, dort voll ausgebildete kapitalistische Produktionsverhältnisse anzutreffen, wo sie zu investieren gedenken. Ihr Wunsch bedarf einer wissenschaftlichen Legitimation, die sein ausbeuterisches Motiv verborgen hält.



Genau das leistet die Traditionalismus-Ideologie:

Sie berechtigt dazu, die angeblich erwünschte und mögliche Wiederholung der europäischen Entwicklung durch die "rückständigen" Länder, deren Bevölkerung noch überwiegend im "Traditionalismus" verharrt, mit Hilfe von Kapitaltransfer und flankierenden sozialpolitischen Maßnahmen zu beschleunigen und ihnen dabei jene "moderne", nämlich erwerbswirtschaftliche Struktur aufzuzwingen, die ihre dreifache Ausbeutung als Lieferant billiger Rohstoffe, als Reservoir billiger Arbeitskraft und schließlich als Absatzmarkt teurer, aber für die Betroffenen wenig brauchbarer Fertigwaren erst wirklich lohnend macht; nebenbei macht sie die den

Spätkapitalismus im eigenen Land zur besten, weil höchstentwickelten aller Welten und immunisiert ihn so gegen den Bazillus einer Kritik, die es auf seine radikale Veränderung abgesehen hat.

2. Wenn es auch strittig bleibt, ob aus der Ersten, Zweiten oder Dritten Welt die stärksten Impulse für den antiimperialistischen Kampf kommen sollen (endgültig zu Fall gebracht werden kann der Imperialismus ohnehin nur durch starke Massenbewegungen hier und dort, die sich gegenseitig stützen), so sind die Aussichten für die Befestigung und Vollendung sozialistischer Produktionsverhältnisse (nach der Auflösung des privaten Eigentums an den großen Produktivvermögen) in der Dritten Welt doch ungleich besser als bei uns.

Der zweite Punkt muß jedem Sozialisten Hoffnung machen, denn das größte Problem sozialistischer Politik ist bis heute geblieben, daß in der UdSSR und anderswo, wo es gelungen ist, die Produktionsmittel aus privatem in öffentliches Eigentum zu überführen, die anderen Elemente der kapitalistischen Basis wie der Warenfetischismus, die Trennung von Kopf- und Handarbeit oder das ausgefeilte Herrschaftssystem sich als äußerst zählebig erwiesen haben und bis heute (teilweise in verschärfter Form) weiterbestehen. China ist bisher das einzige Gegenbeispiel geblieben, wo weiter als bis zur Verstaatlichung der Produktionsmittel greifende Bemühungen um eine radikale Umwälzung sowohl der sozioökonomischen Basis als auch des kulturellen Überbaus unternommen werden. Unter dem Gesichtspunkt, daß China zur Dritten Welt gehört, wo der Kapitalismus nirgends derart vollständig von den Händen und Köpfen der Produzenten Besitz ergriffen hat wie in Europa oder Nordamerika, dürfte das kein Zufall sein.

hpö

Anmerkungen:

1) Zeiten und Menschen. Geschichtliches Unterrichtswerk. Oberstufe. Ausgabe G. Bd. 2, Paderborn 1970, S. 176

2) Vgl. Draguhn, Werner: Entwicklungsbewußtsein und wirtschaftliche Entwicklung in Indien, Wiesbaden 1970, S. 32 ff

3) a.a.O., S. 32. Hervorhebung: hpö

4) a.a.O., S. 34

5) a.a.O.

6) Vgl. a.a.O., S. 34 f

7) Vgl. a.a.O., S. 36 ff

8) Das Fischer Lexikon Soziologie. Neuausgabe, Frankfurt/M. 1969, S. 120

9) Vgl. Trappe, Paul: Warum Genossenschaften in Entwicklungsländern? Neuwied 1966, S. 26

10) Vgl. Murdock, George Peter: Africa. Its peoples and their culture history. New York 1959, S. 33 ff sowie Trappe, Paul: Über Typologien afrikanischer Sozialstrukturen, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vierteljahresberichte, Sonderheft 2, Hannover 1968, S. 9-42, insbesondere S. 18 ff

11) Dieser an den Wortschatz des Faschismus gemahnende Ausdruck fällt in ernstgemeinten wissenschaftlichen Arbeiten, wenn es um die Ablösung "traditionaler" durch "moderne" Strukturelemente geht. Vgl. Draguhn, a.a.O., S. 196

12) Draguhn, a.a.O., S. 222. Hervorhebung: hpö

13) Ay, Peter u.a.: Regierungspolitik und sozialer Wandel in Ghana. Eine Kritik des Modells modernisierende Eliten - traditionale Massen. Freiburg 1971, S. 8

14) a.a.O., S. 1

15) Draguhn, a.a.O., S. 32

16) "Genügend" heißt in diesem Fall: weitaus mehr als die Anzahl der zu besetzenden Arbeitsstellen, denn gerade das starke Überangebot auf dem Arbeitsmarkt ist es, das in den Entwicklungsländern den Preis der Ware Arbeit, den Lohn, auf ein Minimum herabdrückt.

17) Ay, a.a.O., S. 5

18) Schlegel, Volker: Die Entwicklung des Erziehungswesens in Ghana, in: Ay, a.a.O., S. 27-35

19) Vgl. Ay, Peter: Kakao in Ghana: Ein einheimischer Erfolg gegen kolonialen Einfluß, in: Ay, a.a.O., S. 12-25

20) Ay, a.a.O., S. 4

21) Behrendt, Richard F.: Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt/M. 1968², S. 466

22) Damit soll keineswegs behauptet sein, daß das Gros der Bevölkerung in den Industrieländern heute nicht besser daran sei als die verelendeten Massen der Dritten Welt, die der brutalen Ausbeutung durch "abendländische" Profiteure und ihre einheimischen Handlanger teilweise schon seit Jahrhunderten völlig schutzlos ausgeliefert sind; nach Brot muß bei uns kaum jemand hungern, immerhin. Dennoch ist ein Zustand trostlos und kann - verglichen mit alternativen Entwicklungszielen sozialistischer Art - auch für die farbigen Völker kaum erstrebenswert sein, der die große Mehrheit der Bevölkerung, die Lohnabhängigen näm-

lich, dazu zwingt, sich von der eigenen Arbeit, von deren Produkten, von den Klassengenossen und schließlich von sich selbst zu entfremden, um die notwendigen Lebensmittel kaufen zu können: ein Zustand, in dem die Befriedigung authentischer Bedürfnisse, die über die Sättigung des Magens hinausgehen, behindert wird, weil nicht die optimale Versorgung aller mit Lebensgütern, sondern die fortschreitende Vermehrung der immensen privaten Erwerbsvermögen die Antriebskraft des Wirtschaftens ist.

23) Freie bewußte Tätigkeit macht nach der Anthropologie von Marx das Gattungswesen des Menschen aus und ist demnach für eine humane Existenz unverzichtbar. Vgl. Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844). Dort besonders die Abschnitte über entfremdete Arbeit.

24) Sonntag, Heinz Rudolf: Gespräch mit Darcy Ribeiro, in: Kursbuch 23, S. 167-186, S. 184

25) Rossanda, Rossana: Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken, in: Kursbuch 30, S. 1-34, S. 27 f

26) Vgl. a.a.O., S. 27 f. R. Rossanda zählt einige Schwächen und Widersprüche auf, die dieses Modell mit seiner einseitigen Bevorzugung des Wachstums der (Schwer-)Industrie in West- wie in Osteuropa hervorgebracht hat: "immer größere 'Schere' zwischen Stadt und Land, soziales Gefälle, Einschränkung der Bewegungsfreiheit für die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung, kumulative Unterentwicklung schwacher, d.h. unterindustrialisierter Regionen, selektive Landflucht und entsprechendes Sinken des kulturellen Niveaus auf dem Dorf ..." a.a.O., S. 28

27) Vgl. a.a.O., S. 24 ff

28) Die Einführung kompliziertester Technologien (Computer etc., vgl. blätter des iz3w, Nr. 19, Okt. 1972, S. 10 f) macht wiederum den Abstand zwischen "traditionaler" und "moderner" Produktionsweise so hoffnungslos breit, daß auch bestgemeinte Bemühungen der "Entwicklungshilfe" und der nationalen Kulturpolitik, das Bildungsniveau zu heben und hier einen Anschluß an die Industrieländer zu finden, zum Scheitern verurteilt sind, denn es fehlen die Möglichkeiten, die neuerworbenen Kenntnisse im Rahmen einer Technologie der "mittleren Ebene" praktisch umzusetzen und zu erproben.

29) Der Fischer Weltalmanach 1972, Frankfurt/M. 1971, S. 263 f

30) Die bürgerliche Sozialwissenschaft nennt dieses Verfahren "wertfrei".

31) z.B. der noch weitgehend intakte Wirtschaftsverband der "joint family" in Indien.

32) Mao Tse-tung: Kümmern wir uns um das Alltagsleben der Volksmassen, achten wir auf die Arbeitsmethoden! In: Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 169-175, S. 171 f

33) Rossanda, a.a.O., S. 29

34) Firth, Raymond W.: Orientierungen im Wirtschaftsleben, in: Firth u.a.: Institutionen in primitiven Gesellschaften, Frankfurt 1967, S. 7-19, S. 10 f; Hervorhebung: hpö

35) Mao Tse-tung: Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan, in: Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 21-63, S. 58

ITT

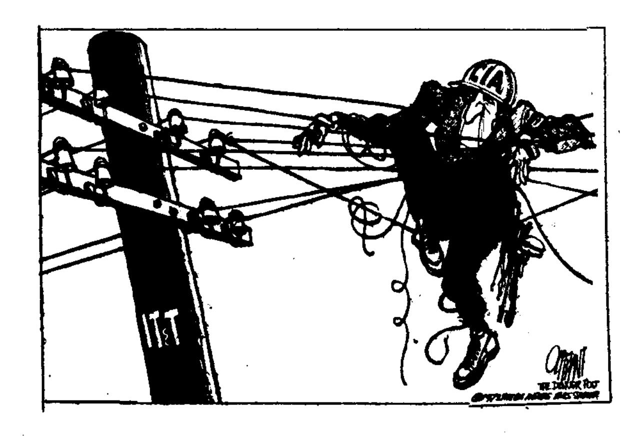
Frage: „Was würden Sie sagen, wenn ein ausländischer Konzern versuchen würde, unsere Wahlen zu beeinflussen?" Antwort: „Ich wäre verärgert."

Frage: „Glauben Sie nicht, daß Chilenen ähnliches fühlen?" Keine Antwort.

Der Fragesteller: Frank Church, demokratischer US-Senator und Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses.

Der Befragte: John McCone, ehemaliger Chef des US-Geheimdienstes CIA und seit 1970 Mitglied des Aufsichtsrates der „International Telephone and Telegraph Corporation" (ITT).

Wirtschaftswoche Nr. 15 · 6. 4. 1973



Entwicklungshilfe
Projekte der BRD in Äthiopien

STRUKTURDATEN ÄTHIOPIENS

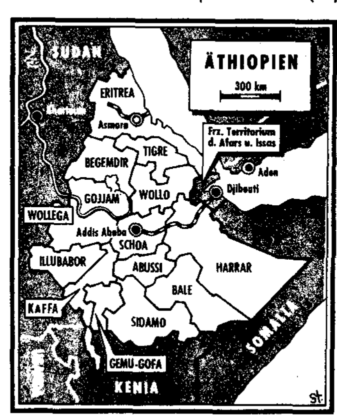
A l l g e m e i n

Fläche: 1,22 Mio qkm (einschl. Eritrea, 1962 annektiert) (1/20).

Bevölkerung: ca. 26 Mio, jährliche Wachstumsrate 2,2 % (3/23). 90 % der Bevölkerung lebt auf dem Lande (Orte unter 2000 Einw.) (3/25). Starke Landflucht. Die städtische Bevölkerung nimmt jährlich um 6,5 % zu (2), wobei sich die Zunahme auf Addis Abeba und Asmara konzentriert. Addis Abeba hat einen weit ausgedehnten Slumgürtel (4).

Hauptstadt: Addis Abeba, ca. 700 000 Einwohner (1/21).

Sprachen: Staatssprache = Amharisch, einige offizielle Provinzsprachen, Englisch als Handelssprache (3/24).



Religionen: ca. 50 % der Bevölkerung gehören der christlichen koptischen Staatskirche an (3/25), 30 % Moslems (5/Übersicht Äth. S. 1).

Mitgliedschaften: UNO und Unterorganisationen außer IMCO und GATT, Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Weltbank (3/14 und 19).

P o l i t i s c h - S o z i a l

Regierungssystem:

Monarchie, Staatsoberhaupt Kaiser Haile Selassie I.
Der Kaiser ernennt den Ministerpräsidenten. Das Kabinett hat beratende Funktion und ist dem Kaiser verantwortlich. Daneben existiert ein politisch einflußreicher Kronrat. (3/14)

Zweikammersystem: Ein vom Kaiser ernannter Senat und ein gewähltes Parlament (1/20), in dem ausschließlich Grundbesitzer vertreten sind, denn Grundbesitz ist eine der Voraussetzungen zur Erlangung des passiven Wahlrechts (6/129).

Alle Gesetzesinitiativen zur Landreform sind bis heute abgelehnt oder vertagt worden (3/35).

Der Kaiser hat absolutes Vetorecht dem Parlament gegenüber (1/20). Eine Organisierung in Parteien ist verboten. (7)

Staatshaushalt: Die Zentralregierung bezieht ihre Einnahmen zu 27 % aus der Auslandshilfe und den Auslandskrediten (Ansatz Haushaltsjahr 71/72) (3/62), insbesondere aus der Haushaltshilfe der USA und aus Weltbankanleihen (8/24) (9/17). Der Anteil der Auslandsfinanzierung am gesamten Haushalt (ordentlicher und Investitionshaushalt) ist von 1968 bis 1971 von 22 % auf 27 % gestiegen (3/62). Die Ausgaben der Zentralregierung sind zu 18 % des ordentlichen Haushalts Militärausgaben und gehen zu 16 % an das Innenministerium, dem die paramilitärischen Verbände der Polizei (die an Größe ca. 3/4 der Armee ausmacht) unterstehen (9/65).

Verwaltung: Die Verwaltung ist korrupt. Nach Meinung des Afrika Vereins (Verband der an Afrika interessierten Unternehmer) hat "eine Arbeitsgenehmigung für einen Ausländer einen Marktwert von DM 5 000,- an Bestechungsgeldern". (10)

Die Presse ist zensiert. Die Zeitungen des Landes werden vom Informationsministerium herausgegeben. (8/13)

Die Zahl der politischen Häftlinge wird von Amnesty International auf 10 000 geschätzt (11).

Militärische und paramilitärische Verbände: Äthiopien hat eine Armee von 40 000 Soldaten (6/118) (damit die zweitstärkste Afrikas), eine Territorialreserve von 12 000 Mann (19), 28 000 Polizisten (13) (6/119), sowie eine Palastwache von 9 000 Mann (19), somit militärische und paramilitärische Verbände von insgesamt 90 000 Mann. Polizei und Palastwache haben die Studentenunruhen Mitte 1970 blutig niedergeschlagen (12).

Bildungssystem: Die Analphabetenquote liegt über 90 %. Nach UN-Schätzungen besuchen nur 6,5 % der schulfähigen Kinder eine Schule (3/29), was bedeutet, daß sich auch in Zukunft an der hohen Analphabetenquote nichts ändern wird. Seit 1969 besteht ein staatlicher Schulgeldzwang: das Schulgeld,

das sich die meisten Familien nicht leisten können, muß auch dann erhoben werden, wenn die Schule nicht vom Staat unterhalten wird (4) (14).

Gesundheitswesen: Infektiöse und parasitäre Krankheiten dominieren. Allein von der Malaria sind 11 Millionen Menschen betroffen.

Es gibt etwas mehr als 300 Ärzte (1 Arzt für 76 000 Einwohner), von denen etwa die Hälfte in Addis Abeba arbeitet (3/27 f).

In den Anfängen steckt ein medizinischer Hilfsdienst. Von den 500 im zweiten Fünfjahresplan vorgesehenen Health Centres konnten erst 81 verwirklicht werden (15).

Durchschnittliche Lebenserwartung: 39 Jahre (3/26).

Säuglingssterblichkeit: 195 pro 1000 (15).

W i r t s c h a f t l i c h

Das Bruttoinlandprodukt beträgt 3 370 Mio äth. Dollar (1969) (3/72), umgerechnet ca. 4 600 Mio DM. Das Bruttoinlandprodukt je Einwohner ca. 108 DM pro Jahr (3/72). Diese Zahlen sind jedoch zur Ermittlung der Lage der Bevölkerung ungeeignet, da sie weder die Einkommensverteilung zwischen den Klassen noch die Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen berücksichtigen (die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich auf die Regionen Addis Abeba und Asmara/Eritrea) (8/23).

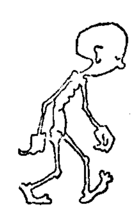
Landwirtschaft: 90 % der Bevölkerung lebt auf dem Lande (3/25).

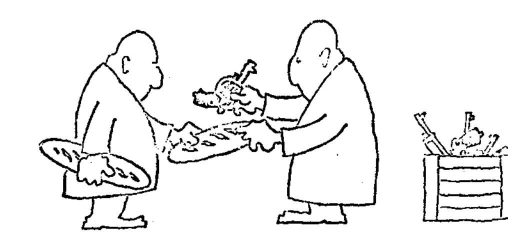
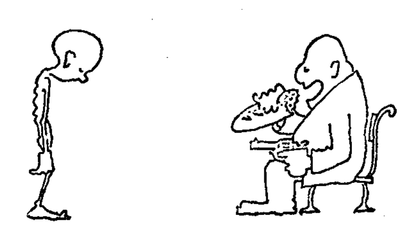
Herrschaftsgrundlage ist der Besitz an Boden. Etwa 85 % des Bodens gehören der kaiserlichen Familie, der Staatskirche (die größter Grundbesitzer ist; an ihrem Widerstand scheiterte bisher die Vereinheitlichung des Pachtzinses und die Bodenvermessung (16) (21)) sowie den 300 Familien der amharischen Oberschicht. Die Ländereien werden, soweit sie nicht ungenutzt bleiben, verpachtet. 75 % der Bauern sind ohne eigenes Land (3/34). Die Bauern führen 50-70 % der Ernteerträge an den Grundherrn ab (8/11 (3/34). Die Abhängigkeit der Bauern vom Pachtherrn wird verstärkt durch kurzfristige, mündlich geschlossene Pachtverträge, die jährlicher Erneuerung bedürfen (17), und ein Kreditsystem (z.B. bei Mißernten notwendig), bei dem die Bauern bis zu 20 % monatliche Zinsen zahlen müssen (18).

Den Bauern bleibt somit (wenn überhaupt) das Existenzminimum. Für sie selber sind Produktionssteigerungen nicht rentabel: Die Kosten liegen beim Pächter, vom Mehrertrag müssen, je nach Pachtzins, bis zu 70 % an den Grundherrn abgegeben werden.

Die Kirche, die kaiserliche Familie und viele Großgrundbesitzer zahlen keine Steuern (20).

Durch das System der Pachtabgaben wird jeder Überschuß aus der land-



wirtschaftlichen Produktion, in der 90 % der Bevölkerung arbeiten, einer weiteren produktiven Verwendung entzogen. Dies ist der Grund für das Unvermögen Äthiopiens, eine wirtschaftliche Entwicklung aus eigenen Anstrengungen zu betreiben.

Industrie: Eine industrielle Entwicklung steht am Anfang. Die Investitionen werden zu 2/3 durch Privatinvestitionen ausländischer Firmen erbracht (8/43). Äthiopien steht ausländischen Konzernen völlig offen: bei Neugründungen Einkommenssteuerbefreiung für 5 Jahre, Einfuhrerleichterungen für Investitionsgüter, Befreiung von Ausfuhrabgaben, Garantierung des Gewinntransfer und des Rücktransfer des investierten Kapitals (!) (8/41). Als besonderen "Standortvorteil" gibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformation die niedrigen Löhne an: Für einen ungelernten Arbeiter 1 äth. Dollar (= DM 1,30) pro Tag (8/40).

PROJEKTE DER BRD IN ÄTHIOPIEN

1. Förderung der technischen Fakultät der Haile Selassie Universität in Addis Abeba

Die Förderung der technischen Fakultät in Addis Abeba wurde erstmals 1959 zwischen der Bundesregierung und der äthiopischen Regierung vereinbart. Die ersten Bauplanungen begannen 1963, 1968 waren Gebäude und Einrichtung fertiggestellt, die im wesentlichen (neben einem gewissen Eigenanteil Äthiopiens) von der BRD finanziert wurden. (Bis Mitte 1971 sind etwas mehr als 15 Mio. DM bewilligt worden.) Zudem stellt die BRD das leitende Personal: den Dekan, die drei Abteilungsleiter, zwei Assistenten, einen Werkmeister (GAWI-Experten, zum Monatsgehalt von durchschnittlich DM 8 500,-). Derzeit studieren etwa 250 Studenten an der technischen Fakultät.

Der ursprüngliche Plan, den Bau der technischen Fakultät durch eine Teilleistung von DM 600 000,- zu unterstützen, wurde zugunsten einer Gesamtfinanzierung fallen gelassen, wobei das Argument die größte Rolle spielte, durch einen starken Einfluß in die technische Fakultät die Exportinteressen der BRD fördern zu können.

Man kann nun einige Mutmaßungen darüber anstellen, welche Möglichkeiten der Exportförderung gesehen wurden: Um zu erreichen, daß die ausgebildeten Ingenieure bei ihrer späteren Arbeitsstelle technische Fabrikate aus der BRD empfehlen, ist es wichtig, daß sie während ihrer Ausbildung nur mit BRD-Fabrikaten zu tun haben und somit an deren Normen, an die Hantierung gerade dieser Fabrikate gewohnt sind. Lehrer aus der BRD und Lehrpläne tun ein weiteres hinzu. Gerade damit nicht auch andere Fabrikate, Produktionsmethoden etc. während der Ausbildung alternativ zur Verfügung ständen, wurde wohl so großer Wert auf eine Gesamtfinanzierung durch die BRD gelegt. (Lukrativ ist diese Art der Exportförderung aus folgendem Grund: Sind erste Käufe für ein Industrieland abgeschlossen, so sind Folgekäufe zu erwarten: Ersatzteile, notwendiger Ersatz ganzer Maschinen, Erweiterungen.)

Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation spricht in diesem Zusammenhang von einer "Entwicklungskonkurrenz" zwischen Nationen, "die sich bemühen, ein Projekt von der Planung bis zur Ausführung für ein bestimmtes Land zu sichern", hinter der "auch eindeutige langfristige wirtschaftliche Interessen" ständen (8/63).

Will man die Frage angehen, welche Auswirkungen dieses Projekt für die Lage der armen Teile der äthiopischen Bevölkerung hat, muß man untersuchen, in welchen Bereichen die Ingenieure nachher beschäftigt werden. Nach den bisherigen Erhebungen über den Bedarf an Ingenieuren in Äthiopien kann man annehmen, daß allein 25 % der Ingenieure bei den Streitkräften eingesetzt werden und dazu beitragen, diese für das äthiopische Feudalsystem so notwendige Stütze effizienter zu gestalten. Vielleicht wird der Anteil der späteren Armeeingenieure an den Studenten noch steigen, nachdem der Verteidigungsminister und der Generalstabschef beim Projektleiter vorstellig wurden, um einen nahtlosen Übergang für Absolventen der Militärakademien zur technischen Fakultät zu schaffen. Kenner des Projekts bescheinigen dem Projektleiter auch recht gute persönliche Beziehungen zu den hohen Militärs.

Ein nicht ganz so hoher Anteil wird bei der Polizei eine Anstellung erhalten, die dem Innenministerium untersteht und 29 000 Mann umfaßt. Die Arbeit der Ingenieure bei der Polizei ist nicht anders zu bewerten, als die ihrer Kollegen bei den Streitkräften: Sie sichern die Wirksamkeit eines Apparates, der den Studentenprotest blutig unterdrückt hat (12), der die Aufgabe hat, jeder politischen Organisierung gegen die Interessen der Grundbesitzer auf die Spur zu kommen und der auch bei Bauernunruhen eingegriffen hat. Die technischen Aufgaben in diesem Apparat: z.B. Nachrichtenübermittlung, Waffentechnik fallen den Ingenieuren der Polizei zu.

Aber auch jene Ingenieure, die in den sogenannten friedlichen Bereichen unterkommen werden, werden es zum Teil schwer haben, nicht für die Aufrechterhaltung des äthiopischen Regimes zu arbeiten:

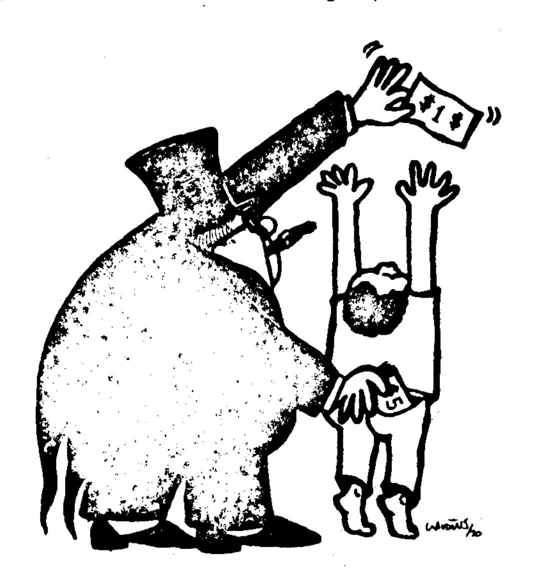
Auch der Straßenbau richtet sich zum Teil nach rein strategischen Zielen. Neben der Verbindung nach Kenia (s.u.), besonders in der 1962 annektierten Provinz Eritrea, in der erst eine bessere Infrastruktur es ermöglichen wird, die militante antifeudale Sezessionsbewegung wirksam zu bekämpfen.

Und diejenigen, die an den Anfängen eines Bewässerungssystems arbeiten, werden höhere Erträge der Bauern ermöglichen, aber auch höhere Pachtzinsen (die Verträge sind mündlich geschlossen), die die Bauern auf der Subsistenzgrundlage belassen, oder ihr Beitrag zur Verbesserung der ländlichen Produktionsbedingungen wird dazu führen, daß das nun mittlerweile rentablere Land maschinell von den Großgrundbesitzern bebaut wird, die Pachtbauern also ihre Existenzgrundlage verlieren (vgl. 17: nach Schätzungen von Projektangehörigen wird die schwedische Landwirtschaftshilfe /CADU-Projekt/ in dem Distrikt, der sich am besten für die Mechanisierung

eignet, dazu führen, daß 2/3 aller Pachtbauern ihr Land verlassen müssen).

Entwicklungsfeindliche Arbeit werden auch diejenigen leisten, die die großen staatlichen Renommierbauten planen und ausführen, von denen Addis Abeba voll ist (vgl. 4).

Die anderen Tätigkeitsbereiche (Energieversorgung, Straßenbau, soweit er nicht rein militärischen Zielen dient, Telekommunikation) schaffen wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung der Privatindustrie, die in Äthiopien mit ausländischem Privatkapital man gleichsetzen kann: An mehr als 80 % der Industriebetriebe ist ausländisches Kapital beteiligt, der Anteil der ausländischen Investitionen an den Gesamtinvestitionen beträgt 50 %. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Privatinvestitionen kann man annehmen, daß das ausländische Kapital an den 80 % der Industriebetriebe jeweils mit Mehrheit beteiligt ist, somit das Sagen hat (vgl. 22).
Die bisherigen Investitionen waren in der Regel kapitalintensiv (3/42), haben also nur zu wenigen neuen Arbeitsplätzen geführt und haben mehr importierte als äthiopische Rohstoffe verarbeitet (3/42), und damit kaum zu einer Entwicklung anderer Bereiche beigetragen. Zudem führt die äthiopische Investitionsgesetzgebung (Steuerfreiheit für die ersten fünf Jahre, Einfuhrzollerleichterungen, Befreiung



von Ausfuhrabgaben, Garantierung des Gewinntransfers und des Rücktransfers des investierten Kapitals (8/41)) dazu, daß praktisch nur die ohnehin niedrigen Löhne (bei ungelernten Arbeitern DM 1,30 pro Tag (8/40)) der Arbeiter im Lande bleiben, aber das, was die Arbeiter über ihren Lohn hinaus erwirtschaften, nicht, oder nur zu geringen Teilen, dem Staatshaushalt zufällt, somit nicht oder wenig zu einer entwicklungsfördernden Verwendung überhaupt beitragen kann (einmal abgesehen von der Frage, wie groß oder besser wie klein die Teile des Staatshaushaltes sind, von denen entwicklungsfördernde Wirkungen überhaupt erwartet werden können). Was aber Äthiopien bleiben wird, ist das Problem der Landflucht: 87 % der Industriebetriebe sind auf drei Städte konzentriert (3/42). Solche Produktionszentren sind (weil am gewinnträchtigsten (vgl. 22)) in allen Ländern der Dritten Welt Ziel von Privatinvestitionen.
Folge ist: wer Arbeit sucht, zieht in die Stadt, in der bereits schon Arbeitslosigkeit herrscht. Das wird besonders für diejenigen Pachtbauern gelten, die durch die Maschinisierung der Landwirtschaft durch die Grundbesitzer ihre Existenzgrundlage verlieren, denn alternative Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen auf dem Lande (17).

2. Facharbeiterausbildungsstätte des Heeres in Holeta

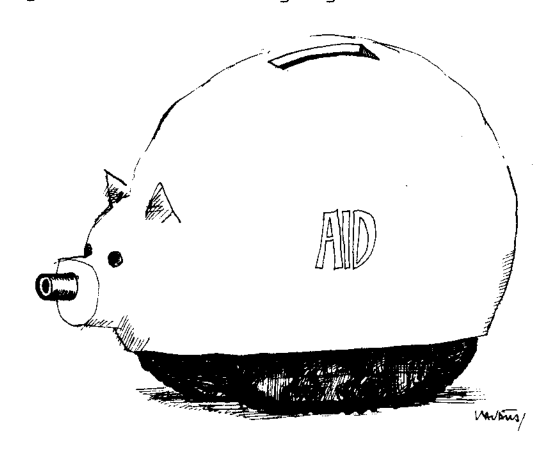
Die Facharbeiterschule des Heeres in Holeta bei Addis Abeba wurde 1966 als Erweiterung einer bereits bestehenden militärischen Ausbildungsstätte eröffnet (23). Die BRD stellte im Rahmen der technischen Hilfe die technische Einrichtung sowie die Fachlehrkräfte. Mitte 1970 arbeiteten 8 Spezialisten aus der BRD unter einem Fünfjahresvertrag in der Einrichtung (23). Die Mittel der BRD sind bis heute immer wieder bewilligt worden.

Die Schule untersteht, wie einem Besucher vom derzeitigen Leiter berichtet wurde, dem äthiopischen Verteidigungsministerium, an ihr werden ausschließlich Angehörige des Militärs unterrichtet, die in Camps kaserniert sind und nach einer eineinhalbjährigen Ausbildung zu einer weiteren siebenjährigen Tätigkeit beim Militär verpflichtet sind.

Dieses Projekt kann [auch nicht zufällig oder als Nebenwirkung] keine Besserstellung der armen Massen in Äthiopien bewirken. Das Projekt ist nur auf eine Effizienzsteigerung der äthiopischen Streitkräfte ausgerichtet; eine Tatsache, die auch den zuständigen Stellen der BRD (besonders BMZ) nicht verborgen sein konnte, die die notwendigen Mittel und das Fachpersonal für die Erweiterung einer bereits bestehenden militärischen Einrichtung gegeben haben.

Die Spezialisten aus der BRD in Holeta verteidigten einem Besucher gegenüber ihre Tätigkeit mit Argumenten, in die auch nicht ansatzweise die Frage einging, welche Tätigkeit die Techniker später ausführen werden und welche Funktion die Armee in Äthiopien

hat: Die jungen Leute, die am besten für eine Weiterbildung geeignet wären, würde man z.Zt. in Äthiopien eben bei der Armee finden, u.a. deshalb, weil die Disziplin von Armeeangehörigen besser sei als die von Lehrlingen und Facharbeitern in der "freien" Wirtschaft. Holeta sei auch aus organisatorischen Gründen am besten beim Verteidigungsministerium aufgehoben, weil dieses über die straffste Organisation verfügt, die man von irgendeiner Verwaltung in Äthiopien erwarten könne. Eine Ausbildung unter der Ägide des Verteidigungsministeriums



sei daher die effektivste Entwicklungshilfe, die sich die Deutschen vorstellen könnten.

Der Botschafter der BRD in Äthiopien, Fechter, brachte dann auch das Kunststück fertig, die Schule in Holeta als "Modell" zu bezeichnen, "das sehr wohl als eines der besten Berufsausbildungszentren in ganz Ostafrika betrachtet" werden könne (23).

3. Bau der Straße Dila-Moyale

Hierbei handelt es sich um die Fortführung der von Addis Abeba nach Dila reichenden Allwetterstraße bis hin zur kenianischen Grenze nach Moyale.

Am 3.7.68 sind 36,9 Mio DM, am 22.11. 68 weitere 10 Mio DM aus den Mitteln der Kapitalhilfe zur Verfügung gestellt worden. (5/II A 6D 3, S. 47 und 51) November 71 wurde ein weiterer Kredit von 5,6 Mio Dollar (zum damaligen Wechselkurs ca. 17 Mio DM) eingeräumt (24). Insgesamt sind also knapp 64 Mio DM bereitgestellt worden.

Die Vorzugsstellung dieses Projekts erklärt Meissner in der von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation herausgegebenen Unternehmerinformation (8) aus die Grenzstreitigkeiten, die Somalia mit Äthiopien und Kenia hat und die Äthiopien zu einem militärischen Bündnis mit Kenia veranlaßt haben. (Der Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia wird auch Bedeutung gewinnen bei einer etwaigen Unabhängigkeit der französischen Gebiete von Afar und Issa, auf die beide Länder Ansprüche erheben.) "Vor diesem aktuellen politischen Hintergrund hat der Straßenbau nach Kenia, auf der Trasse von Dila nach Moyale, eine deutliche Vorzugsstellung im Rahmen der äthiopischen Entwicklungspolitik erhalten", so Meissner (8/19). Die Straße führt durch Gebiete, in denen keine Bodenschätze geschweige denn eine beginnende Industrie verzeichnet sind, die letzten etwa 100 km vor der Grenze führt sie sogar durch Strauchsteppengebiete (s. die Karten in 3); auch das zeigt ihre rein strategische Funktion. Darauf haben auch die DED-Helfer in Äthiopien das BMZ hingewiesen.

4. Ausrüstung und Ausbildung der äthiopischen Polizei

Juli 1965 wurden in einem Verwaltungsabkommen (25) zwischen dem Bundesverteidigungsminister und dem äthiopischen Innenminister folgende Förderungsmaßnahmen für die äthiopische Polizei vereinbart:

1. "Ausrüstung für den Auf- und Ausbau der äthiopischen Polizei" (Artikel 1,1). Die Ausrüstung umfaßte Fahrzeuge, Fernmeldegeräte und Werkstatteinrichtungen (3/70). Inwieweit Waffen im Rahmen des Vertrages an die äthiopische Polizei geliefert wurden, ließ sich nicht nachprüfen. Zumindest Artikel 4,2, der das Verbot ausspricht, dritten Staaten "technische Informationen über die Ausrüstung und das Gerät zukommen zu lassen", läßt die Vermutung aufkommen, da diese Absicherung bei Fahrzeugen und Fernmeldeeinrichtungen, deren technische Daten kein Geheimnis sind, überflüssig ist. Zudem ist es kein großer Unterschied, ob Waffen geliefert wurden oder Fahrzeuge, um Bewaffnete zum Einsatzort zu bringen.

2. Entsendung einer Sachverständigengruppe durch den Bundesverteidigungsminister nach Äthiopien, um "die Regierung des Kaiserreichs Äthiopien bei der Ausrüstung der äthiopischen Polizei mit dem von der Bundesrepublik Deutschland gelieferten Gerät (zu) unterstützen" (Artikel 1,2). Aus einer Zusatzbestimmung (Artikel 12,5: "Die der deutschen Beratergruppe angehörenden deutschen Soldaten ...") geht hervor, daß die Beratergruppe zumindest zum Teil aus Angehörigen der Bundeswehr zusammengesetzt wurde.

3. Ausbildung von äthiopischem Polizeipersonal in der Bundesrepublik (Artikel 1,3); eine Ausbildung, die, wie Hess schreibt, "einst für die Amerikaner bestimmt war".
Es wurde festgelegt, daß die "Unterstützung den Gegenwert von 30 Millio-

nen DM nicht überschreiten (wird)" (Artikel 2).

Seit dieser Zeit wurden jährlich ca. 4,5 Mio DM für die Ausbildung und Ausrüstung der äthiopischen Polizei zur Verfügung gestellt (19). Die Ausrüstungshilfe wird vom Statistischen Bundesamt als Projekt der technischen Hilfe angegeben (3/70). Ebenfalls aus Mitteln der technischen Hilfe wurden die drei oder vier DED-Helfer (Kraftfahrzeugmechaniker) bezahlt, die in den Jahren nach Abschluß des Vertrages in der zentralen Polizeigarage in Addis Abeba eingesetzt wurden, um den Wagenpark der Polizei in Ordnung zu halten. Die Verpflichtungen des Militärhilfevertrages wurden also aus Mitteln der technischen Hilfe finanziert.

Die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe wurde 1971 eingestellt, nachdem das vertraglich festgelegte Maximum von 30 Mio DM erreicht war.

Die mit dem Militärhilfevertrag eingegangene Verpflichtung, "die auf Grund dieses Abkommens gelieferte Ausrüstung ... nur für Zwecke der inneren Sicherheit und der Selbstverteidigung" (Artikel 4,1) zu verwenden, konnte die äthiopische Regierung wohl kaum einschränken: Zwecke der inneren Sicherheit sind der Kampf gegen die Eritreanische Befreiungsfront, bei dem die durch die BRD ausgerüstete Polizeitruppe bereits eingesetzt wurde (25/120), gegen die Studenten, der Kampf bei den Bauernunruhen in den amharischen Kernprovinzen (26) oder gegen die Bauern in der Provinz Gojjam, die sich weiterten, ihre Abgaben zu bezahlen. Auch gab es wohl nie eine militärische Aktion nach außen, die nicht offiziell dem "Zwekke der Selbstverteidigung" diente, wie der Vertrag es festlegt. Was also ihre Verwendung in Äthiopien betrifft, so wurde die Ausrüstung bedingungslos geliefert.

gc

Quellen:

(Die Zahl vor dem Schrägstrich gibt die Nummer der Quelle an, die Zahl hinter dem Schrägstrich die Seiten-Zahl)

Die Projektbeschreibungen stützen sich, soweit kein gedrucktes Material zitiert ist, auf die Berichte von mehreren Leuten, die diese Projekte in zum Teil offiziellem Auftrag besucht haben.

1) Fischer Welt-Allmanach 1973, Frankfurt a.M., 1972

2) Statistical Abstract, 7. Ausgabe, Addis Abeba 1970

3) Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderberichte Äthiopien 1972, Stuttgart und Mainz 1973, Zusammenfassung des statistischen Materials der Äthiopischen Regierung und der UNO sowie ihrer Unterorganisationen

4) Pierre Simonitsch: Äthiopien - Ein Mythos zerfällt, in: Frankfurter Rundschau, 1.11.69

5) Handbuch für Entwicklungshilfe (wenn nicht anders bezeichnet: Äthiopien, 94 Lieferung, Juni 72, Nr. IA)

6) Robert L. Hess: Ethiopia The Modernization of Autocracy, London 1970

7) Franz Ansprenger: Afrika - Eine politische Länderkunde, Berlin 1972, S. 139 f

8) H.G. Meissner: Das Entwicklungsland Äthiopien (Hrsg. Bundesstelle für Außenhandelsinformation), Köln 1967, 80 S.

9) Marktinformation der Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Äthiopien - Wirtschaftliche Entwicklung 1970/71, Köln Oktober 1972 (hektographiert), 70 S.

10) Sonderbeilage II des technisch-wirtschaftlichen Dienstes des Afrika Vereins: Kurzbericht zur wirtschaftlichen und politischen Lage Äthiopiens, S. 3

11) Der Spiegel, 7.7.69

12) Frankfurter Rundschau, 10.6.70 (Werner Holzer)

13) Die Zeit, 28.7.72

14) Wirtschaftswoche Nr. 46, 13.11.70

15) Das Gesundheitswesen in Äthiopien, in: Neue Züricher Zeitung, 4.5.72

16) Die Zeit, 11.6.71

17) R. Sperber: Äthiopien oder: Wem nützt die Entwicklungshilfe in Afrika heute, Bonn Dezember 1971 (abgedruckt in: blätter des iz3w Nr. 23, März 73, S. 29)

18) Hilde Purwin (Entwicklungshelferin in Äthiopien): in: Neue Rhein-Zeitung, 29.1.72

19) Werner Holzer: Äthiopien - Machtkämpfe hinter den Kulissen (I), in: Süddeutsche Zeitung, 8.6.70 (nach Berichten der Weltbank und der Welternährungsorganisation)

20) Werner Holzer: Äthiopien - Machtkämpfe hinter den Kulissen (II), in: Süddeutsche Zeitung, 24.6.70

21) Andrew Jaffe: Haile Selassie's remarkable reign, in: Africa Report, Mai 1971, S. 16-18

22) Friedhelm Hemmerich: Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungshelfer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/71 (als Sonderdruck beim iz3w zu beziehen)

(Fortsetzung auf S.47)

Kirche

KDSE liquidiert

Ausschaltung innerkirchlicher Opposition

Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat auf ihrer Sitzung vom 14.3.73 in Bad Honnef beschlossen, die Kath. Deutsche Studenteneinigung (KDSE) nicht mehr als Vertretung der Kath. Hochschul- und Studentengemeinden anzuerkennen und ihre Finanzierung einzustellen.

Dieser Schritt ist keine Überraschung: Schon seit langem läuft die Auseinandersetzung zwischen den Bischöfen und der KDSE um das 1971 verabschiedete Schwerpunktprogramm, das Gemeindeverständnis und das polit. Mandat. Schon im letzten Jahr kürzten die Bischöfe drastisch ihre Mittel für die KDSE. Diese Maßnahme muß verstanden werden als der Versuch, den Kath. Hochschul- und Studentengemeinden die Möglichkeit zu nehmen, sich in einer nationalen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, über ihre gemeinsame Arbeit und ihr Selbstverständnis demokratisch zu beschließen. Selbstbestimmung und Mündigkeit haben im bundesdeutschen Katholizismus noch immer ihre Grenze dort, wo sie aus dem Rahmen konservativer bischöflicher Anschauung herausfallen. Konflikte ergeben sich offensichtlich meist dann, wenn kath. Christen versuchen, Begriffe wie "Nächstenliebe", "Gerechtigkeit", "Menschlichkeit" usw. einmal mit der Wirklichkeit z.B. der BRD oder der 3. Welt in Verbindung zu bringen, d.h. sie nicht als abstrakte Formeln, sondern als konkrete Handlungsanweisungen zu verwenden. Denn das führt, wie viele Beispiele zeigen, zu der Erkenntnis, daß in Gesellschaft und Kirche radikale Veränderungen nötig wären zur Realisierung o.g. Begriffe.

Für die Gemeinden würde der Tod der KDSE aber nicht nur der Verlust der gemeinsamen Organisation und Handlungsfähigkeit bedeuten, sondern auch den Wegfall einer Geschäftsstelle, die Seminare und Koordinierungstagungen für die Arbeitsbereiche Theologie/Kirche, Hochschule/Stud. Soz. pol., 3. Welt, Friedenserziehung/-forschung, Ausländ. Arbeiter, Osteuropa, Gemeindeentwicklung/Öffentlichkeitsarbeit durchführte und Informationen zu diesen Bereichen herausgab. Für viele Arbeitskreise der Hochschulgemeinden war dies praktisch die einzige Möglichkeit, neben neuen Informationen auch zu Gedankenaustausch und Kooperation mit anderen Gruppen zu kommen.

Im Arbeitsbereich 3. Welt ist nicht abzusehen, wer anstelle des KDSE-Auslandsreferates zentrale Tagungen durchzuführen imstande ist: Damit wäre eine Fortsetzung der Koordinierungstagungen für Lateinamerika- und Afrika-Arbeitskreise in Frage gestellt und die Zusammenarbeit dieser Arbeitskreise stark behindert. Die speziellen Seminare für ausländische Studierende würden ersatzlos wegfallen.



Noch allerdings gibt die KDSE nicht auf: Für eine (vermutlich eingeschränkte) Weiterführung der Arbeit sollen Spender in und außerhalb der Gemeinden gefunden werden. Es liegen bereits Vorschläge für eine KDSE-Initiative vor. Nähere Informationen bei: Norbert Mette, 44 Münster, Hammer-Str. 10.

bm

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Mitglied der Sozialistischen Internationale) gibt seiner Freude Ausdruck, daß die Sozialistische Partei Frankreichs (Mitglied der Sozialistischen Internationale) die Wahlen verloren hat:

Glückwünsche für den Premierminister der Französischen Republik

Der Bundeskanzler sandte an Premierminister Pierre Messmer, Paris, folgendes Telegramm:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übermittelt ihre Glückwünsche zum Ausgang der Wahlen zur französischen Nationalversammlung und weiß die Bedeutung der Tatsache zu würdigen, daß Frankreich weiterhin eine stabile Regierung haben wird.

Ich bin gewiß, daß unsere Regierungen im Geiste des Deutsch-Französischen Vertrages weiter vertrauensvoll zum Wohl unserer beiden Völker und zum Nutzen des europäischen Einigungswerkes zusammenarbeiten werden.

Ihnen selbst, Herr Premierminister, spreche ich für Ihre Arbeit meine besten Wünsche aus.

Willy Brandt
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

US–Kirchen beobachten Konzernpolitik

Der Nationalrat der Kirchen (National Council of Churches) in den USA befaßt sich seit einiger Zeit intensiv und kritisch mit den Geschäftspraktiken der Großen Konzerne der USA. Zu diesem Zweck wurde eigens ein "Informationszentrum Konzerne" gegründet ("Corporate Information Center", abgekürzt CIC), dessen Aufgabe die Erforschung und Veröffentlichung der gesellschaftlichen Auswirkungen der großen US-Unternehmen ist. Das Corporate Information Center gibt, neben unregelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen, eine Monatszeitschrift mit dem Namen "The Corporate Examiner" (der "Unternehmens-Prüfer") heraus. In dieser Zeitschrift werden in insgesamt sieben Bereichen (Verbraucherangelegenheiten, Auswirkungen auf die Umwelt, Auslandsinvestitionen, Beziehungen zur Regierung, Arbeitsbedingungen und Verhalten gegenüber Minderheiten, Rüstungsproduktion und schließlich allgemeine Verantwortlichkeiten der Konzerne) die privatwirtschaftlichen Entscheidungen der Konzerne im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen untersucht.

Das National Council of Churches der USA hat für diese Zeitschrift sechs Mitarbeiter hauptamtlich angestellt. Diese Tatsache zeigt u.E. zweierlei: zum einen wird deutlich, wie stark man sich in den Kirchen der USA bewußt geworden ist, welch große Bedeutung die Politik der Konzerne für fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gewonnen hat und daß die Kirche solche Entwicklungen verfolgen und auf sie reagieren muß, wenn sie nicht an Glaubwürdigkeit und an gesellschaftlichem Einfluß immer mehr verlieren will.
Zum zweiten macht die Einrichtung des Corporate Information Center durch die Kirchen der USA uns in der BRD deutlich, wo unsere Kirchen stehen und wieviel Zeit wohl noch vergehen wird, bis die offizielle Kirche in der Bundesrepublik eine ähnlich kritisch-aufklärende Position gegenüber den großen Konzernen und ihrer gesellschaftlichen Macht beziehen wird. Zu dieser etwas traurigen Feststellung muß man wohl kommen, obwohl (oder weil?) die finanzielle Lage der Kirchen in der BRD (wegen des Kirchensteuersystems) ungleich besser ist als die Lage der Kirchen in den USA.

Könnte es nicht eine gesellschaftspolitisch wichtige Initiative sein, wenn etwa der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) eine ähnliche Einrichtung wie das Corporate Information Center auch in der BRD schaffen würde? (Von der katholischen Kirche, deren Bischofskonferenz nicht einmal bereit war, eine kritisch-liberale Zeitung wie "Publik" vor dem "Eingehen" zu bewahren, kann man eine solche Initiative viel weniger erwarten.)

Wäre eine solche Einrichtung gerade jetzt (im Anschluß an die Diskussionen um das Anti-Rassismus-Programm und nach dem Verkauf von Aktien der in Südafrika investierenden Unternehmen) nicht ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftspolitischen Bewußtseinsbildung der Christen in der BRD? Denn Bewußtseinsbildung erfordert ja Einsichten in die eigene gesellschaftliche Lage und in die Ursachen für diese Lage. Und eine bedeutende Ursache für Möglichkeiten und Grenzen christlichen Engagements in unserer Gesellschaft liegt zweifellos in der Politik der Großunternehmen, die schließlich den Alltag der Christen in der BRD maßgeblich mitbestimmen. Nur ist die Politik der Konzerne viel zu wenig bekannt, und gerade eine von privatwirtschaftlichen Interessen doch weitgehend unabhängige Institution wie die Kirche könnte daran etwas ändern ...

Im folgenden geben wir einen kurzen Artikel aus der Januar-Nummer 1973 des Corporate Examiner über die Investitionen der Firma GULF & WESTERN in der Dominikanischen Republik wieder.

GULF & WESTERN in der Dominikanischen Republik

"Katholische und evangelische Gruppen, die sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen von US-Unternehmen in Lateinamerika befassen, untersuchen gegenwärtig die Aktivitäten einzelner größerer US-Konzerne, die auch in Lateinamerika Tochtergesellschaften haben. Neuere Informationen wie die über die Einflußnahme von US-Gesellschaften wie ITT und Kennecott auf die Volkswirtschaft von Chile stellen nur einen kleinen Ausschnitt der Möglichkeiten dar, wie die US-Wirtschaft die ökonomische Entwicklung anderer Länder beeinflußt.

Das 'Ökumenische Programm für interamerikanische Kommunikation' (Ecumenical Program for Inter-American Communication, abgekürzt EPICA) mit Sitz in Washington beschäftigt sich gegenwärtig mit der wachsenden Verflechtung der Firma GULF & WESTERN INDUSTRIES in der Dominikanischen Republik. In enger Zusammenarbeit mit Gruppen aus der Dominikanischen Re-

publik, die in den USA leben, hat EPICA den wachsenden ökonomischen und politischen Einfluß von GULF & WESTERN in der Dominikanischen Republik untersucht.

GULF & WESTERN, dessen Zentrale sich in New York-Stadt befindet, ist ein multinationales Unternehmen, das sehr verschiedenartige Waren herstellt. EPICA zufolge hat GULF & WESTERN in seiner bekannten Art, Kapital für Investitionen in den dynamischen Sektoren von Entwicklungsländern zu mobilisieren, dabei 'die politische und wirtschaftliche Autonomie des dominikanischen Volkes negativ beeinflußt.'

Begünstigt von dem mit dem Auslandskapital sympathisierenden Regime unter Joaquin Balaguer, haben ausländische Konzerne ohne Beschränkungen im Lande investiert, seit Juan Bosch, der einen Großteil der demokratischen und nationalen Kräfte des dominikanischen Volkes hinter sich hatte, im Jahre 1966 nach nur 7-monatiger Amtszeit gestürzt wurde. Gegenwärtig kontrolliert das Auslandskapital annähernd 45 % der Wirtschaft der Dominikanischen Republik, US-Unternehmen allein 35 %.

Das Engagement der GULF & WESTERN in der Dominikanischen Republik begann 1967, als GULF & WESTERN die Süd-Puerto Rico-Zuckergesellschaft aufkaufte, die ihrerseits etwa ein Fünftel der Landfläche der Dominikanischen Republik besaß. Von diesem bedeutenden Stützpunkt aus expandierte GULF & WESTERN in eine Reihe anderer Bereiche der Wirtschaft. In jüngster Zeit unterzeichnete GULF & WESTERN mit der Regierung einen Vertrag über die Entwicklung einer Freihandelszone für leichtindustrielle Erzeugnisse; der Vertrag sieht Zollfreiheit auf 20 Jahre hinaus vor. Diese Zone befindet sich in La Romana, der Region, in der der Zucker angebaut wird. Weiterhin dehnt GULF & WESTERN seine Viehzucht für den Rindfleischmarkt aus und plant in nächster Zukunft den Umfang seiner Plantagen für Zitrusfrüchte von 6 auf 96 qkm auszudehnen. Die Zielsetzung dabei ist Marktsicherung, in der Dominikanischen Republik selbst wie auch im Ausland."

Unternehmen wie GULF & WESTERN und ITT wurden in den letzten Jahren vom Kongreß der USA durch das Komitee gegen Wettbewerbsbeschränkungen untersucht. Die Rechtsabteilung strengte gegen diese Firmen Prozesse wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen an. Es ist aber notwendig, daß die Kirchen und andere Aktienbesitzer darüber hinaus über die finanzielle und politische Macht dieser Konzerne und über ihren bestimmenden Einfluß auf Länder wie die Dominikanische Republik eine deutliche Aufklärung betreiben. Auch noch andere Gruppen außer EPICA befassen sich mit den US-Konzernen in Lateinamerika, darunter auch das "Komitee lateinamerikanische Strategie", eine ökumenische Organisation unter Vorsitz von Dr. L. McCoy von der Vereinigten Methodisten Kirche. Diese Gruppe leistete auch einen Beitrag zur Einrichtung der von Senator Frank Church in die Wege geleiteten Hearings des Senatskomitees für Auswärtige Beziehungen über multinationale Unternehmen. Eine andere wichtige Gruppe, die die Auswirkungen der Konzerne untersucht, ist das Koordinationskomitee für interamerikanische Beziehungen. Diese Organisation, die ihren Auftrag von der Generalversammlung der Vereinigten Presbyterianischen Kirche der USA hat, arbeitet an Vorschlägen, wie die Verantwortung der Kirchen in bezug auf die US-Unternehmen in Lateinamerika wahrgenommen werden könnte.

Für weitere Informationen, die GULF & WESTERN betreffen, kann man sich an EPICA wenden: 1500 Farragut St., N.W., Washington, D.C. 20011. Dort ist auch eine Broschüre mit dem Titel: "Die Dominikanische Republik: Unterdrückung und Kampf" für 2 Dollar erhältlich.

Als hochdekorierter US-Major

quittierte er seinen Dienst und verließ die USA. Er, der Sohn eines emigrierten rum. Fürsten, wurde aus Idealismus der Führer einer lateinam. Untergrundarmee. Nach 3 J. politischer Haft befindet er sich nunmehr — obwohl baldiger Erbe eines riesigen Vermögens — völlig isoliert und mittellos hier in Ffm., um an seinen Aufzeichnungen zu arbeiten. Für diesen Mann mit außergewöhnlicher Ausstrahlung und von blendender Erscheinung (Anf. 30 u. gut Deutsch sprechend) suche ich eine Dame zwecks späterer Ehe, die ihm s. Z. menschliche Wärme und einen ruhenden Pol zu geben vermag. Zuschriften, welche ich ungeöffnet übergebe, erbeten unter U M 341230 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach [illegible]

<u>Auszug aus der Publikationsliste des Corporate Information Center:</u>

Folgende Unternehmen wurden in ihren Verflechtungen im Südlichen Afrika untersucht:

Mobil Oil; Gulf-Angola; General Electric; ITT; IBM; General Motors.

Diese Broschüren kosten jeweils 1,35 Dollar.

Konzerne, deren Engagement im Rüstungssektor untersucht wurde:

Sperry Rand; ITT; Control Data; Honeywell; General Electric.

(ebenfalls jeweils 1,35 Dollar)

Größere Einzelbroschüren:

- Church Investments, Technological Warfare, and the Military Industrial Complex (2,95 Dollar)
- Church Investments, Corporations and Southern Africa (2,30 Dollar)

Die Anschrift des Corporate Information Center ist:

Room 846, 475 Riverside Drive
New York City, New York 10027

Aktionen

Kongreß : Dokumentation verschiedener Konzeptionen

Zum "Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" am 13. - 14.1.1973 in Dortmund

Der "Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" hat sehr unterschiedliche Kommentare (1) hervorgerufen. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen; im Vorfeld der "UNO-Woche gegen Kolonialismus und Apartheid" (25.5. - 1.6.) erhält sie neue Aktualität. Wir möchten durch eine dokumentarische Zusammenstellung der verschiedenen Konzeptionen und Vorschläge, die im Laufe der Vorarbeiten aufgetaucht sind, nochmals die Entwicklungsgeschichte des "Kongresses" beleuchten. Auf diesem Hintergrund erhält auch die Kritik an der unmittelbaren Vorbereitungsphase und an der Durchführung der Dortmunder Veranstaltung ein neues Gewicht.

1. "Portugal-Tribunal": Aufbau einer "publizistischen Front" in der BRD

Eine Koordinationstagung von 31 Dritte-Welt-Gruppen in Trier, im April 1972 (2), kann als "Geburtsstunde" des Dortmunder "Kongresses" gelten. Hier tauchte zum ersten Mal die Idee einer großen Zentralveranstaltung gegen den Kolonialkrieg Portugals auf. In Anlehnung an das Vietnam-Tribunal von Sartre/Russell in Kopenhagen schien ein "Portugal-Tribunal" die geeignetste Form zu sein. Bei Besprechungen und Tagungen in Freiburg (11.9.), Klausenhofe(30.9. - 3.10.) und Nürnberg (21. - 24.10.) nahm der Plan schließlich Gestalt an. In Nr. 11/12 (Nov.-Dez. 71) der "blätter des iz3w" stellte die ADW Freiburg die erste ausgearbeitete Konzeption zur Diskussion (3).

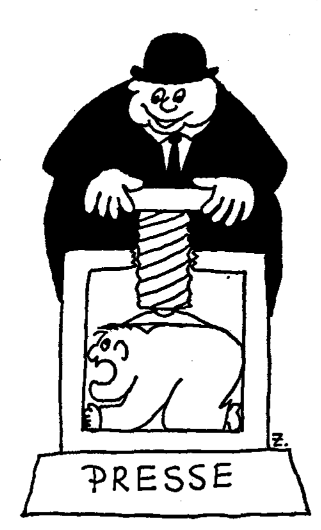
Ihr Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß "die deutsche Öffentlichkeit" vom Befreiungskrieg in den portugiesischen Kolonien "bisher kaum Notiz genommen hat" (S. 35). Während der Vietnamkrieg bereits eine breite Solidaritätsfront mit dem vietnamesischen Volk und gegen die Aggression der US-Truppen geschaffen hatte, wußten nur eingeweihte Kreise um den Kolonialkrieg in Angola, Mozambique und Guinea-Bissao. Dieser offensichtliche Bruch im Bewußtsein der "öffentlichen Meinung" war um so befremdlicher, als die BRD-Regierung und das bundesdeutsche Kapital über Direktinvestitionen und NATO-Bündnis das portugiesische Kolonialregime militärisch, politisch und wirtschaftlich unterstützen.

Diesen Mißstand führte man auf ungenügende Informationen der Massenmedien zurück. Von dieser Einschätzung her war das "Portugal-Tribunal" anfänglich bestimmt.

In Analogie zum "Vietnam-Tribunal" würden das portugiesische Kolonialregime samt der "es in der BRD unterstützenden Kreise" (S. 35) einer öffentlichen "Gerichtsverhandlung" unterworfen, ihre Handlungen an völkerrechtlichen Maßstäben, etwa "Menschenrechte, UN-Resolutionen, Sicherheitsratsbeschlüsse, Beschlüsse des Haager Gerichtshofs" (S. 37) gemessen und für moralisch verwerflich befunden: Die am Krieg Beteiligten sollten "mit einem negativen Image belegt werden" (S. 35). Auf der Tagung der Grundsatzkommission in Frankfurt (8. - 9.1.72) legte die Freiburger Gruppe ein "Thesen-Papier zum Portugal-Tribunal" vor (4), das den zu führenden "Schuldnachweis" neu als "Nachweis einer Verursachung" faßte (Auswirkungen von 500 J. Kolonialherrschaft; Portugals Unfähigkeit, die Kolonien in die formale Unabhängigkeit zu entlassen; das Engagement des BRD-Kapitals wegen inländischer Verwertungsschwierigkeiten usw.). Zu diesem Schritt war man gezwungen worden, weil das ursprüngliche Konzept auf einer Tagung in Bonn (11. - 12.12.71) ins Kreuzfeuer der Kritik, besonders vom "Komitee Südliches Afrika" Heidelberg geraten war. Doch man hielt weiterhin am Völkerrecht als Argumentationsgrundlage fest, weil man für eine Gerichtsverhandlung eine allgemein anerkannte Rechtsgrundlage brauchte.

Damit hoffte man nämlich, bei der hauptsächlichen Zielgruppe des Tribunals, der Presse als Managerin der "öffentlichen Meinung", auf ein gewisses Vorverständnis zu stoßen. Man wollte die "Öffentlichkeit" mit einer "publizistischen Front", einer "Publizitätslawine" (S. 35) aufrütteln. Darüber hinaus gedachte man, gezielt an

Gruppen "wie Schüler, Studenten, Lehrlinge, bereits politisierte Arbeiter, Kirchengemeinden, ehemalige Publik-Leser, politische Jugendorganisationen etc." (S. 35) heranzutreten. "Teilziel 4 ist die Mobilisierung der Gruppen" (5), fährt das Paper fort. In diese "öffentlichkeitswirksame Arbeit" paßte auch der (ernsthafte) Vorschlag, die Beethovenhalle in Bonn für die Veranstaltung zu mieten. Auch in der Zielgruppenbestimmung brachte der Januar-Vorschlag Modifikationen. Man gestand ein, "daß der Begriff 'Öffentlichkeit' noch ... differenziert werden muß". Unvermittelt machte man auch eine Referenz ans "Proletariat": "Die Unterstützungspolitik der BRD zugunsten Portugals widerspricht den authentischen Interessen der bundesdeutschen Lohnabhängigen ('lohnabhängig' sollen die heißen, die nicht in einem antagonistischen Interessengegensatz zum Proletariat stehen)". Man dachte dabei an die Gewerkschaftsjugend und die Belegschaft von Konzernen, welche im südlichen Afrika investieren.



Durch Bekanntmachung von Zielen und Methoden der Befreiungsbewegungen und einem damit verbundenen "anti-imperialistischen Damaskuserlebnis" hoffte man, eine breite Solidaritätswelle in der BRD zu entfalten. Doch mangels alternativen Vorstellungen reduzierte man diese Solidarität fast ganz auf ihren materiellen Gehalt: "Nach dem Tribunal kann dann der Schwerpunkt auf materielle Hilfe gelegt werden: also Sammlungen in großem Stil" (S. 36). Auch die Bekämpfung von Waffenlieferungen und die Forderung nach Streichung der Hermes-Bürgschaften für Cabora Bassa sowie die Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Bundesregierung standen auf dem Programm. Das Tribunal sollte durch eine längere, dezentralisierte Agitation vorbereitet werden, damit man für diese Forderungen fruchtbaren Boden vorfinden würde.

2. Vom "Tribunal" zum "Kongreß"

Die Auseinandersetzung um politische Stoßrichtung der Mobilisierungsarbeit für das "Tribunal" und die entsprechende Bündnispolitik führte in der darauffolgenden Vorbereitungsphase zu verschiedenen Änderungsvorschlägen und Neuerungen. Doch sie drangen kaum in das Bewußtsein aller beteiligten Gruppen, weil die Grundlagen für diese Koordination mangelhaft waren:

1. Es gab kein Gremium, welches die Diskussion kontinuierlich anleiten konnte. Das AGM-Komitee, mit der materiellen Vorbereitung beauftragt, war dazu ungeeignet. Wolff Geissler konnte sich weder den Beschlüssen der versammelten Gruppen noch einer einzelnen Gruppe unterordnen.

2. Die Gruppe, welche die Plattform erarbeitete und schließlich als "Aufruf zum Portugal-Tribunal" (6) herausgab, wich verschiedenen Fragen durch dehnbare Formulierungen aus (z.B. Wesen des Imperialismus, Aufgabe des "Tribunals", Einschätzung der Befreiungsbewegungen usw.). Man lenkte den Blick des Lesers auf den Satz: "Dieser Krieg ist Völkermord". Zur Beziehung zwischen anti-imperialistischer Arbeit und demokratischem Kampf in der BRD sagte man nur: "Ein Staat, der andere Völker unterdrückt und ausbeutet, wendet seine Unterdrückungsmaßnahmen stets auch im Innern an." Man lud alle ein, auf dem "Portugal-Tribunal" die Politik des portugiesischen Kolonialregimes und seiner bundesdeutschen Helfer zu untersuchen und "Strategien dagegen zu diskutieren" (sinngemäßes Zitat). Der "Aufruf" wurde zur Diskussion unterbreitet, doch kamen kaum Anregungen. Die Funktion des Dokumentes als Grundlage für die Teilnahme am "Tribunal" blieb ungeklärt: War es ein bloßer "Aufruf", war es eine "Plattform"? Schließlich unterschrieben etwa 80 Gruppen aus sehr unterschiedlichen politischen Richtungen und Tätigkeitsbereichen.

3. Es fanden laufend Vorbereitungstagungen statt (Bonn 30.4.; Loccum 2. - 4.6.; Freiburg 8. - 9.7.; Bonn-Beuel 23.9.; Arnoldshain 28. - 29.9.; Nürnberg 12. - 15.10.; Arnoldshain 1. - 3.11.; Bonn Dezember), die unterschiedlich stark besucht waren. Doch es erwies sich als schwierig, die einzelnen Gruppen aus ihrem aktuellen, unmittelbaren Erfahrungszusammenhang heraus in eine Grundsatzdebatte einzuführen. Es fand sich auch niemand, der eine solche anzuleiten imstande war. Mehrere Gruppen brüskierten durch ihr Verhalten, weil sie Vorschläge nicht zur Debatte und zur Auseinandersetzung, sondern zur Annahme einreichten und bei negativem Bescheid mit Rückzug drohten. So konzentrierte man sich auf technische Vorbereitungen und große Aktionen (z.B. Siemens-HV).

Auch innerhalb der einzelnen Gruppen schien man über den Stellenwert einer Zentralveranstaltung nicht einer Meinung zu sein.



So blieben viele Fragen in der Vorbereitung ungeklärt. Einzelne wesentliche Neuerungen wurden vorgeschlagen und akzeptiert, ohne daß über ihre Implikationen volle Klarheit herrschte. Im Juli 1972 wurde das "Portugal-Tribunal" in "Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" umgetauft. Damit zog man einen Schlußstrich unter die Konzeption der Gerichtsverhandlung. Andererseits wußte man aber auch nicht, mit welchen neuen Inhalten der "Kongreß" zu füllen war. Vermehrt wurde nun die Bedeutung einer Zentralveranstaltung bestritten; das "Solidaritätskomitee Freies Afrika München" (7) und das "Afrika-Komitee Bielefeld" (8) schlugen dezentralisierte Aktionen oder die Form eines gruppeninternen "Arbeitskongresses" vor. Zur Verteidigung dieser Abänderungsvorschläge führte man die personelle, finanzielle und organisatorische Schwäche der lokalen Gruppen ins Feld, oder man verwies auf Erfahrungen, die zu einer grundsätzlich neuen Einschätzung der Presse als Medium der Meinungsbildung geführt hatten: "Die Erfahrungen der Neuen Linken und insbesondere die der Aktionsgruppen der letzten Zeit (Presseberichterstattung über die Hauptversammlungen der Cabora Bassa-Firmen) haben den anfänglichen Enthusiasmus hinsichtlich der Mobilisierbarkeit der Presse ... erheblich gedämpft." (9)

Die Zentralveranstaltung sollte dazu dienen, über strittige Fragen und die mangelnde ideologische und organisatorische Einheit zu debattieren. Der Kongreß wurde immer wieder verschoben, vom Juli in den Herbst, bis schließlich das bekannte Datum feststand. Im September wurde endlich ein Organisationskomitee geschaffen, in dem 6 Gruppen vertreten waren.

Die Zusammenkünfte im Herbst dienten der unmittelbaren Vorbereitung des "Kongresses". Ob aus zeitlichem Druck, organisatorischer Schwäche oder mangelnder Klarheit über die Implikationen der Vorschläge, die Teilnehmer ließen sich auf ein Konzept festlegen, das sie in Ansätzen bereits schon während der vorangegangenen Vorbereitungsarbeit als ungenügend erkannt hatten. So sollte der "Kongreß" nun auf einmal wieder die Funktion der Massenmobilisierung erhalten, während es vielen klar geworden war, daß dies nur Aufgabe der einzelnen Gruppen sein konnte. Druck auf die "Öffentlichkeit", "Publikumswirkung" und "parlamentarische Stoßrichtung" wurden wieder ins Zentrum gerückt. Das politische Spektrum, beispielsweise in den Parolen, wurde reduziert, um als einheitlicher Block dazustehen und vor allem den guten Bürger nicht zu verschrecken. Die Münchner und Regensburger Gruppen zogen daraus ihre Konsequenz und zogen sich zurück (10). Der Untertitel des "Kongresses", "Gegen den BRD-Imperialismus", wurde gestrichen, da das Wort "Imperialismus" abschrecken könnte. Das Organisationskomitee, mit der Fassung einer flugblattartigen Kurzplattform beauftragt, benützte die Gelegenheit, um den Kongreß mit einem Schuß "Stamokap" zu würzen: "Solidarität bedeutet daher nicht nur Hilfe für die Befreiungsbewegungen selbst, sondern liegt im Interesse derjenigen, die sich für demokratische Rechte und <u>gegen die unkontrollierte Machtausübung durch die Konzerne</u> (Unterstreichung: pa) einsetzen." Die generell antikapitalistische Stoßrichtung des "Aufrufs" war einer anti-monopolistischen gewichen, der "Kongreß" ideologisch auf die Parteilinie der DKP festgelegt. Da die beteiligten Gruppen aber nicht bloß in Verbalismus machen wollten, sondern Arbeitsgruppen über weiterführende Zusammenarbeit und Strategie forderten, richtete man einen Arbeitskreis 6 ein. Ansonsten aber war man sehr wenig darauf bedacht, diejenigen zu honorieren, welche die ganze Mobilisierungsphase durchgemacht hatten. Die SDAJ wurde bald nach ihrem Beitritt zum "Aufruf" ins Organisationskomitee gehievt, wegen ihrer "organisatorischen Potenz", wie man erklärte.

pa

<u>Anmerkungen:</u>

1) Vgl. z.B. Gruppenrundbrief 7, S. 2-6 (Einschätzung des OK; Projektgruppe Afrika Berlin; Andreas Buro in "links"). Einschätzung durch die SDAJ in "Elan", Februar 1973
2) "blätter des iz3w" Nr. 6/7 (April /Mai 71), S. 48-51
3) S. 35-37
4) Gruppenrundbrief 1, Anhang 3
5) Man meinte damit die Dritte-Welt-Gruppen

3. Kritik am "Kongreß"

1. Zielsetzung des Kongresses war, eine Demonstration aktiver Solidarität aller demokratischen Menschen in der BRD mit den Befreiungsbewegungen und den unterdrückten Völkern in den portugiesischen Kolonien zu sein. In diesem Sinne verstanden ihn die beteiligten Dritte Welt- und Anti-Imperialismus-Gruppen als einen Markstein in ihrer Basisarbeit. Sie wollten an die Öffentlichkeit treten, den Krieg des portugiesischen Kolonialregimes und seiner bundesdeutschen Gehilfen anprangern und ihre Zielsetzungen darlegen. Doch diese Hoffnung wurde einigermaßen enttäuscht. Dies liegt zu einem guten Teil darin, daß man sich vorher nicht über unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen Klarheit verschafft hatte. So verfiel man einer "Politik des größten gemeinsamen Nenners", die sich als inhaltsloser Rückgriff auf eine leere "Interessengemeinschaft" entpuppte. Die bewußte Hintanstellung unterschiedlicher Einschätzungen wurde zum Mittel, die langen Erfahrungen und den Bewußtseinsstand aktiver Dritte Welt-Gruppen zu übergehen. So wurde die bei den HV-Aktionen gewonnene Erfahrung, daß eine Pressestrategie kein ausreichendes Konzept sein kann , "verdrängt".

So wurde auf dem ersten Gruppentreffen nach dem Kongreß vom 16. - 18.3. 73 in Königstein von den Delegierten z.T. heftige Kritik an der politischen Stoßrichtung des Kongresses geübt. Die wichtigsten Punkte waren: bei einer antiimperialistischen Veranstaltung kann die "Öffentlichkeit" nicht Bundeskanzler Brandt sein. Dazu wurde angeführt, daß er in einem offenen Brief aufgefordert wurde, "mit der unseligen Tradition des bundesdeutschen Imperialismus Schluß zu machen (!). Was hinter dieser Aufforderung steht, ist die in letzter Zeit häufig zitierte "Stamokap-Theorie" (die davon ausgeht, daß die Regierung direkt den Interessen des Monopolkapitals erlegen ist, woraus die Forderung abgeleitet wird, die Regierungsgewalt durch die Organe der Arbeiterklasse in die Hand zu bekommen (11)).

Dieser offene Brief sowie der Abschlußappell standen schon vor dem Kongreß fest. Beides wurde dem Plenum durch das OK, in dem nur sehr knapp dafür gestimmt wurde, vorgelegt. (12) Im Plenum wurde er durch ein zweifelhaftes Verfahren (ohne Diskussion Verabschiedung durch Akklamation) als "Ergebnis des Kongresses" angenommen.

Dieses Festlegen eines Ergebnisses durch das OK, das der Kongreß erst hätte bringen können, wurde nur als ein Zeichen der selbständigen Handlungsweise des OK's gewertet. Weitere Beispiele dafür waren die vorherige Bestimmung aller Referenten, Diskussionsleiter, Protokollanten und Berichterstatter durch das OK.

Als Ursache dieser von jeglicher Basis losgelösten Politik wurden die "Machtstellungen" im OK bezeichnet, die eine politische Auseinandersetzung verhindert hätten. Vom OK aus konnte nur immer wieder auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die der 1. Kongreß dieser Art in der BRD mit sich bringen mußte.

Nach einer längeren Diskussion, ob die Plattform zum Dortmunder Kongreß als Basis für die weitere Zusammenarbeit geeignet ist (Abstimmung 23 : 16 : 2) (13), kam man wieder zu "praktischen Fragen, damit nach der ideologischen Diskussion die konkrete Arbeit weitergeht".

Dabei faßte die Delegiertenkonferenz folgende bindende Beschlüsse:

> Im Rahmen der Solidaritätsbewegung für die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien ist das oberste Gremium die Delegiertenkonferenz. Es wird angestrebt, sich möglichst zweimal im Jahr zu treffen.
>
> Die Delegiertenkonferenz von Königstein hat das alte OK bestätigt (der Vertreter des AKDW Dortmund mußte aus gesundheitlichen Gründen die Mitarbeit im OK einstellen). Neu hinzugewählt wurde der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, die KOSE, der Iniativkreis Nürnberg sowie die Cabora Bassa-Gruppe Frankfurt/F.A.U.S.T.
>
> Das OK bekam als Aufgaben übertragen, den Gruppenrundbrief zu veröffentlichen, zu den Delegiertenkonferenzen einzuladen, sowie bei technischen Fragen (z.B. Filmverleih) zu koordinieren. Ein politisches Mandat, das z.B. ermöglicht hätte, Stellungnahmen abzugeben, Parolen und Losungen zu verbreiten usw., wurde dem OK ausdrücklich verwehrt.
> Dies ist als Ansatz zu werten, Lehren aus den politischen Fehlern innerhalb der aufgezeigten "Kongreß-Bewegung" zu ziehen.

rb

6) "blätter des iz3w" Nr. 16 (Mai 72), S. 15-16
7) Gruppenrundbrief 3, Punkt 1
8) Gruppenrundbrief 4, S. 6-8
9) cf. vorhergehende Fußnote, Brief von Akafrik Bielefeld, 16.8.72, S. 6
10) Gruppenrundbrief 5, Punkt 5
11) dazu ausführlicher in "Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 4/73
12) siehe Gruppenrundbrief Nr. 6
13) siehe Gruppenrundbrief Nr. 8

Eduardo de Sousa Ferreira
Diplom-Volkswirt
(Economist)

6900 Heidelberg 1
Weberstraße 10

9. April 1973

STELLUNGNAHME UND AUFFORDERUNG AN DAS ORGANISATIONSKOMITEE

Auf einer Sitzung des Komitee Südliches Afrika Heidelberg wurde über das Königsteiner Treffen von Gruppen, die sich mit den portugiesischen Kolonien befassen, berichtet und diskutiert. Den Berichten zufolge sind bei diesem Treffen erneut bestimmte Vorwürfe gegen mich erhoben worden. Dies befremdet mich umso mehr, als Dr. Wolf Geissler und ein anderes Vorstandsmitglied des AGM-Komitees am 10.2.1973 zu der Vorstandssitzung der Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (ISSA) gekommen waren, um sich für die Vorwürfe, die gegen mich gerichtet worden waren, zu entschuldigen und sie - wie im Protokoll festgehalten wurde - zurückzunehmen.

Die Wiederaufnahme dieser Vorwürfe veranlaßt mich zu einer Stellungnahme:

1. Die Behauptung, ich hätte selbst die Initiative ergriffen, um die zu einem Treffen mit der SPD-Führung eingeladenen Delegationen der Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien zu begleiten, trifft nicht zu. Die Initiative ging ausschließlich von einem der eingeladenen Mitglieder der Delegation der PAIGC, António Pires, aus und wurde von dem später hinzugekommenen PAIGC-Vertreter Gil Fernandes ausdrücklich unterstützt, da beide für ihre Delegation meine Anwesenheit bei dem Treffen wünschten.
2. Beim Königsteiner Treffen wurde von einem Vertreter des Organisationskomitees weiterhin die Behauptung aufgestellt, die PAIGC habe meine Beteiligung an dem Treffen mit der SPD-Führung gewünscht, da ich mich als Mitglied des Organisationskomitees ausgegeben hätte. Dies trifft ebenfalls nicht zu. Der Vorwurf, den diese Behauptung beinhaltet, ist gravierend und ruft ernstzunehmende Bedenken an der Haltung des Organisationskomitees gegenüber politisch Andersdenkenden hervor, da nicht politisch argumentiert, sondern auf Verleumdungen zurückgegriffen wird.

   Ich habe mich den Vertretern der Befreiungsbewegungen gegenüber nicht als Mitglied des Organisationskomitees ausgegeben. Es ist auch ausgeschlossen, daß sie aufgrund meiner Anwesenheit in Dortmund einen solchen Schluß gezogen haben, da ich bereits im Dezember 1972 in einem Brief an die Führung der drei Befreiungsbewegungen (mit Kopie an die wichtigsten Auslandsvertretungen) eine ausführliche Begründung lieferte, warum ich einen Kongreß in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt nicht unterstützte. Die Briefe kamen an, Antworten liegen vor.

Angesichts der Folgen, die der unter 2. aufgeführte gegen mich erhobene Vorwurf auf die politische Einschätzung meiner Aktivität zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen haben kann, sehe ich mich veranlaßt, das Organisationskomitee aufzufordern, diese Behauptung in der folgenden Nummer dieser Zeitschrift öffentlich zurückzunehmen.

Falls dieser Vorwurf aufrechterhalten wird, sollte das Organisationskomitee genau und eindeutig erklären, wann, wo und gegenüber wem ich mich als Mitglied des Organisationskomitees ausgewiesen habe und von wem, wann und wo es das erfahren hat. Diese sechs Punkte müßten einzeln beantwortet werden. Ich würde mir erlauben, diese Antworten den Befreiungsbewegungen zur Stellungnahme vorzulegen und deren Meinung dann an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Sollte es sich bei dem Ganzen um ein Mißverständnis seitens des Organisationskomitees handeln, so müßte dies ebenfalls in dieser Zeitschrift erklärt werden.

Eine Nicht-Stellungnahme des Organisationskomitees in der folgenden Nummer dieser Zeitschrift werde ich als Beweis dafür werten, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können.

Eduardo de Sousa Ferreira

Stellungnahme des Organisationskomitees zum Brief Eduardo de Sousa Ferreiras:

Das Organisationskomitee erhob und erhebt gegen Eduardo de Sousa Ferreira keine Vorwürfe.

Mitglieder des Organisationskomitees, die nicht im Namen des OK's sprachen, haben nach ihrer persönlichen Meinung richtige Aussagen gemacht.

Die Auseinandersetzung darüber würde den Gegnern der Befreiungsbewegungen nützen.

Organisationskomitee
Kongreß

Leserbrief

Kritik der Marginalitätstheorie

iz3w - 21/22 - 1973

Im Beitrag: Kritik der Mariginalitätstheorie wurde im letzten Absatz erklärt: "... sie (die Theorie der "Mariginalität") stammt nicht von ihm (Prof. Dams) ... seinem Aufsatz liegen lateinamerikanische Studien und die ihm mündlich mitgeteilten Beobachtungen eines deutschen Fachmannes zugrunde ..."

Das ist nicht sehr klar. Zu diesem speziellen Punkt bringen vielleicht die folgenden Überlegungen, genommen aus einem Artikel von A. Benitez (Prensa Latina - in EXPRESO Lima, Peru, 13.4.73) etwas mehr Klarheit:

In Lateinamerika wird bei den progressiven Kreisen immer deutlicher: Die "Theorie der Mariginalität" ist ein Fall der soziologischen Spionage! - Nach dem Triumpf der kubanischen Revolution, 1959, hat die Regierung der USA ihre ideologische Offensive immer mehr nach Lateinamerika ausgedehnt. In dieser Offensive haben die sog. "soziologischen Forschungen" ihren festen Platz.

Die Untersuchungen über die "Mariginalität" begannen 1967 und wurden von der ultrarechten "Ford-Stiftung" für die ganze Untersuchungszeit - zwei Jahre - finanziert. Jährliche Kosten 125 000 US-Dollar.

Das Projekt wurde organisiert durch das "Institut für soziale und ökonomische Planung für Lateinamerika" (ILPES) und dem "Zentrum für ökonomische und soziale Entwicklung Lateinamerikas" (DESAL).

Anmerkung dazu: Einer der Direktoren von DESAL war der belg. Jesuitenpater R. Vekemans, der nach dem Wahlsieg Allendes Chile verließ und jetzt die Kampagne gegen die "Theologie der Befreiung" anführt. Während der Amtszeit Freis waren die guten Kontakte von P. Vekemans und Präs. Frei bekannt. Nach der SZ vom 7./8.4.73 gehörten zu den Gruppen, die Frei unterstützten, die Adenauer-Stiftung und der "Deutsche Bischofs-Fond" (Misereor?).

Bereits 1968 fanden in Argentinien, wo die Untersuchungen über die "Mariginalität" besonders stattfanden, Proteste seitens einiger Wissenschaftler statt. Die Studenten der Fakultät der Philosophie und Sprachwissenschaften in Buenos Aires klagten das "Projekt Mariginalität" als eindeutig imperialistisch an.

Die Verurteilung dieses "Mariginalitätsprojektes" fand durch verschiedene Zeitungen, Organisationen, Gruppen statt. - Eine Gruppe von argentinischen Soziologen, Mitarbeiter der Zeitschrift: Probleme der 3. Welt, eine Abordnung von Arbeitern diskutierte mit den Verantwortlichen des Projekts in den Räumen der argentinischen Gesellschaft für Kunst hart und klagte die imperialistische Tendenz an. Die uruguayische Wochenzeitschrift "Marcha" veröffentlichte ebenfalls kritische Artikel gegen die "Theorie der Mariginalität". Die kubanische Zeitschrift "Ganma" verurteilte dieses Projekt als: "soziologische Spionage durch die Ford-Stiftung, benutzt durch die Regierung der USA in der Vorbereitung von Plänen, die bestimmt sind, um die revolutionären Tendenzen (in Latein-Amerika) zu erfahren und durch ihre (durch die Studie) effizientere Organisation zu verwässern, um die Repressionen und Ausbeutung weiterführen zu können. Durch diese zahlreichen Proteste, die aufzeigten, welche Rolle die 'Theorie der Mariginalität' wirklich spielen sollte, mußte die Ford-Stiftung ihre Untersuchungen vorzeitig beenden."

So dürfte man dann ja eigentlich gar nicht mehr über eine "Theorie der Mariginalität" sprechen, sondern nur noch von der "abgebrochenen Theorie" der "Mariginalität" - am besten wäre es jedoch, wenn man bald von einer "verschwundenen Theorie" sprechen könnte.

H.S.

Schürfrechte im Tete-Gebiet

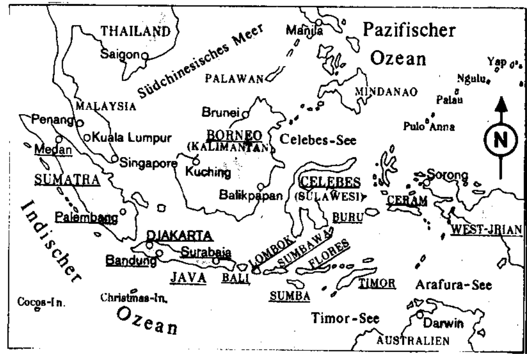
dr. JOHANNESBURG, 13. Dezember. Exklusive Schürfrechte im Gebiet von Tete/Cabora Bassa soll ein neues internationales Konsortium erhalten, das zur Zeit gegründet wird. Diesem Konsortium werden die portugiesischen Unternehmen Companhia Mineira do Lobito, die Companhia de Uranio de Mocambique und die nordamerikanische Bethlehem Steel Corporation angehören. Die Schürfrechte umfassen alle Mineralien mit Ausnahme von Uran, Diamanten, Kohle und Ölvorkommen. Die Schürfgebiete liegen in den Räumen von Chioco und Changara etwa zwischen 60 und 120 Kilometer südlich von Cabora Bassa entfernt. Ähnliche Schürfrechte wurden 1969 dem westdeutschen Krupp-Konzern erteilt und damit bereits vor der Unterzeichnung des Baukontraktes für Cabora Bassa. Der Krupp-Konzern und die Mineira do Lobito arbeiten seit Jahrzehnten erfolgreich im Eisenerz-Minengebiet von Cassinga im südlichen Angola zusammen. Diese Zusammenarbeit wurde im Jahre 1960 durch die Bildung eines Konsortiums erweitert, dem neben Krupp das dänische Unternehmen Hojgaard & Schultz angehören.

Serie: Indonesien (2)

Strukturdaten

Vorbemerkung:

Nach dem ersten Beitrag dieser Serie in den "blättern des iz3w Nr. 23", dem Wirtschaftsbericht der Botschaft der BRD in Indonesien, nun der Versuch, einige Strukturen der heutigen indonesischen Gesellschaft aufzuzeigen. Diese Informationen sollen vor allem das Verständnis der folgenden, spezielleren Beiträge der Serie erleichtern helfen. Infolgedessen stellt dieser Beitrag keinen für sich abgeschlossenen, sondern einen recht lückenhaften, auf die weiteren Beiträge bezogenen Bericht dar.



1. Verschiedenes

Das Staatsgebiet Indonesiens umfaßt ca. 13 000 Inseln mit einer Gesamtfläche von 1,9 Mio. qkm (BRD: 250 000 qkm). Etwa 6000 Inseln sind bewohnt.

Die Ost-West-Ausdehnung Indonesiens beträgt 5000 km, die Nord-Süd-Ausdehnung 2000 km.

Indonesien liegt am Äquator, das Klima ist feucht-heiß, die Temperaturen schwanken im ganzen Jahr nur wenig um 30 Grad Celsius herum.

Indonesien ist mit etwa 130 Mio. Einwohnern das nach Bevölkerungszahl fünftgrößte Land der Welt. Das Bevölkerungswachstum wird von offizieller indonesischer Seite mit 2,5 % pro Jahr angegeben, unabhängige Beobachter halten dagegen eine Zahl von deutlich über 3 % für realistischer. (Präsident Suharto hat kürzlich mitgeteilt, daß Regierungsbeamte und Angehörige des Militärs vom fünften Kind ab keine Zuschläge mehr erhalten, um sie so zu entmutigen, mehr als vier Kinder in die Welt zu setzen.)

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 32 Jahren.

Die regionale Verteilung der Bevölkerung ist äußerst ungleichmäßig mit deutlichem Schwerpunkt auf Java, wo auf einer Fläche, die nur etwa halb so groß ist wie die der BRD über 80 Mio. Einwohner leben, das sind ca. 610 Einwohner pro qkm; Java ist damit eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde.

In der Hauptstadt Djakarta leben gegenwärtig etwa 5 Mio. Menschen.

2. Zum politischen System

Nach der indonesischen Verfassung ist der (Madjelis Permusjawaratan Rakjat (M.P.R.), der) Beratende Volkskongreß, die höchste Autorität im Staate. Der Volkskongreß "bestimmt die Grundlinien der Politik" (Art. 3) und wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten (Art. 6). (Die Neuwahl des Präsidenten steht für 1973 an.)

Genau die Hälfte (nämlich 460) der insgesamt 920 Mitglieder des Volkskongresses bilden das Parlament (den Dewan Perwakilan Rakjat; D.P.R.).

Im Wahlgesetz vom Nov. 1969 wurde festgelegt, daß der Präsident 22 % der Parlamentsabgeordneten, 33 % der Mitglieder des Volkskongresses und 20 % der Mitglieder in den Volksvertretungen auf Kreis- und Provinzebene nach eigenem Ermessen ernennen kann. Diese vom Präsidenten direkt zu vergebenden Sitze werden von Suharto fast durchweg für Angehörige des Militärs reserviert, die praktisch alle Schlüsselpositionen des Landes innehaben.

Die Minister, die der Präsident auswählt, sind ihm allein (und nicht dem Volkskongreß) verantwortlich.

Über diese juristische Absicherung der Macht des Präsidenten hinaus genießt Suharto weitgehende Sondervollmachten: in "Krisenzeiten" kann er beliebig Gesetze durch Regierungsverordnungen ersetzen.

Wie frei Wahlen unter der Regierung des General Suharto in Indonesien sind, haben die Parlamentswahlen vom Juli 1971 (360 der 460 Parlamentarier waren zu wählen) eindrucksvoll gezeigt. Zunächst einmal wurden ca. 15 Mio. Indonesier von vornherein als Wähler und Kandidaten ausgeschlossen, nämlich alle ehemaligen Mitglieder der verbotenen Kommunistischen Partei (PKI) und ihrer zahlreichen Nebenorganisationen, so etwa die 6 Mio. früheren Mitglieder der SOBSI-Gewerkschaft. Mehr als 730 Kandidaten wurden gar nicht erst zugelassen, weil die Armee ihnen die politische "Unbedenklichkeit" nicht bescheinigt hatte.

Zur Wahl waren 9 politische Parteien zugelassen: die "Partai Nasional", Sukarnos alte Partei, die konservative Moslempartei "Nahdatul Ulama", die neugegründete islamische Partei "Partai Muslimin Indonesia" sowie die beiden christlichen Parteien, drei weitere islamische Parteien und die sozialistische "Murba". Außer den drei zuerst genannten Parteien haben diese Gruppen jeweils nur eine gewisse regionale Bedeutung. Diesen neun politischen Parteien stand die von der Regierung erst im Okt. 1970 ins Leben gerufene Ständeorganisation "Sebker Golkar" gegenüber.

Radiostationen und Fernsehsender, die nicht der Regierung unterstehen, durften keine Wahlpropaganda betreiben. Die Parteien mußten für jede Wahlkundgebung 72 Stunden vorher die Zustimmung der Militärautoritäten einholen. In den von der Regierung erlassenen "Zwölf Geboten der Wahlkampfführung" waren Angriffe auf Suharto und sein "Aufbauprogramm" untersagt. In vielen Betrieben, vor allem in den Staatsbetrieben, mußten die Arbeiter einer Art Golkar-Arbeitsfront beitreten. Die Staatsangestellten wurden - ob sie das wollten oder nicht - praktisch geschlossen in die Golkar-Organisation eingebracht. (Der Innenminister hatte den Beamten vorgeschrieben, Golkar zu wählen, "denn der Staatsapparat solle frei vom Einfluß der Parteien sein"; FAZ vom 2.7.71). Über den Beamtenapparat konnte Golkar damit auch die Dorfvorsteher kontrollieren, die ihrerseits traditionell einen großen Einfluß auf die Stimmangabe der Dorfbevölkerung haben.

Golkar, von Generalmajor Murtopo (jetzt Chef des Sicherheitsdienstes) angeführt, von der Regierung verschwenderisch mit Geld, Transportmitteln und Propagandamedien versorgt, scheute vor psychologischem und vereinzelt (vor allem auf Bali) auch vor gewaltsamem Druck nicht zurück.

Die Liste von Belegen für diesen Wahlkampf ungleicher Gegner ließe sich verlängern.

Die Golkar-Gruppierung errang schließlich 62,8 % der abgegebenen Stimmen und damit 227 der 360 zur Wahl stehenden Sitze im Parlament.

Was steckt hinter Sekber Golkar?

Wörtlich übersetzt heißt Sekber Golkar ungefähr: das gemeinsame Sekretariat der funktionellen Gruppen. Der Begriff der "funktionellen Gruppen" ist ein Schlüsselbegriff zum Verständnis der indonesischen Militärregierung. Golkar ist ein Zusammenschluß von Ständeorganisationen, von ca. 20 Gruppen (wie Banken, Handel, Industrie, Gewerkschaft, Wissenschaft, Studenten, Frauenvereinen usw.). Gemeinsam ist diesem staatlich geförderten Block vielfältiger Interessengruppen ein naiver Fortschrittsglaube (die FAZ nennt es sehr beschönigend "Wohlstandspragmatismus"), der sich in ihren Wahlparolen deutlich ausdrückte: "Politik nein, Aufbau ja!", "Weg von den alten Ideologien - alle Kraft dem programmorientierten Aufbau!", "Die Ideologen der Parteien haben Indonesien nur Unglück gebracht. Wir wollen wirtschaftliche Entwicklung, Fortschritt, Wohlstand für alle!"

Die Kandidaten von Golkar waren zumeist prominente, parteilose Persönlichkeiten wie Handelsminister Prof. Sumitro, Außenminister Malik, der Sultan von Jogjakarta, gleichzeitig Minister für Tourismus, ehemalige Studentenführer usw. Es waren fast durchweg Leute, die man als Technokraten bezeichnen kann, die vorgeben, gegen Politik und gegen Ideologie und für einen - als wertfrei verstandenen - Fortschritt zu sein, die also an die Möglichkeit vor allem wirtschaftlichen Fortschritts ohne soziale Konflikte, ohne gesellschaftliche (Macht-)Veränderungen glauben.

Diese Ideologie der Ideologielosigkeit, der in der Vergangenheit schon Präsident Suharto und sein engerer Beraterkreis (vor allem Militärs und in den USA ausgebildete Wirtschaftsprofessoren, die jetzt Minister sind) anhingen, scheint nun nach dem Sieg der Golkar zur noch stärker bestimmenden Vorstellung auch breiter Kreise



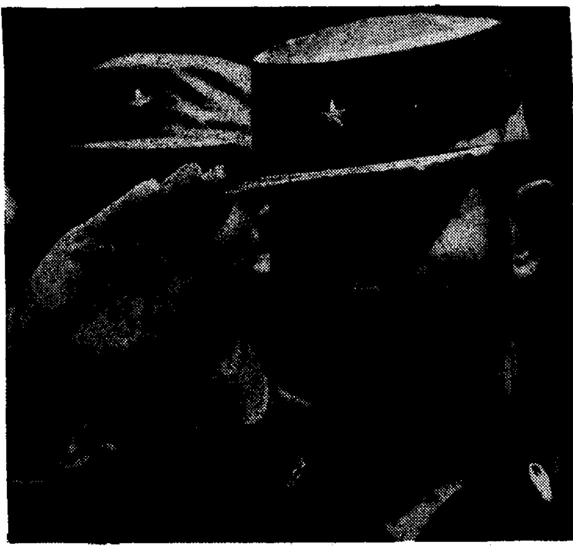
Konzentrationslager in Indonesien: „Drittes Reich in der Dritten Welt"

der indonesischen Intelligenz zu werden.

Diese starke Ausrichtung der Politik auf den wirtschaftlichen Aufbau Indonesiens darf aber nicht etwa mit einer liberalen Form der Regierungsführung gleichgesetzt werden. Vielmehr ist die Kontrolle des Landes durch das (vor allem antikommunistische, aber auch antiislamische) Militär

fast perfekt: nicht nur sind die Streitkräfte - wie oben erwähnt - im Volkskongreß und im Parlament sehr stark vertreten. Offiziere sitzen in den maßgeblichen Regierungs- und Verwaltungsämtern; wo ein Zivilist an der Spitze eines Ministeriums steht, ist gewöhnlich der Staatssekretär ein Militärangehöriger. Als Militärgouverneure üben Offiziere auf Kreis- und Provinzebene ein straffes Regiment. In den Dörfern hat die Armee eine Miliz aufgestellt (die "Hansep"), die vorwiegend aus ausgedienten Soldaten besteht und die vor allem die Aufgabe hat, alle verdächtigen Bewegungen dem nächsten Militärkommandanten zu melden. (Auf diese Weise soll etwa auch der Wiederaufbau einer Kommunistischen Partei verhindert werden.)

Die Funktion der Armee beschränkt sich also nicht auf den militärischen Aspekt der Aufrechterhaltung der "inneren Ordnung"; vielmehr stellt die Armee eine neue Schicht dar, die neben dem militärischen auch die politischen und die ökonomischen Bereiche der indonesischen Gesellschaft durchdringt und - ganz oder teilweise - beherrscht. In diesem Zusammenhang ist etwa auch die Anordnung Suhartos zu sehen, 50.000 (der insgesamt 500.000) indonesischen Soldaten für wirtschaftliche (vor allem infrastrukturelle) Aufbauarbeiten auf 5 Jahre hinaus in den am wenigsten entwickelten Inseln einzusetzen.



Präsident Suharto

Zumindest in ihrer Spitze besteht die Armee offenbar nicht aus sturen, in ihrem Denken militärisch beschränkten, sondern aus auch gesellschaftswissenschaftlich ausgebildeten Offizieren. Fast alle hohen Offiziere haben in den USA oder in Westeuropa an Spezialkursen nicht nur in militärischen Fragen, sondern auch in Ökonomie und Politologie teilgenommen und bilden infolgedessen, zusammen mit den Wirtschaftsprofessoren im Kabinett Suharto den harten Kern der westlich orientierten, technokratischen "Elite" Indonesiens.

Ihr technokratisches Bewußtsein hindert die Regierung allerdings nicht daran, Regimegegner mit brutaler Härte zu bekämpfen. Indonesien ist das Land mit der höchsten Anzahl politischer Gefangener auf der Welt. Eine Internationale Juristenkommission berichtete von etwa 300 Konzentrationslagern, in denen zwischen 120.000 und 150.000 Indonesier gefangengehalten werden. Präsident Suharto, nach dem Schicksal von mindestens 60.000 Kommunisten gefragt, die seit 7 Jahren in Lagern festgehalten werden, ohne daß sie einen Prozeß erhalten hätten, antwortete lächelnd, die Kommunisten seien zu ihrem eigenen Schutz in den Lagern, damit die Bevölkerung, die Kommunisten hasse, sie nicht umbringe.

Die Korruption in der indonesischen Verwaltung ist nach wie vor ungebrochen. Im Jahre 1971 z.B. entließ der Finanzminister Wardhana auf einen Schlag über 250 Beamte seines Ministeriums wegen Korruption, Amtsmißbrauch und Erpressung. Ebenfalls 1971 wurde eine große Anzahl von Zollbeamten, die im Hafen von Djakarta tätig waren, fristlos entlassen, weil sie einen ausgedehnten Schmuggel betrieben und so den indonesischen Staatshaushalt um hohe, schon eingeplante Zolleinnahmen gebracht hatten. Vom Schweizer Chemiekonzern Ciba-Geigy, der der indonesischen Regierung Kunstdünger geliefert hatte, wurde bekannt, daß 15 % der Vertragssumme als "Trinkgelder" an die beteiligten Offiziere gezahlt werden mußten. (Nebenbei erwähnt, ist das auch ein deutlicher Beleg dafür, wie hoch die Profite der internationalen Konzerne bei ihren Geschäften mit den Entwicklungsländern sind, wenn sich diese Lieferung trotz der "Trinkgelder" noch gelohnt hat. In den Kreisen der multinationalen Konzerne laufen solche Zahlungen unter dem Begriff der "nützlichen Abgaben"; sie sind in der Regel, z.B. auch in der BRD, steuerabzugsfähig.) In Singapur wird ständig Zinn aus Sumatra angeboten, das indonesische Offiziere unter Umgehung der betreffenden Behörden aus dem Land schmuggeln.

Die eigenmächtigen Einkommenserhöhungen der Staatsangestellten gehen meist in der Weise vor sich, daß sich die betreffenden Beamten jede ihrer Unterschriften gesondert bezahlen lassen. Bis vor einiger Zeit waren z.B. 24 Unterschriften erforderlich, wenn man in Indonesien eine Erlaubnis zum Import irgendwelcher Waren erhalten wollte (mittlerweile sind für eine Importlizenz allerdings weniger Unterschriften nötig). Dem Importeur blieb nichts anderes übrig, als die einzelnen Unterschriften extra zu honorieren ...

3. Einige Hinweise auf die Lebensbedingungen des indonesischen Volkes

Das Pro-Kopf-Einkommen betrug (nach offiziellen indonesischen Angaben) im Jahre 1970 73 US-Dollar. Indonesien ist nach diesem Maßstab eines der ärmsten Länder der Dritten Welt überhaupt. Über die Verteilung des Volkseinkommens liegen unseres Wissens keine exakten Angaben vor; einzelne Beobachter halten die indonesische Einkommensverteilung für ähnlich ungleichmäßig wie die der meisten Länder der Dritten Welt. Die Schätzungen der Arbeitslosigkeit in Indonesien bewegen sich zwischen 20 und 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Zumindest in absoluten Zahlen gerechnet ist die Tendenz steigend; jedes Jahr kommen etwa 1,3 Mio. Indonesier ins arbeitsfähige Alter. Allein in Djakarta konnten 1971 ca. 20.000 Universitätsabsolventen keinen Arbeitsplatz finden, ein deutlicher Hinweis auf das Ausmaß der Verschwendung von Mitteln im Bildungsbereich. Da eine Arbeitslosenversicherung in Indonesien nicht existiert, kann man sich unschwer das Elend vorstellen, das sich hinter solchen Arbeitslosenzahlen verbirgt.

Obwohl die Militärregierung die Zuwanderung vom Land nach Djakarta fast vollständig untersagt hat, kommen jeden Monat ca. 10.000 Menschen in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in die Hauptstadt. 90 % der Einwohner Djakartas wohnen im "Kampong", d.h. in den in die Stadt eingestreuten und sie ausmachenden Dörfern, ohne Licht, ohne Kanalisation, ohne sauberes Trinkwasser, ohne sozialen Wohnungsbau ... (Der Polyglott-Reiseführer "Indonesien" drückt sich da vornehm-kompliziert aus: "Westjavas Bevölkerung gilt als wohlhabend, doch ist diese relativer Art, denn vor allem in Djakarta fristen Unzählige ein trostloses Dasein in Armut.")



Slums in Djakarta

Dagegen florieren in Djakarta Bars, "Massagesalons", Spielkasinos usw. 70 % der Beschäftigten Indonesiens sind in der Landwirtschaft tätig. 60 % von ihnen besitzen kein eigenes Land.

In Zentraljava hat die durchschnittliche Bauernfamilie weniger als 1 Hektar Land, 30 % aller landbesitzenden Bauern haben sogar weniger als 0,25 Hektar.

In Westjava besitzen 13 % aller Familien 82 % des Bodens, während die restlichen 87 % der Familien über gar kein oder weniger als 1 Hektar Land verfügen. Diese Landwirtschaftsstrukturen führen dann zwangsläufig dazu, daß die Kleinbauern sich als Pächter an reiche Bauern verdingen müssen, an die sie dann meist 50 % (manchmal noch mehr) des Ernteertrags abführen müssen.

Die Analphabetenquote (gemessen an der Bevölkerung über 15 Jahre) beträgt ca. 30-35 %.

Nach offiziellen indonesischen Angaben (nicht-offizielle Angaben konnten wir nicht finden) verbesserte sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Ärzte und der Bevölkerungszahl zwischen 1954 und 1968 von 1:60.000 auf 1:23.000. In ländlichen Gebieten beträgt diese Relation etwa 1:110.000, in den Städten 1:6.000.

Immer mehr Einwohner der Städte sind auf die Benutzung ungeschützter Wasserquellen angewiesen, so daß sie den dann üblichen Krankheiten wie Cholera, Typhus, Paratyphus usw. ausgesetzt sind.

4. Zur wirtschaftlichen Situation

Im folgenden geben wir einige offizielle indonesische Tabellen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wieder. (Sie sind entnommen den Publi-

kationen der westdeutschen "Bundesstelle für Außenhandelsinformation", die ihren Sitz in Köln hat.)

Auf den äußerst beschränkten Aussagewert derartiger Zahlen für die Lage der indonesischen Bevölkerung brauchen wir wohl kaum eigens hinzuweisen.

In den weiteren Beiträgen dieser Indonesien-Serie werden wir einige zentrale politisch-ökonomische Bereiche der heutigen Situation Indonesiens eingehend untersuchen und dabei auch teilweise das hier angeführte statistische Material auf seine gesellschaftlichen Hintergründe in Entwicklung und Auswirkung überprüfen. Geplant sind u.a. Beiträge über den Erdölsektor, den Rohstoffsektor im allgemeinen und dabei vor allem die wachsende Bedeutung des Auslandskapitals, die Umschuldungsverhandlungen, die "Entwicklungshilfe" der BRD sowie ein abschließender Beitrag, in dem versucht wird, die Erfolgsaussichten der indonesischen Entwicklungspolitik zu ermitteln "bei ihren Bestrebungen, die weitere Wirtschaftsentwicklung weitgehend dem privaten Unternehmertum in einer Art sozialer Marktwirtschaft zu überlassen." (Statistisches Bundesamt, Länderbericht Indonesien, 1969, S. 14 f.)

Tabelle 1

Nahrungsmittelproduktion
(Mengen in 1 000 t; Veränderungen in %)

Produkt	1970+)	1971++)	Veränderung
Reis (geschält)	12 169	12 770	+ 4,9
Mais (Körner)	2 825	2 632	– 6,8
Kassava	10 478	10 042	– 4,2
Süßkartoffeln	2 175	2 154	– 1,0
Erdnüsse	281	280	– 0,4
Sojabohnen	498	475	– 4,6
Fleisch	314	318	+ 1,3
Eier	66	67	+ 1,5
Milch (l)	29 306	29 693	+ 1,3

+) Revidierte, jedoch nicht unbedingt endgültige Zahlen
++) Vorläufige Zahlen
Quelle: Landwirtschaftsministerium

Tabelle 2

Plantagenerzeugung
(Mengen in 1 000 t; Veränderungen in %)

Produkt	Mengen 1970+)	Mengen 1971++)	Veränderung
Kautschuk	244,0	244,4	+ 0,2
Palmöl	216,5	248,4	+ 14,7
Palmkerne	48,5	56,1	+ 15,7
Tee	44,0	48,2	+ 9,5
Kaffee	16,2	19,4	+ 19,8
Chinarinde	1,70	1,42	– 16,5
Hartfaser	5,44	2,33	– 57,2
Zucker	713,3	834,0	+ 16,9

+) Revidiert
++) Vorläufig
Quelle: Statistisches Zentralamt

Tabelle 3

Bergbauförderung
(Veränderung in %)

Mineral	Einheit	1970	1971	Veränderung
Zinn	1 000 t	19,09	19,72	+ 3,3
Nickelerz	1 000 t	600,00	900,00	+ 50,0
Bauxit	1 000 t	1 229,18	1 237,61	+ 0,7
Eisensand	1 000 t	0	270,94	
Gold	kg	236,65	329,67	+ 39,3
Silber	t	8,80	8,88	+ 0,9
Kohle	1 000 t	176,52	197,91	+ 12,1
Salz	1 000 t	62,96	42,20	– 33,0
Erdöl	Mill. brit. barrels	311,63	325,66	+ 4,5
Erdgas	Mrd. cbm	3 068,71	3 428,83	+ 11,7

Quelle: Statistisches Zentralamt

Tabelle 4

Außenhandel
(in Mill. $)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1967	805	770	– 35
1968	831	872	+ 41
1969	995	995	0
1970	1 116	1 173	+ 57
1971	1 256	1 307	+ 51

Quelle: Zahlungsbilanzangaben der Bank Indonesia

Tabelle 5

Import nach Warengruppen
(in Mill. $; Veränderung in %)

Warengruppe	1970	1971	Veränderung
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	234,4	182,5	– 22,1
Chem. Erzeugnisse (einschl. Brennstoffe)	141,8	175,6	+ 23,8
Papier und Papierwaren	33,9	29,1	– 14,2
Kautschuk-, Holz- und Lederwaren	5,3	4,8	– 9,4
Textilien und Bekleidung	133,8	154,2	+ 15,2
Waren aus nichtmetallischen Mineralien	32,7	39,8	+ 21,7
Metalle und Metallprodukte	120,7	109,8	– 9,0
Maschinen	203,4	196,0	– 3,6
Fahrzeuge	167,5	153,8	– 8,2
Sonstiges	62,4	38,9	– 37,7
Insgesamt	1 135,9	1 084,5	– 4,5

Quelle: Bank Indonesia aufgrund von Akkreditiveröffnungen und Einfuhrerklärungen

Tabelle 6

Wichtigste Ausfuhren
(in Mill. $; Veränderungen in %)

Ware	1970	1971	Veränderung
Erdöl und Erdölerzeugnisse	439,8	541,1	+ 23,0
Holz	100,5	168,5	+ 67,7
Kautschuk (Kleinpflanzer)	187,9	156,3	– 16,8
Kautschuk (Plantagen)	72,0	66,8	– 7,2
Zinn	62,2	60,0	– 3,5
Kaffee	65,6	55,0	– 16,2
Palmöl und Palmkerne	41,5	51,8	+ 24,8
Tee	17,6	28,2	+ 60,2
Kopra und Koprakuchen	35,1	26,1	– 25,6
Pfeffer	3,1	24,0	+ 674,2
Tabak	11,5	19,7	+ 71,3
Gewürze außer Pfeffer	6,4	6,2	– 3,1
Häute	5,7	5,5	– 3,5
Verschiedene Nahrungsmittel	15,4	27,5	+ 78,6
Sonstiges	50,2	75,6	+ 50,6
Insgesamt	1 114,5	1 312,3	+ 17,7

Quelle: Data Processing Division, Bank Indonesia; Zahlen für 1970 revidiert

Tabelle 7

Industrieproduktion
(Veränderung in %)

Erzeugnis	Einheit	1970[1]	1971[2]	Veränderung
Textilgewebe	Mill. m	598,3[3]	650 [4]	+ 8,6
Baumwollgarne	1 000 Ballen zu 180 kg	218	240	+ 10,1
Düngemittel	1 000 t	98,4	107,2	+ 8,9
Zement	1 000 t	553,4	543,7	– 1,8
Papier	1 000 t	21,8	27,1	+ 24,3
Glas	1 000 t	11,6	6,2	– 46,6
Reifen für Kfz	1 000 Stück	369,5	463,6	+ 25,5
Montage	1 000 Stück			
Nähmaschinen		13,4	32,6	+ 143,3
Rundfunkgeräte		393,2	311,9	– 20,7
Fernsehempfänger		4,8	5,6	+ 16,7
Glühbirnen	Mill. Stück	5,1	4,8	– 5,9
Sauerstoff	1 000 cbm	2 294,7	3 241,5	+ 41,3
Kokosöl	1 000 t	257,3	266,2	+ 3,5
Speiseöl	1 000 t	26,5	27,3	+ 3,0
Seife	1 000 t	130,2	138,0	+ 6,0
Zigaretten	Mrd. Stück	12,6	13,9	+ 10,3
Heimische Gewürznelkenzigaretten	Mrd. Stück	19,3	15,2	– 21,2
Streichhölzer	Mill. Schachteln	284	354,3	+ 24,8
Zahnpasta	Mill. Tuben	21,7	13,9	– 35,9

1) Teilweise revidiert
2) Vorläufige Zahlen
3) Wirtschaftsjahr 1970/71 (1.4.–31.3.)
4) Wirtschaftsjahr 1971/72
Quelle: Industrieministerium

Tabelle 8

Außenhandel nach wichtigsten Ländern
(in Mill. $)

Land	Indones. Einfuhr 1970+)	Indones. Einfuhr 1971+)	Indones. Ausfuhr 1970	Indones. Ausfuhr 1971+)
Japan	262,8	389,7	297,0	498,6
USA	157,7	176,4	110,7	164,2
Singapur	49,1	72,7	152,7	149,3
BR Deutschland	84,8	118,5	44,7	60,0
Niederlande	46,0	52,3	41,9	63,7
Großbritannien	30,0	49,5	12,2	12,1
Australien	25,4	32,3	29,4	24,7
China	30,5	31,2	0	0
Hongkong	20,4	19,6	9,8	10,7
Philippinen	1,4	3,4	17,1	26,2
Italien	12,6	16,5	6,8	7,5
Frankreich	15,5	16,5	5,8	6,5

+) Vorläufige Zahlen
Quelle: Statistisches Zentralamt

5. Einige Hinweise auf Literatur über Indonesien

Bücher:

- E. Schlereth und B.D. Bintang, Indonesien: Analyse eines Massakers, Frankfurt 1970
- Ph. Gavi, Konterrevolution in Indonesien (aus dem Franz.), Frankfurt 1969
- J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Frankfurt 1968
- B. Dahm, Sukarnos Kampf um Indonesiens Unabhängigkeit – Werdegang und Ideen eines asiatischen Nationalisten, Frankfurt u. Berlin 1966

Aufsätze:

- J. Suroso, Indonesien nach der Konterrevolution, in: Das Argument, Heft 53, 1969
- B. Fedler und M. Göbels, Die "neue Ordnung" in Indonesien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1970
- R. Sielaff, Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Militärs und die Veränderung politischer Strukturen in Indonesien, in: Vierteljahresberichte. Probleme der Entwicklungsländer, 1972

Spezielle Zeitschriften:

- Südostasien-Korrespondenz, Köln (dreimal pro Jahr)
- Internationales Asien Forum, Weltforum Verlag, München
- The Far Eastern Economic Review, Hongkong

Verschiedenes:

- Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Reihe: Allgemeine Statistik des Auslandes; Länderberichte und Länderkurzberichte über Indonesien
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, verschiedene Reihen, in denen vor allem statistisches Material über die Länder der Dritten Welt vorgelegt wird
- Misereor (Hrsg.), Entwicklungsland Indonesien, Aachen 1972
- Havemann, Kraus u.a. (Hrsg.), Handbuch der Entwicklungshilfe; Loseblattsammlung
- Laufende Berichterstattung in Tageszeitungen wie: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Handelsblatt, Spiegel, Zeit, Blick durch die Wirtschaft, Nachrichten für Außenhandel, Neue Zürcher Zeitung usw.

Vietnam – BRD
Zur Vietnampolitik der BRD

Vorbemerkung

Dieser Beitrag hat nur die Funktion, einige wichtige Informationen zusammenzustellen. Die vorliegenden Informationen sind zu vielschichtig (1), um deren Zusammenhänge auf kleinem Raum und in kurzer Zeit fundiert darzustellen. Doch sind sie so wertvoll, daß man sie dem Leser nicht vorenthalten sollte. Einen aktuellen Anlaß zu diesem Beitrag bietet der überraschende Besuch Thieus am 10.4.1973 in der BRD. Dabei sollen die folgenden vier Themen zur Sprache kommen:

1) Der Thieu-Besuch in der BRD,
2) Zur Vietnam-Politik der BRD,
3) Zum Verhalten der Bundesregierung in der Vietnamfrage gegenüber der Öffentlichkeit,
4) Der Malteser-Hilfsdienst in Vietnam.

1. Der Thieu-Besuch in der BRD, ein gelungenes Täuschungsmanöver der Bundesregierung an der Öffentlichkeit

Am 10.4.1973 kam Thieu überraschend zu einem Blitzbesuch nach Bonn, nachdem er zuvor in den USA, in Italien, im Vatikan und in Großbritannien verweilte. Über den damals bevorstehenden "Privatbesuch" Thieus bei Heinemann versuchte Bonn, die Öffentlichkeit möglichst lange im Unklaren zu lassen. Am Freitag, den 6.4.1973, berichtete das ZDF in seiner Sendung "heute" unter Kurzmeldungen erstmalig davon. Wann allerdings Thieu kommen solle, sei völlig offen, ob am 10.4., ob am 13.4., ob schon am 7./8.4. oder ob überhaupt. Die gesamte bürgerliche Presse reagierte wie erwünscht. In den meisten Zeitungen wurde die Ankunft Thieus unter dpa-Kurzmeldungen als Dreizeiler an unauffälliger Stelle angekündigt. Nur die Frankfurter Rundschau vom 9.4.73 brachte diese Nachricht als Schlagzeile. Offensichtlich sollte breiter öffentlicher Widerstand vermieden werden. Ebenso unauffällig war die Berichterstattung der Presse über diesen Besuch. Ausdrücklich wurde dementiert (2), daß Thieu mit Regierungsvertretern zu Gesprächen zusammentreffen soll. Nachträglich stellte sich heraus, daß Thieu mit Staatssekretär Frank vom Auswärtigen Amt (3) zusammengetroffen war. Auch dieser Tatbestand wurde in fast keiner Zeitung berichtet! Ein gelungenes Überraschungsmanöver! Zum Empfang Thieus soll die Bundesregierung durch die USA genötigt worden sein (4).

2. Zur Vietnam-Politik der BRD

Wie eindeutig die Bundesregierung eine Politik der Unterstützung Südvietnams und der USA betreibt, zeigen folgende Tatbestände:

- Seit 1968 gingen an Südvietnam 150-160 Mill. DM an "humanitärer" Hilfe, 85 Mill. DM an Kapitalhilfe und 30 Mill. DM an technischer Hilfe (5),
- für Hilfe in Südvietnam erhielt die Kirche an staatlichen Geldern in diesem Zeitraum 3 Mill. DM (6),
- an Laos gingen 33 Mill. DM Kapitalhilfe, 14 Mill. DM technische Hilfe, 0,5 (!) Mill. DM an humanitärer Hilfe,
- Nordvietnam erhielt nichts (7)!
- Ferner engagierte sich die BRD im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Malteserhilfsdienstes in Südvietnam mit 25 Mill. DM (siehe Abschnitt 4 !),
- vor einigen Jahren errichtete die BRD in Saigon ein aufwendiges Goethe-Institut (8).
- Am 15.12.1972 verweigerte die Bundesregierung zwei Angehörigen der nordvietnamesischen Verhandlungsdelegation in Paris, die lediglich für humanitäre Hilfe in Vietnam werben wollten (9), die Einreise (10), weil das Auswärtige Amt "einseitige Agitation" befürchtete. Dies war nicht der einzige Fall von Einreiseverweigerungen an Nordvietnamesen. Dagegen wurde Thieu ohne weiteres empfangen.
- Zum Aufbau Vietnams sollen kurzfristig 130 Mill. DM bereitgestellt werden, die, so Eppler, "natürlich nicht nur humanitäre Hilfe sind" (11). Langfristig stehen 300-400 Mill. DM bereit. Ein Hinderungsgrund für die sofortige Auszahlung angeblicher Anteile dieser Hilfe an Kambodscha und Nordvietnam sei die "verworrene und undurchsichtige Lage" in diesen Ländern (12),
- dagegen hindert die Bundesregierung nichts daran, nach Südvietnam auszuzahlen. Bereits 11 Mill. DM humanitärer Hilfe an Südvietnam sind, wie das Internationale Rote Kreuz bestätigte (13), in die Taschen der Militärjunta Thieus geflossen. 33 Mill. DM wurden seit Januar in der Öffentlichkeit für Vietnam gesammelt.

- Ca. 13,25 Mrd. DM bezahlte der deutsche Steuerzahler allein in den letzten drei Jahren an Wechselkursverlusten, verursacht durch Kursstützungskäufe (14) des kriegskranken Dollars (15) durch die Bundesbank. Davon stammen 6,65 Mrd. DM aus Verlusten von den beiden DM-Aufwertungen von 1969 und 1971. Durch die 10 %ige Abwertung des US-Dollars im Februar d.J. entstanden der Bundesbank 7,2 Mrd. DM Wechselkursverluste, durch die 3 %-Aufwertung der DM im März d.J. nochmals 2,5-3 Mrd. DM, also insgesamt dieses Jahr allein 10,2 Mrd. DM indirekt durch den Vietnamkrieg der USA. Berücksichtigt man die Einnahmen, die der Bundesbank aus Zinsgewinnen von stillgelegten Geldern zufließen, ergibt sich ein Bilanzverlust von ca. 6,6 Mrd. DM (16) in diesem Jahr. Sicherlich muß bei der Frage der Kursstützungskäufe und damit verbundenen Wechselkursverlusten die Tatsache als ein nicht unwesentlicher Teilaspekt angesehen werden, daß wenige Großkonzerne zur Auslösung einer Währungskrise wesentlich beitra-


Gemeinsames Floating. Zeichnung: Haitzinger

gen, dabei riesige Spekulationsgewinne einstreichen, indem sie kurzfristig ihre riesigen liquiden Dollarvorräte in Umlauf bringen, so daß ein Überangebot an Dollars vorhanden ist. Aber der wesentlichste Faktor ist doch die inflationistische Wirkung des Dauerrüstungsbooms (16) durch den Vietnamkrieg und seine Folgeerscheinungen, und die ständige negative Außenhandelsbilanz der USA (hervorgerufen durch die Tatsache, daß hohe Produktionskapazitäten im Sektor Rüstung gesellschaftlich unproduktiv vergeudet werden).

- Ca. 2 Mrd. DM bezahlt die BRD an die USA jährlich für die Stationierung ihrer Besatzungstruppen in Westdeutschland und Westberlin als Devisenausgleichszahlungen. Eine Erhöhung auf ca. 3 Mrd. DM pro Jahr steht bevor (17). Nur ein Bruchteil dieser Summen wird für die unmittelbaren Kosten der Stationierung in der BRD verwandt, für Verwaltung, deutsche Angestellte, Mieten der Offiziersvillen. Nachschub und Verpflegung für die Truppen stammen aus den USA. Der Großteil der Devisenausgleichszahlungen wird für Rüstungsaufträge der USA verwandt (18).

- Zahlreiche am Vietnamproblem engagierte Gruppen und Einzelpersonen sammelten Sachspenden, wie Medikamente, Kleidung usw. für Nordvietnam und baten die Bundesregierung um die Finanzierung der Transportkosten für die Sachspenden nach Vietnam. Die Bundesregierung sah sich außerstande, den Transport zu finanzieren (19), dieselbe Regierung, die innerhalb von drei Jahren für <u>völlig nutzlose</u> Atomforschungsprojekte 6,4 Mrd. DM übrig hat. Schließlich war die polnische Regierung bereit, ein Schiff für den Transport zu chartern.

- Daß die westdeutschen Privatinvestitionen in Südvietnam nur eine Höhe von 200 000 DM erreichen (20), ist leicht zu erklären, denn das investierte Kapital stünde ständig in Gefahr, durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen zu werden oder gar verloren zu gehen. Kein Unternehmer investiert gerne dort, wo die Unversehrtheit seines Anlagevermögens nicht sicher garantiert ist.

Die Summe dieser Tatsachen offenbart die einseitige BRD-Politik zugunsten Südvietnams zur Genüge.

3. Zum Verhalten der Bundesregierung in der Vietnamfrage gegenüber der Öffentlichkeit

Die Tatsache, daß die Grausamkeit des Vietnamkriegs nicht mehr "kommunistische Greuelpropaganda" ist und das Problem des Vietnamkrieges eine breite Öffentlichkeit von Kriegsgegnern mobilisiert hat, bereitet der Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten, ihre Vietnampolitik vor der Öffentlichkeit zu vertreten, wie die folgenden Begebenheiten deutlich zeigen:

- Obwohl zahlreiche Personen, Schriftsteller, Theologen und eine breite linke Öffentlichkeit Brandt lautstark aufforderten, zum Bombenterror um die Jahreswende eine Stellungnahme abzugeben, schwieg Brandt.
- Bahr gab dem starken Druck Anfang Januar etwas nach und gebrauchte die Formulierung, daß man "unter Freunden offen, aber nicht öffentlich spreche" (21).
- Nachdem die Proteste aus der Öffentlichkeit immer noch nicht nachließen, stellte Schmidt die allgemeine und laue Forderung nach Beendigung

des Krieges (22), was bei der Nixon-Regierung prompt heftige Proteste und Mißfallenskundgebungen gegenüber Bonn auslöste. (23)

- Wenig später sprach Schmidt, verunsichert durch die Proteste der amerikanischen Regierung, von einer antiamerikanischen Welle, die die BRD überflute, und distanzierte sich ausdrücklich davon (24).
- Eppler sagte am 31.1.73 (25), daß einer diplomatischen Anerkennung Nordvietnams nichts im Wege stünde, doch auch dies wurde drei Tage später wieder mit der Bemerkung, daß noch "gewisse Schwierigkeiten" aus dem Wege zu räumen seien, eingeschränkt. Bis heute ist Nordvietnam nicht anerkannt.
- Die starken Proteste gegen Thieu während seines Besuches in Bonn zwangen Brandt schließlich zu erklären, daß Thieu als ungebetener Gast in der BRD verweile (26).

Man sieht deutlich die Unsicherheit der Regierung, die Unfähigkeit, vor dieser Öffentlichkeit glaubwürdig zu erscheinen.

4. Der Malteser-Hilfsdienst und der CIA (27): Schwinn-Diehl-Schwindel in Millionen-Auflage

Monika Schwinn und Bernhard Diehl, zwei der fünf Angehörigen des Malteser-Hilfsdienstes, die am 27.4.1969 in Gefangenschaft der Südvietnamesischen Befreiungsarmee gerieten, sind wieder frei. Sie sind im Fernsehen aufgetreten, im Wormser Dom fand ein Dankgottesdienst statt, Bundespräsident Heinemann verlieh ihnen das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Bernhard Diehl sah sich zudem veranlaßt, aus "Prinzip" dem örtlichen US-General in Worms seinen "persönlichen Dank" abzustatten. Der Spiegel brachte die Schwinn-Story groß aufgemacht in einer zweiteiligen Folge als "erster authentischer Bericht einer Vietcong-Gefangenen" (28), "wohlgemerkt Spiegel-Exklusiv!" Die Bunte Illustrierte und die Illustrierte Quick servierten die Story dem Leser als sentimental aufgeputschte Titelgeschichte. Auch die Regenbogenpresse wie das "Grüne Blatt" oder die "Neue Post" versäumten nicht, aus diesen "authentischen Berichten" ein Geschäft zu machen.
Daß in diesen Berichten Monika Schwinn und Bernhard Diehl die Seriösität ihrer Berichterstattung zugunsten ihrer antikommunistischen Einstellung erheblich vernachlässigten, wird durch folgende Tatbestände erhärtet: Ein Souvenierfoto im STERN zeigt Monika Schwinn bei einem "Ausflug" zu einem US-Stützpunkt neben einer 105 mm-Kanone, die gewöhnlich bei sogenannten Befriedungskommandos, im Klartext Liquidations- oder Flüchtlingsproduktionskommandos, ihren Einsatz findet, bekannt durch ihre hohe "Killrate". In der Tat eine schöne Erinnerung für die Schwinn! Weiter wurde durch die Vietnam-Kenner Prof. Dr. Erich Wulff (29) und Frank Werkmeister (30) folgendes bekannt, was sie in einem offenen Brief an die Bundesregierung aussprachen (31):

- in den Aufenthaltsräumen der Malteser waren häufig bewaffnete US-Soldaten zu Gast,
- die fünf Malteser haben sich am Tage ihrer Gefangennahme, mit US-Uniformen bekleidet, in Kampfgebieten aufgehalten,
- die Malteser waren bei ihren Arbeiten in Südvietnam auf Transportleistungen der US-Armee angewiesen,
- die mit 25 Mill. DM aus Bundesmitteln finanzierte Malteser-Superklinik bei Da-Nang ist eine perfekte Demonstration deutscher Kliniktechnik und eine gelungene Werbung für medizinische Geräte aus dem Westen. Die Bundesregierung wurde zum Aufbau solcher propagandistischer Projekte durch die USA genötigt.
- Angehörige des Malteser-Hilfsdienstes reisten an ihren freien Tagen in amerikanischen Militärflugzeugen und Maschinen der CIA-Luftlinie "Air-Amerika" durch das Land, wo gelegentlich gleichzeitig von den Militärmaschinen Kampfaufträge ausgeführt wurden.
- Schwinn und Diehl waren Angehörige einer der Hilfsprogramme, die die Bundesregierung auf US-Druck finanzierte und die in Saigon allesamt als Beitrag zum antikommunistischen



Kampf der "freien Welt" gewertet werden. Der Malteser-Hilfsdienst mußte seinen Namen dafür hergeben. Die Helfer wurden auf dem freien Arbeitsmarkt gesucht und mit hohen Gehältern bezahlt, die es zu einem lukrativen Job machten, in Vietnam Malteser zu sein.

Natürlich haben sich die "streng katholischen" Helfer Diehl und Schwinn über das hohe Honorar, was sie für ihre Exklusivberichte erhielten, gefreut.

Das Bundesverdienstkreuz ist auch nach allem oben angeführten als Kriegsauszeichnung zu verstehen. Daß der Vietcong Schwinn und Diehl als Kriegsgefangene behandelt hat, nachdem er sie in Kampfanzügen aufgabelte, ist verständlich. Doch dies verschwiegen die beiden in ihren Berichten tunlichst.

Wie die Öffentlichkeit in dieser Frage an der Nase herumgeführt wird, zeigt die Tatsache, daß die Sozialarbeiter Peter Schrader-Rottmer und Renate Kuhnen, die aus ihrer Sympathie für den Vietcong nach ihren dortigen Erlebnissen keinen Hehl machen, bei ihrer Rückkehr mit viel weniger Getöße, ohne "großen Bahnhof" und ohne Verdienstkreuz empfangen wurden. Auch die Presse schwieg dazu.

Durch den Vietnamaufenthalt der beiden obengenannten Sozialarbeiter kam folgendes ans Tageslicht:

- Sie fanden bei der Übernahme ihrer Arbeit eine von Westdeutschen betriebene Lehrwerkstatt vor, in der Jugendliche als Kanonenfutter für



Dieses Foto vom Besuch in einem US-Stützpunkt schickte Monika Schwinn als Souvenir nach Hause

  die amerikanischen und saigoner Streitkräfte ausgebildet wurden,
- in dieser Lehrwerkstatt wurden Militärfahrzeuge der ebengenannten Armeen repariert,
- 40 % der sogenannten "humanitären Hilfe" der BRD an Südvietnam wird durch Expertengehälter aufgefressen,
- diese "Humanitätsspezialisten", die auf dem freien Markt gesucht wurden, verdienen steuerfrei monatlich 4000-6000 DM aus Geldern der humanitären Hilfe.

hf

Anmerkungen:

1) Beispielsweise bedarf die Erörterung der Frage, warum die bürgerliche Presse so einheitlich zurückhaltend - quasi wie auf Kommando - über den Besuch Thieus in der BRD berichtet hat, einer tiefgreifenden Analyse des westdeutschen Pressewesens. Eine Reihe anderer Informationen werfen ähnlich schwierige Fragen auf.

2) Südd. Zeitung v. 9.4.73

3) ARD-Tagesschau v. 10.4.73

4) Spiegel v. 16.4.73

5) FAZ v. 16.3.73

6) ebenda

7) ebenda

8) Georg W. Alsheimer, Vietnamesische Lehrjahre, Frankfurt 1972, S. 335

9) Frankf. Rundschau v. 17.12.72

10) Frankf. Rundschau v. 16.12.72

11) Bad. Zeitung v. 31.1.73

12) FAZ v. 16.3.73

13) Südd. Zeitung v. 25.2.73

14) FAZ v. 24.1.73

15) Alle Zahlen dieses Abschnittes über US-Dollar Stützungskäufe stammen aus der Bad. Zeitung v. 11.4.73

16) vgl. hierzu: Michael Kidron, Rüstung und wirtschaftliches Wachstum, Ein Essay über den westlichen Kapitalismus nach 1945, edition suhrkamp 464, S. 57-80 und S. 189 ff

17) Spiegel v. 27.3.73

18) J.B. Runge, G. Janzen, Völkermord als Politik, Berlin 1972, S. 85 ff

19) Frankf. Rundschau v. 16./17.12.73

20) Handbuch der Entwicklungshilfe II A011 BR, S. 11

21) Frankf. Rundschau v. 5.1.73

22) Frankf. Rundschau v. 13.1.73

23) Frankf. Rundschau v. 17.3.73

24) Spiegel v. 20.2.73

25) Bad. Zeitung v. 31.1.73

26) Frankf. Rundschau v. 12.4.73; Die Welt v. 12.4.73

27) Quellen dieses Beitrags: Konkret-Artikel von Prof. Erich Wulff vom 5.4.1973; offener Brief von Erich Wulff und Frank Werkmeister an die Bundesregierung (liegt der Redaktion vor).

28) Spiegel v. 27.3.73 und 2.4.73

29) Prof. Dr. Erich Wulff von der Universität Gießen, Mitglied der internationalen Kommission zur Untersuchung amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina; arbeitete sechs Jahre als Arzt in Südvietnam, besuchte zweimal die demokratische Republik Vietnam.

30) Frank Werkmeister, Sekretär der internationalen Kommission zur Untersuchung amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina, ist Mitglied des Exekutivausschusses der Initiative internationaler Vietnam-Solidarität.

31) Frankf. Rundschau v. 16.3.73

Hilfsaktionen für Vietnam

Am 24.1.73 wurde das Waffenstillstandsabkommen für Vietnam unterzeichnet. Im Artikel 4 verpflichten sich die USA, ihr militärisches Engagement nicht fortzusetzen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzumischen. Bedeutet der Abschluß des Vertrages auch einen Sieg der Vietnamesen unter Führung der FNL, so muß man doch gegenüber allzu voreiligen Friedenserwartungen mißtrauisch sein; und das nicht nur, weil der Krieg in Kambodscha unvermindert weitergeht. Entgegen den Bestimmungen des Artikels 5, nach dem alle ausländischen Militärpersonen aus Südvietnam abgezogen werden müssen, haben die USA 10 000 ehemalige Militärs rasch in "zivile Ingenieure" umbenannt, die dem Saigoner Regime zur Verfügung stehen (Badische Zeitung, 27.1.73, Vietnam-Info 42). Auch durch Wirtschaftshilfe wird Nixon versuchen, Thieu im Sattel zu halten. Bereits in den letzten zehn Jahren hat Saigon 5 Milliarden US-Dollar an direkter Wirtschaftshilfe erhalten (Herder-Korrespondenz 3/73). Ein Team südvietnamesischer Technokraten, in den USA ausgebildet, hat einen Vierjahresplan ausgearbeitet, der Südvietnam den Weg in eine kapitalistische Zukunft ebnen soll, welche die ausländische Privatwirtschaft zu Investitionen anlockt (NZZ 14.3.).

Während die internationalen Konzerne auf eine "Stabilisierung" der politischen Verhältnisse in Südvietnam zu ihren Gunsten hoffen, leidet das vietnamesische Volk unter dem unvorstellbaren Elend, welches die amerikanische Aggression verursacht hat. Wieviele Millionen Todesopfer dieser Krieg gefordert hat, ist noch nicht bekannt, man schätzt, daß 90 % davon Zivilpersonen sind. Weitere Millionen Menschen sind verwundet, verkrüppelt und durch Napalmverbrennungen entstellt.

Die 14 Millionen US-amerikanischer Bomben, die von 1965 bis 1972 abgeworfen wurden, haben das Land gänzlich zerstört. Entlaubungsmittel und Pflanzenhormone haben der Bevölkerung, die zu 90 % bäuerlich ist, ihre Existenzgrundlage geraubt. Jahrzehntelang werden die Bauern gegen die Folgen der chemischen und biologischen Kriegsführung kämpfen müssen.

28 Millionen Bombenkrater und ca. 4,5 Millionen Blindgänger gefährden Bauern, Waldarbeiter und Aufräumkolonnen bei ihrer Arbeit.

Das vietnamesische Volk wird für lange Zeit auf unsere solidarische Hilfe angewiesen sein. Jeder, der bereit ist, einen Teil seines Einkommens für die Vietnam-Hilfe zu geben, hat das Recht zu wissen, ob seine Spende wirklich jenen zugut kommt, die sie benötigen und nicht etwa in korrupte Hände gelangt. Häufig wird auch gefordert, daß die Hilfsgelder alle Vietnamesen erreichen, gleichwohl, ob sie in Nordvietnam wohnen, in den befreiten Gebieten Südvietnams oder jenen, die vom Saigoner Regime kontrolliert werden. Das Thieu-Regime baut aber weiterhin auf US-amerikanische Unterstützung und unterdrückt im Innern jede Opposition. Die wegen Bombenterror und Entlaubungsaktionen in die Städte gekommenen Flüchtlinge hält Thieu in Elendsquartieren fest und verbietet, daß sie in ihre Heimat zurückkehren.

Die WAZ vom 31.1.73 schreibt zur Situation in den vom Saigoner Regime kontrollierten Gebieten:

> "Über die unter Regierungskontrolle stehenden Zonen ist nach dem Waffenstillstand der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Polizei und die Armee haben das Recht, alle Agitatoren und Personen, die die Bevölkerung 'aufhetzen', auf der Stelle zu erschießen... Mitglieder der Armee, Polizei und Verwaltung, die desertieren oder andere zur Desertation auffordern, werden erschossen. Neutralisten und pro-kommunistische Politiker, die ihre politischen Ansichten in der Öffentlichkeit verbreiten, kommen vor ein Militärgericht."

Da in Saigon alle Institutionen bis zum Roten Kreuz von Anhängern Thieus besetzt sind und die Hierarchie der katholischen Kirche – von einigen oppositionellen Gruppen abgesehen – die Regierung unterstützt, ist es fraglich, ob die geplanten Projekte des Caritasverbandes und des Diakonischen Werks in Südvietnam (Flüchtlings- und Waisenhilfe) den beabsichtigten Erfolg haben können. Werden die kirchlichen Hilfswerke verhindern können, daß ihre Flüchtlingssiedlungen eine Variante der sogenannten strategischen Dörfer werden?

Die Vietnamhilfe "Alles für den Sieg" verbindet ihren Spendenaufruf dagegen mit politischen Forderungen:

- "Keinen Pfennig für das Thieu-Regime!
- Unterstützung der Provisorischen Revolutionären Regierung und der Demokratischen Republik Vietnam als der

Kräfte, die im Dienste des Volkes stehen.

- Spenden für den Wiederaufbau und für die Entwicklung der demokratischen Rechte in den befreiten Gebieten Südvietnams. Denn wenn die befreiten Gebiete erstarken und blühen, wird dies ein Ansporn für diejenigen sein, die unter Thieus Knute leiden, sie werden ihren Widerstand verstärken, und Thieus Regime schließlich stürzen.
- Alles für den Sieg des vietnamesischen Volkes!
- Entsendung von Freiwilligen aus den Reihen der Vietnamausschüsse, die unter Anleitung vietnamesischer Fachleute beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mithelfen werden."

Diese Hilfsaktion geht auf eine Initiative der Vietnam-Ausschüsse und der "Liga gegen den Imperialismus" zurück. Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams (PRR) hat sie um die Finanzierung von technischen Ausrüstungen für 7 Regionalkrankenhäuser und 42 Provinzkrankenhäuser gebeten.

Es werden benötigt:

- Medizinische Geräte (hochentwickelte)
- Offset-Druckmaschinen
- Wasserpumpen
- Kurzwellensender
- Walkie-Talkies
- Tonbandgeräte
- Kassettenrecorder

Unabhängig davon können Gruppen für einzelne Projekte arbeiten:

- Ärzte können einfachere medizinische Geräte spenden.
- Sprachstudenten können ein Sprachlabor einrichten.
- Techniker sollen eine Lehrwerkstatt für die polytechnische Erziehung ausrüsten.
- Physiker und Techniker sollen Chemie-Laboratorien zu Unterrichtszwecken ausrüsten.

Nähere Informationen hierzu durch Lucie Fischer, 7815 Burg, Haus 58.

Die Hilfsaktion Vietnam e.V. (getragen von Einzelpersonen und Gruppierungen aus Kirchen, Gewerkschaften, Parteien) leistet dem vietnamesischen Volk bereits seit sieben Jahren Hilfe. Auch sie lehnt es ab, in irgendeiner Weise in den Gebieten tätig zu werden, die von Saigon beherrscht werden. Als am 5. Februar das Bundesinnenministerium verschiedene Organisationen zu einer Besprechung über die "Möglichkeiten deutscher humanitärer Hilfe in den verschiedenen Bereichen Indochinas" eingeladen hatte, war die Hilfsaktion Vietnam e.V. nicht informiert worden. Laut Bundesinnenministerium war sie "nicht bekannt". (Daß die gleiche Regierung, deren "Friedenskanzler" an Weihnachten nichts zu den Bombardierungen Nordvietnams zu sagen wußte, sich jetzt plötzlich in humanitärer Hilfe ein Alibi sucht, sei hier nur erwähnt.)

Als vorläufige Projekte gibt die Hilfsaktion an:

Für Gebiete der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams

- Kauf von Medikamenten (Antimalariamittel, Antibiotica und Vitaminkomplexpräparate) und Blutersatzmitteln, sowie Kindernahrung
- Eine fahrbare Klinik ("Klinomobil") soll nach Vietnam transportiert werden.

Nordvietnam benötigt außer Medikamenten

- Baumaterialien, besonders Wellbleche in großen Mengen, um schnell stabile Häuser bauen zu können
- Stoffe und Nähmaschinen.

Die langfristige Planung sieht vor:

- Ein Kinderkrankenhaus in Haiphong, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband und dem Diakonischen Werk
- Wiederaufbau des Bach-Mai-Krankenhauses in Hanoi
- Beschaffung von Schaufelbaggern, um die beschädigten Dämme und Deiche aufzufüllen und zu festigen.

Nähere Informationen bei Hilfsaktion Vietnam e.V., 4 Düsseldorf, Bilkerstr. 35.

Unsere Antwort auf die hektischen Hilfsaktionen, an die sich sogar schon die konservativen Regierungen Englands und Japans angeschlossen haben, und die verhindern sollen, daß die kritische Öffentlichkeit weiterhin die westliche Vietnampolitik im Auge behält, kann nur die verstärkte Hilfe an FNL, PRR und Nordvietnam sein sowie die politische Unterstützung des endgültigen Sieges des vietnamesischen Volkes.

bast

<u>Die Konten:</u>

Hilfsaktion Vietnam e.V., Düsseldorf,

Bank für Gemeinwirtschaft, Konto 1016 25 03

Postscheckkonto Essen 900 40-430

Vietnam-Hilfe Alles für den Sieg

Postscheckkonto 2253 50-504, H. Breuer

Postscheckamt Köln, Kennwort "Vietnam-Hilfe"

aus: "Informationsdienst"
des Bundes der Deutschen Kath.
Jugend, 22. Jahrgang, Nr. 5

Düsseldorf, den 15. März 1973

Politische Gefangene in Südvietnam

Interview als Ausgangspunkt einer Pressekampagne der Jungen Christlichen Arbeitnehmer CAJ

Die Situation der politischen Gefangenen in Südvietnam, unter denen sich auch fünf führende Mitglieder der CAJ Südvietnams befinden, war in den letzten Wochen in der Presse ausführlich dargestellt worden. Das folgende Interview mit dem Nationalkaplan der südvietnamesischen CAJ, Ba Cam, und einem Studentenseelsorger wurde am 26. Januar im ZDF um 19.10 Uhr in der Sendung „Ortszeit" ausgestrahlt. Inzwischen wurden der Nationalkaplan und der Studentenseelsorger und zwei CAJ-Diözesankapläne zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie ein Flugblatt mit dem Titel „Gerechtigkeit und Frieden" veröffentlichten. Dieses Interview zeigt deutlich, wie sehr die politischen Gefangenen in Südvietnam Hilfe brauchen.

Es sollten alle demokratischen Möglichkeiten genutzt werden, um auf Verantwortliche in Staat und Kirche und auf den Botschafter von Südvietnam einzuwirken, mit dafür zu sorgen, daß wirklich Friede in Vietnam herrscht.

Frage: Warum kümmert sich der Staat so sehr um die Kirche?

Antwort: Dazu muß zuerst gesagt werden, das ist hier allgemein so. Der Senat verbietet hier alle Vereinigungen, besonders die oppositionellen, wie die Christliche Arbeiterjugend d. h. die CAJ oder die Studentenvereinigungen. Man überwacht alle, die versuchen, etwas zu tun.

Frage: Sind Studenten aus politischen Gründen eingesperrt worden?

Antwort: Ja, es sind jetzt viele Studenten im Gefängnis, nämlich alle, die in Opposition zu dieser Regierung stehen, alle, die den Frieden wollen. Es sind die politisch Interessierten, die man eingesperrt hat.

Frage: Wie haben diese Leute ihren Wunsch nach Frieden ausgedrückt? Was haben sie getan?

Antwort: Sie haben sich Vereinigungen angeschlossen, die für den Frieden eintreten und für die Unabhängigkeit der Universität. Deshalb wurden sie von der Regierung aus politischen Gründen verhaftet. Erst vor einem Monat wurden etwa 60 Studenten in das Gefängnis von Saigon gebracht. Am 26. Dez. hat man 20 dieser Studenten deportiert, nachdem sie vor Gericht freigesprochen waren. Andere Studenten wurden überhaupt nicht vor Gericht gestellt, sondern einfach auf die Insel Pou Lo Condo deportiert. Das ist eine Gefangeneninsel 100 km südlich von Vietnam, wo das Leben sehr hart ist. Man hat sie aus politischen Gründen dorthin deportiert.

Frage: Unterstützt die Katholische Kirche dieses Regime?

Antwort: Praktisch und in den Augen der Leute steht die Hierarchie der Kirche, d. h. die Bischöfe und die katholischen Priester hinter diesem Regime. Sie geben das nach außen hin klar zu erkennen. Die Bischöfe zeigen sich Seite an Seite mit dem Führer dieser Regierung, mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und mit der Miliz.

Frage: Zum Thema Folterungen, weiß die Kirche davon?

Antwort: Ja, wir haben Beweise für Folterungen und wir haben dem Bischof diese Beweise gebracht, aber er tat nichts. Auch nichts für die eingesperrten Führer der Christlichen Arbeiterjugend. Auch sie sind gefoltert worden und sie werden zu Unrecht gefangen gehalten. Sie sind freigesprochen worden und werden trotzdem noch immer festgehalten, und jetzt hat man sie sogar auf die Sträflingsinsel Pou Lo Condo deportiert. All das haben wir dem Bischof berichtet, aber der Bischof wagt es nicht, dagegen anzugehen. Er hat Angst, die Regierung bloßzustellen. Mir scheint, die Kirche wagt es nicht, etwas zu sagen, aus Angst, sie könnte ihre Privilegien verlieren. Ich weiß nicht, wie man das machen soll, daß die Kirche zum Volk zurückfindet. Sie muß wohl zuerst zur Armut zurückkehren. Zur Zeit ist das Volk arm, die Kirche ist reich, dank der Hilfe, die sie von außen erhält. Die Kirche ist sehr sehr reich.

Frage: Gibt es eine Zusammenarbeit jetzt schon zwischen den Katholiken und den Kommunisten in Südvietnam?

Antwort: Ja, in diesem Vietnam muß man zwei Dinge unterscheiden. In den Landesteilen, die von dem Saigoner Regime kontrolliert ist eine solche Zusammenarbeit nicht möglich. Aber bei dem Vietkong gibt es auch Katholiken, jeder kennt sie und weiß, daß sie katholisch sind. Zurück zu den progressiven Katholiken, die unter dem Saigoner Regime leben, wie z. B. ich und die jungen Leute, die ich kenne, wir glauben, daß eine Zusammenarbeit möglich ist mit allen Vietnamesen, die den Willen haben, das Land gemeinsam wieder aufzubauen. Kommunisten wie Nichtkommunisten, Katholiken wie Nicht-Katholiken.

Frage: Welches sind die ganz aktuellen Probleme der Katholischen Kirche in Südvietnam?

Antwort: Die Katholische Kirche muß sich wieder dem Volke zuwenden und den Problemen des Volkes. Das ist im Moment die Unterdrückung jener, die anderer Meinung sind als die Regierung. Ich meine, man muß das Problem der politischen Gefangenen lösen. Z. Z. gibt es etwa 200 000 politische Gefangene in Südvietnam. Es geht jetzt darum, diese Gefangenen zu befreien. 2. muß alle Unterdrückung gestoppt werden. Eine Atmosphäre der Freiheit und des gegenseitigen Verstehens muß sich entwickeln. Wir brauchen Redefreiheit auch für die Opposition. In dieser Hinsicht knüpft das Volk besondere Hoffnung gerade an die Katholische Kirche.

Frage: Was können die ausländischen Kirchen tun, um der Kirche Südvietnams zu helfen

Antwort: Die Kirche und die Christen des Auslands können für Vietnam viel tun. Bis jetzt haben die ausländischen Kirchen, besonders die deutsche, der Kirche in Südvietnam sehr geholfen, aber mit Geld. Sie haben ihr damit geholfen, sich vom Volk zu entfernen. Worum wir jetzt alle Kirchen in der Welt bitten, ist dies: Helft der Kirche Südvietnams, wieder eine Kirche des Volkes zu werden, zur Armut zurückzukehren, um die Probleme gemeinsam lösen zu können. Das wäre eine große Hilfe aller Kirchen für Vietnam.

BRD-Iran

Minensuchboote, Abwehrraketen und eine Munitionsfabrik

Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Iran / Bedeutung für die Sicherung der Energieversorgung

Von Hans Kepper

FR 8.3.73

Die Bundesrepublik liefert entsprechend den von der sozial-liberalen Koalition 1971 beschlossenen „Politischen Grundsätzen" Kriegswaffen grundsätzlich nicht mehr in Länder außerhalb der NATO. Die Entscheidungen, die in jedem Einzelfall gefaßt werden müssen, orientieren sich am Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik „unter Berücksichtigung der außenpolitischen Bedürfnisse". Die Entscheidung läuft in jedem Fall auf die Frage hinaus, ob den politischen Interessen der Bundesrepublik durch eine Genehmigung oder eine Verweigerung der größere politischen Schaden zugefügt wird.

Von dem Grundsatz, Kriegswaffen nur an NATO-Länder zu liefern, gibt es Ausnahmen; so Iran und Brasilien. An Iran lieferte die Bundesrepublik in jüngster Zeit Sturmgewehre, Maschinengewehre, eine Munitionsfabrik, Panzerabwehrraketen und Anlagen zu deren Herstellung sowie einige Minensuchboote in den Jahren 1970 bis 1972. Einen Wunsch der persischen Regierung, auch Leopard-Panzer zu liefern, lehnte die Bundesregierung ab. Darauf stieg Großbritannien in dieses Geschäft ein.

Die westdeutschen Waffenexporte an Iran stehen in keinem Verhältnis zu den amerikanischen Zusagen. Nach dem größten kommerziellen Waffenexportvertrag, den die USA je geschlossen haben, sollen unter anderem Kampfhubschrauber, Überschallabfangjäger vom Typ F-5 E, Jagdbomber vom Typ F-4, Transportflugzeuge des Typs C-130 sowie lasergesteuerte Bomben geliefert werden. Die hochentwickelten Waffen haben nach amerikanischen Angaben einen Wert von zwei Milliarden Dollar.

Für alle westdeutschen Waffenexporte gelten die Bestimmungen des „Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen" vom 20. April 1961 und das Außenwirtschaftsgesetz vom 1. September 1961. Das Kriegswaffenkontrollgesetz ist ein Ausführungsgesetz zu Artikel 26 des Grundgesetzes. Nach Paragraph 7 des Außenwirtschaftsgesetzes können Geschäfte im Außenwirtschaftsverkehr beschränkt werden, um die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten und um „eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten".

Die Bundesregierung handhabt seit einigen Jahren beide Gesetze immer restriktiver. Dazu dienen vor allem die „Politischen Grundsätze" von 1971, die für die Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern das Prinzip postulieren, daß diese immer im Einklang mit den politischen Interessen der Bundesrepublik stehen müssen. Schon seit einiger Zeit gehen westdeutsche Kriegswaffen nicht mehr in sogenannte Spannungsgebiete. Auch an NATO-Länder liefert die Bundesrepublik heute nur noch, wenn eine „schottendichte Endverbleibsklausel" vorhanden ist, wenn also gesichert ist, daß die Waffen den NATO-Bereich nicht verlassen. An das NATO-Land Portugal liefert die Bundesrepublik heute keine Waffen mehr.

Für Exporte von Waffen und Rüstungsgütern ist ein umfangreiches Genehmigungsverfahren geschaffen worden. Daran sind zunächst das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundesverteidigungsministerium und das Auswärtige Amt beteiligt. Wird auf dieser Ebene keine Einigung erzielt, oder verlangt es die Bedeutung des Falles, geht die Entscheidung an den Bundessicherheitsrat, dem auch das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium angehören. Der Bundessicherheitsrat tagt in der Regel auf Staatssekretärebene, in schwierigen Fällen sind aber auch die Minister und der Bundeskanzler beteiligt. Die Entscheidung über die Lieferung von Minensuchbooten an Iran fiel im Bundessicherheitsrat.

Die Bundesregierung ist sich der Problematik jeglicher Waffenlieferungen voll bewußt. „Aber die Bundesregierung kann sich die Länder und deren Regierungen nicht malen", heißt es. Insbesondere am Beispiel Iran wird darauf verwiesen, daß diesem Land überragende Bedeutung für die Sicherung der Energieversorgung in der Bundesrepublik zukommt. Die Bundesrepublik ist heute mit 85 Prozent der Ölimporte von Libyen, Algerien und Nigeria abhängig. Über die größten Erdölreserven aber verfügen Iran und Saudi-Arabien. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist Iran außerdem an einer paritätischen Bewirtschaftung des Öls von der Quelle bis zur Tankstelle und zur Petrochemie interessiert.

Die Entwicklung im Persischen Golf spielt in Konsultationen westlicher Länder eine zunehmend größere Rolle. Einseitige Abhängigkeiten könnten lebensgefährlich werden, wenn man bedenke, daß sich der Erdölbedarf der Bundesrepublik bis 1980 nahezu verdoppeln werde. Moralische Kategorien sind sehr respektabel, sagt man in Regierungskreisen, doch müsse man dann auch ehrlich genug sein zu sagen, wohin das für die Existenz eines Staates wie die Bundesrepublik führen kann. Die Sicherung der Energieversorgung sei schon heute eine Kernfrage der Weltpolitik. „Wir kommen nicht an Iran vorbei, welches Regime er auch immer hat", betonte ein hoher Bonner Regierungsbeamter.





Iranische Luftwaffe, Armee

Buchbericht
Portugal und die NATO

Bosgra/van Krimpen

Die Beteiligung einiger großer bundesdeutscher Industrie-Unternehmen am Bau des Cabora Bassa-Staudamms in Moçambique hat seit zwei, drei Jahren in der deutschen Öffentlichkeit das Interesse an der portugiesischen Kolonialherrschaft in Afrika wachgerufen. Die Diskussion der dortigen Herrschaftsverhältnisse begnügte sich allerdings meist mit der Feststellung, daß die portugiesische Kolonialherrschaft eben noch ein Relikt aus einer vergangenen Epoche darstelle, das aber schon aus Portugals wohlverstandenem eigenen Interesse heraus sicherlich über kurz oder lang zu Ende gehe, und daß deshalb der umstrittene Staudamm langfristig dem Nutzen der afrikanischen Bevölkerung zugute komme. Die wahren Ziele Portugals und der massive militärische Einsatz zur Aufrechterhaltung seiner Kolonialherrschaft wurden jedoch kaum erörtert, schon gar nicht die Frage, welche Rolle die Verbindung Portugals mit der NATO für die Durchführung der Kolonialkriege spielte.

Dieser Frage geht eine eingehende Untersuchung nach, die 1969 vom holländischen Angola-Comité veröffentlicht wurde. Nach 1969 hat das Angola-Comité seine Untersuchungen besonders darüber fortgesetzt, in welcher Weise die anderen NATO-Länder mit in diesen Kolonialkrieg durch Waffenlieferungen und militärische Unterstützung verflochten sind. Diese Untersuchung wurde Nov. 1971 bereits in dritter Auflage in Holland veröffentlicht und ist nun auch in deutscher Übersetzung erschienen. (Die deutsche Ausgabe ist zum Preis von 4 DM beim Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591 (Postscheckkonto Frankfurt 61041-604) erhältlich sowie beim Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, Lorettostr. 20a.)

Besondere Bedeutung gewinnt die Untersuchung dadurch, daß die beiden Verfasser Bosgra und van Krimpen ihre Darstellung weitgehend auf Berichte in internationalen Zeitschriften sowie eine Reihe von portugiesischen Militärpublikationen stützen. Daneben wurden auch Statistiken und Bücher der NATO und anderer Länder herangezogen. Unter den zitierten Quellen finden sich neben europäischen und afrikanischen Tageszeitungen viele spezielle Fachzeitschriften, z.B. Military Review, Revue militaire générale, Defesa Nacional, Flying Review International, Interavia ABC, Aviation Letter, Mais Alto, La Revue Maritime, Revista de Marinha etc. ...

Das immense und breit gestreute Quellenmaterial aus einem Zeitraum von mehr als zehn Jahren bietet die Grundlage für eine umfassende und detaillierte Analyse.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Portugal, ein kleines Land mit 9 Mio. Einwohnern und dem niedrigsten Durchschnittseinkommen in Westeuropa, einen bereits mehr als 10 Jahre dauernden Kolonialkrieg in Angola, Moçambique und Guinea Bissao führt, so wird offensichtlich, daß es diesen Krieg nicht ohne massive ausländische Unterstützung führen kann. Aus diesem Grunde erhält die Mitgliedschaft Portugals in der NATO ein besonderes Gewicht, durch die Portugal Zugang zu NATO-Waffen erhielt, bzw. von NATO-Ländern Waffen kaufen konnte. Deshalb wurden den NATO-Verbündeten bereits verschiedentlich Vorwürfe gemacht, Portugal in seinem Kolonialkrieg durch Waffenlieferungen zu unterstützen. Die NATO-Partner wiesen diese Vorwürfe zurück mit der Erklärung, die gelieferten Waffen seien nur für Verteidigungszwecke im Rahmen des NATO-Bündnisses bestimmt. Die portugiesischen Kolonien in Afrika gehören jedoch nicht zum NATO-Gebiet. Die vorliegende Untersuchung zeigt nun bis ins einzelne, in welch erheblichem Umfange NATO-Waffen unter Umgehung der Bestimmungen oder unter stillschweigender Billigung der Lieferländer in den afrikanischen Kolonien eingesetzt werden. Interessant



sind allerdings auch die Motive, die überhaupt zur Aufnahme Portugals in die NATO trotz seiner diktatorischen Regierungsform geführt haben. Ausschlaggebend waren nämlich von seiten der USA die strategische Bedeutung Portugals und vor allem seiner überseeischen Besitzungen (Azoren, Kap Verde). Von seiten Portugals dagegen wurden die Beziehungen zur NATO um so enger, je mehr die portugiesische Re-

gierung erkannte, daß sie ihre ausgedehnten Kolonialbesitzungen im Zuge der allgemeinen Entkolonialisierung zu verlieren drohte und nur mit ausländischer Hilfe halten konnte. Diese Hilfe äußert sich z.B. auch in umfangreicher finanzieller Unterstützung durch Anleihen aus der BRD und den USA, um den aufgeblasenen Militärhaushalt (59 % der Staatsausgaben, 8 % des BSP) zu finanzieren.

Nach diesen allgemeinen Feststellungen werden die drei Militärbereiche Luftwaffe, Marine und Armee im einzelnen untersucht, wobei die Luftwaffe einen besonders großen Raum einnimmt. Darin spiegelt sich die besondere Bedeutung der Luftwaffe für die Guerilla-Bekämpfung im unwegsamen Gelände wider. Das verwendete Kriegsmaterial ist meist schon älteren Datums und wurde von anderen NATO-Ländern preiswert in gebrauchtem Zustand erworben. Daneben kommen auch neue Modelle zum Einsatz: z.B. Flugzeuge vom Typ Fiat G-91, Boeing 707, franz. Hubschrauber SA-330 Puma, je vier in Frankreich gebaute Fregatten und U-Boote, sowie drei von Blohm & Voss in Hamburg gebaute Korvetten. Alle diese Lieferungen geschahen unter dem Vorwand, das Material sei für den Gebrauch zu NATO-Zwecken bestimmt; für die drei in Deutschland gebauten Kriegsschiffe war jedoch schon vorher bekannt, daß sie im Kolonialkrieg eingesetzt würden. Deshalb forderte am 4. April 1969 die angolesische Befreiungsbewegung MPLA die Werftleitung von Blohm & Voss auf, den Bau der Schiffe einzustellen, und im Herbst 1969 kam es zu einer Bombenexplosion auf der Werft, bei der ein Schiff erheblich beschädigt wurde. Außerdem wurden Arbeiter entlassen, die gegen den Bau der Schiffe protestiert hatten. So wird an diesem einen Beispiel, das für viele steht, deutlich, "daß die NATO hier lediglich als Deckmantel für illegale Waffenlieferungen an das Regime in Lissabon dient". (S. 48)

Der Abschnitt über die Beziehungen der USA zu Portugal schildert zunächst die verschiedenen Phasen der amerikanischen Unterstützung im Verhältnis zur Kritik am portugiesischen Kolonialkrieg, geht dann auf die amerikanische Militärhilfe ein, die auch die Ausbildung portugiesischer Offiziere in den USA (z.T. spezielle Anti-Guerilla-Taktik) einschließt und erwähnt schließlich noch die Verwendung amerikanischer Napalmbomben in Angola.

Von besonderem Interesse sind nicht zuletzt die Untersuchungen über das Verhältnis der BRD zu Portugal. Dieses Verhältnis ist durch beständige und sehr positive Beziehungen gekennzeichnet. Die militärische Zusammenarbeit wurde durch verschiedene Verträge geregelt, besondere Bedeutung für die BRD hatte dabei der Bau und die Verwendung des Luftwaffenstützpunktes Beja. Bemerkenswert ist auch die Lieferung von 40 deutschen Düsenkampfflugzeugen Fiat G-91 sowie von mindestens 15 Transportflugzeugen vom Typ Nord Noratlas, die in den Kolonien für den Transport von Fallschirmjägern eingesetzt werden. Trotz der ausdrücklichen Erklärung der Bundesregierung, die BRD leiste keine Militärhilfe und liefere keine Waffen in Spannungsgebiete, wurden die Lieferungen fortgesetzt, da man sich an die bestehenden Vereinbarungen gebunden fühlte. Erst seit dem Beginn der sozialliberalen Koalition klingt die deutsch-portugiesische Freundschaft zumindest verbal etwas gedämpfter, aber auch hier zeigt die Analyse einmal mehr den Widerspruch zwischen beschwichtigenden Worten der Politiker und der Durchführung in der Praxis. Gerade dieser Abschnitt zeigt, wie tief auch die deutsche Politik und deutsche Industrie in den portugiesischen Kolonialkrieg verstrickt sind. Deshalb verdient diese ausführlich dokumentierte Untersuchung das volle Interesse der deutschen Öffentlichkeit.

mw

GRABSCHRIFT

Hier ruht
der Chef des FBI
J. Edgar Hoover.
Er starb
eines natürlichen Todes.
Auch das
unterschied ihn
von den Demokraten
seines Landes.

PETER MAIWALD

Deutsche Volkszeitung 11.5.72

(Fortsetzung von S.22, Äthiopien-Artikel)

23) o.V.: Haile Selassie würdigt deutsche Hilfe, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Mai 1970

24) Blick durch die Wirtschaft, 24.11.71

25) Der vollständige Wortlaut des Vertrages ist abgedruckt in Ulrich Albrecht, Birgit A. Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Militärhilfe und Entwicklungspolitik, Reinbek bei Hamburg 1972 (rororo aktuell), S. 128-133

26) Herbert Kaufmann: Die äthiopische Jugend begehrt auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.69

RUTH FIRST
Portugals Krieg in Afrika

Ruth First:
Portugals Krieg in Afrika
Übersetzung der englischen Broschüre "Portugals War in Africa"
Veröffentlichung des Informationszentrum Dritte Welt

Leicht verständliche Einführungsbroschüre zur Geschichte des portugiesischen Kolonialismus und zum Stand der Befreiungskriege.

Inhalt:
Kolonialisierung durch Portugal: Eroberung, Sklaverei und Zwangsarbeit
Kolonialverwaltung: Assimilierung - Untertanen für Portugal
Salazars korporativer Staat
Beginn des Widerstands, Stand der Befreiungskriege, Zum Aufbau in den befreiten Gebieten
Die Rolle der westlichen Verbündeten
Die Allianz Südafrika - Portugal - Rhodesien
Anhang des Herausgebers: Die Rolle der BRD und die Politik der SPD/FDP-Regierung
Eine Liste ausgewählter Bücher, Broschüren und Periodika ermöglicht die weiterführende Informationsarbeit

Die Broschüre ist geeignet, im Rahmen der Kampagne zum Portugaltribunal verwendet zu werden.

Bestellungen an:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Preis DM 2,--

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Übersetzung einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen (Unit on Apartheid, Department of Political and Security Council Affairs)
Herausgeber: Aktion Dritte Welt, Freiburg und Sozialistisches Büro Offenbach

Inhalt:
Industrialisierung und Armut
Das Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika
Südafrikas Außenhandel
Auslandsinvestitionen in Südafrika
Das Auftauchen eines Südafrikanischen Blocks

mit ca. 50 Tabellen und einem Anhang der Herausgeber der Deutschen Übersetzung: Die hundert wichtigsten westdeutschen Firmen und ihre Tochtergesellschaften in Südafrika

<u>Vertrieb:</u>
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Tel. (0761) 71028, App. 29

<u>Preis:</u>
Einzelexemplar DM 4,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 10 % Rabatt; Buchhandel 40 % Rabatt; - jeweils zuzüglich Versandkosten.